

Erscheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,30 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 3,30 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutsch- und u. Österreichisch-Ungarn 3 Mk., für das übrige Ausland 3 Mk. pr. Monat. Eingetr. in der Post-Verwaltung-Verzeichnis für 1896 unter Nr. 7277.

Vorwärts

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfspaltige Zeile für einen Monat 40 Pf., für einen Monat 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonntagen und Feiertagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.
Sprechstunde: Amt 1, Nr. 1508
Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Straße 2. | Mittwoch, den 15. Juli 1896. | Expedition: SW. 19, Benth-Straße 3.

Die Partei der Verneinung.

Offene und heimliche Feinde sonder Zahl werden nicht müde zu behaupten, die moderne Arbeiterbewegung erschöpfe sich in einer reinen Verneinung, sie begnüge sich damit, die Besitzlosen in schroffen Gegensatz zu bringen mit den Besitzenden und versage überall da, wo eine ernsthafte Arbeit zur Besserung der Zustände von ihr verlangt werde. Gerade in den letzten Tagen mußte die ablehnende Haltung der sozialdemokratischen Parteivertreter bei der Schlußabstimmung über das Bürgerliche Gesetzbuch den Grund zu einer Aufwärmung dieser alten Nachrede, die durch vielfältige Wiederholung nicht besser und wahrer wird, abgeben. Warum unsere Volkshelden das Gesetzbuch verworfen, wissen unsere Leser: es ist Klassenrecht trotz alledem, was dort geschaffen ist, herausgeboren aus den Zuständen und Anschauungen der kapitalistischen Gesellschaft zu Ruh und Frommen der glücklich Besitzenden. Uns, die wir im ernsthaften und nachhaltigen Kampf gegen die heutige Gesellschaftsform stehen, mußte dieser Klassencharakter des Werkes verhindern, für dasselbe zu stimmen.

Das sieht aus wie eine Ablehnung positiver Mitarbeit, ist es aber im Grunde doch nicht. Das Wort von der reinen Verneinung ist geprägt von unseren Gegnern; der Gedanke an eine Falschmünzerei liegt sehr nahe. Gewohnt, die Interessen der kapitalistischen Gesellschaft, oder vielmehr der bestehenden Klasse in ihr, als die Interessen der Menschheit schlechthin darzustellen, gehen ihre Begriffe von Befahrung und Verneinung, von gut und böse, von nützlich und schädlich nicht über ihren eigenen Klassenhorizont hinaus. Was ihnen gerade nützt, das ist nützlich ohne jede Beschränkung, was ihnen schadet, das schadet aller Welt; sie tragen den Maßstab für die Sittlichkeit in ihrem untadeligen Herzen, in dem sie dem Profit einen Hochaltar errichtet haben, und sie nennen das eine Befahrung, was zu ihren Vorstellungen und Hoffnungen stimmt — alles andere eine Verneinung.

Freilich ist von diesem Standpunkt der Betrachtung aus die ganze Thätigkeit der modernen Arbeiterbewegung, in Lehre wie in Anwendung, in erster Linie verneinend: die beiden Grundwerke, auf denen wir fußen, das „Kapital“ von Karl Marx und der „Eugen Dühring“ von Friedrich Engels, sind kritische Werke, und alle Bestrebungen der modernen Arbeiter-Organisationen richten sich gegen den Bestand der kapitalistischen Welt. In diesem Sinne verdient die Arbeiterbewegung redlich das gehässige Prädikat, sie sei verneinend.

Sobald man aber mit diesem Worte die ganze kräftige praktische Arbeit der Bewegung abthun will, dann ist es nichts als eine pure Verleumdung.

Die Sozialdemokratie hat unermessliches an befruchtender Arbeit geleistet. Sie hat Aufklärung über ihre Lage in die weiten Schichten des Volkes getragen, sie hat dem instinktiven Ringen und Drängen aller Unterdrückten nach Freiheit und Selbstständigkeit ein festes und unverrückbares, weil durch die Entwicklung gegebenes Ziel gesetzt; sie hat ferner diese Instinkte zur politischen Einsicht erweitert und

veredelt und in der Organisation dem Proletariate die Waffe geschmiedet, mit dem es seinen Sieg erringen kann und wird.

Aber darauf hat sie sich nicht beschränkt. Sondern unablässig ist sie thätig, wie sie es seit ihrem Entstehen gewesen ist, nach Möglichkeit vor allem die Volksbildung, und zwar auf jedem Gebiete, zu heben und zu fördern. Durch Bildung führt sie das Volk zur Macht. Sie stillt durch ihre Presse, ihre Literatur und ihre Arbeit von Mund zu Mund den lechzenden Durst des Volkes nach den Schätzen der Geisteskultur. Ihr gebührt der Dank, wenn jetzt wieder die Quellen geistigen Lebens reichlich strömen, auch bei denen, die der Bourgeois mit dem bösen Worte der „Ungebildeten“ leichtthin abzutun gewohnt ist.

Von eben solcher rühmlichen Thätigkeit legt aber auch der andere Zweig der modernen Arbeiterbewegung, der gewerkschaftliche, Zeugnis ab. Was hier in täglicher Kleinarbeit für die Gesamtheit segensreiches geschaffen wird, das wird denen stets verschlossen bleiben, die nur gewohnt sind, im eigenen Profit einen erstrebenswerten Zweck menschlicher Thätigkeit zu erblicken.

Eine unendliche Fülle praktischer Arbeit auf allen Gebieten unseres Gesellschaftslebens zeigt ein flüchtiger Ueberblick. Nur auf dem Felde, auf dem nicht eben immer die wichtigsten, wohl aber die auffallendsten Kämpfe geführt werden, im Parlamente, sind unsere Vertreter häufig zu einer bloßen Ablehnung der vorgelegten Gesetze gezwungen. Denn solchen Gesetzen, die auf eine Stärkung der kapitalistischen Macht hinauslaufen auf des Volkes Kosten, und dazu gehören in erster Linie die Militarismen betreffenden, ist unsere Billigung von vornherein und prinzipiell verweigert.

Andere aber, die angeblich den Schutz der Schwachen, der Arbeiter insbesondere, bezwecken, also gewissermaßen gegen das Grundwesen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung angehen, sind zumeist so ungenügend, so zweifelhaften Wertes, daß ihre ernsthafteste Kritik zugleich ihre Verwerfung bedeutet. Wo sich aber immer ein wirklicher Vortheil für das Volk erreichen ließ, da haben es unsere Vertreter nie an kräftigem Eingreifen fehlen lassen.

Und mehr noch. Ueber den Kreis proletarischer Interessen hinaus ist die Sozialdemokratie je und je eingetreten für die Rechte aller Enterbten und Unterdrückten, denn sie will nicht eine Klassenherrschaft durch eine andere ersetzen, sondern durch Abschaffung aller Klassenherrschaft einen höheren Grad menschlichen Gesellschaftslebens herbeiführen.

Die Sozialdemokratie ist wie ein Säemann. Er wirft das Korn auf das Feld; das vergeht in der Erde, er verneint, vernichtet es also; aber durch diese Verneinung schafft er zugleich die Bedingung für das Entstehen neuen Lebens; bald schießt aus dem zerfallenden Korn der frische Halm empor und trägt reichliche Frucht.

Ebenso verneint die Sozialdemokratie und vernichtet sie die kapitalistische Gesellschaftsform; aus ihr heraus aber bildet sie gleichzeitig, indem sie mit eiserner Beharrlichkeit die Entwicklung verstärkt und beschleunigt, die höhere, die sozialistische Form menschlichen Zusammenlebens.

Das Ende der französischen Steuerreform-Komödie.

Paris, 12. Juli.
Die Komödie ist nun zu Ende. Die Steuerreform des Kabinetts Méline ist wirklich „vertagt“, genauer gesagt, begraben worden; Herr Méline ist aber nach wie vor Ministerpräsident. Die feierlichste Verurteilung des bestehenden Steuersystems, die nachdrücklichste Betonung der Dringlichkeit der Steuerreform haben ihn nicht gehindert, die „Vertagung“ herbeizuführen. Er zog es vor, lieber unzufallen als zu fallen. Nicht einmal der äußere Schein wurde dabei gewahrt.

Daß alles schon vor der entscheidenden Kammerführung zwischen der Regierung, der Budgetkommission und den Mehrheitsparteien genau abgemacht war, wurde in der plumpsten Weise dadurch offenbart, daß Finanzminister Cochery sofort nach dem Votum über den Vertagungsantrag in der Lage war, das fertige Finanzgesetz über die alten vier direkten Steuern auf der Kammertribüne niederzulegen. Doch auf einen Kniff mehr kommt es bei dem gegenwärtigen Ministerium nicht soviel an. Seine ganze Politik ist ja ein plummes Possenspiel, indem sie unter reformerischer Maske der Reaktion diene. Was aber selbst bei diesem Ministerium überraschen kann, ist die unerhörte Mißachtung der ministeriellen Verantwortlichkeit, wie diese von jeher in der Republik praktiziert wird. Während gut dreiviertel der französischen Ministerkrisen durch nebensächliche, das eigentliche Regierungsprogramm gar nicht berührende Fragen hervorgerufen werden, bleibt Herr Méline im Amte, trotzdem seine Steuervorlage, der Kardinalpunkt seines Programms, von der Kammer verworfen wurde. Denn das ist die Bedeutung der Ablehnung des zweiten Artikels, der, nebenbei gesagt, vermittelt eines weiteren Kniffes zu erst zur Vertagung gestellt wurde. Dieser Artikel setzt die Erhöhung der Steuer auf den verbauten Grundbesitz von 3,80 auf 4,50 pCt. fest, um theilweise die Abschaffung der Thür- und Fenstersteuer auszugleichen. Indem ihn die Kammer mit 268 gegen 258 Stimmen ablehnte, schlug sie im Einnahme-Budget ein Loch von 20 Millionen Franken und warf so die ganze Reform über den Haufen. Abgesehen von der finanziellen Seite hat das Votum eine große prinzipielle Bedeutung auch deshalb, weil die diesmalige Kammermehrheit neben radikalsten und sozialistischen Stimmen mehrere Duzend republikanische Stimmen aufweist. Das seit der Beendigung der Generaldiskussion vorausgesehene Ereigniß, die Abbröckelung der ministeriellen Mehrheit in der Einzelberatung, ist somit wirklich eingetroffen. Was thut nun aber die Regierung angesichts dieses Votums? Anstatt sich zurückzuziehen, benützt sie das Votum als einen erwünschten Anlaß, um sich von irgend einem liebedienlichen Deputierten den rettenden Vertagungsantrag apportieren zu lassen.

Da Méline nicht aus Überzeugung, sondern aus Noth Steuerreformer wurde, so ließ er leichtem Herzens seine Scheinreform begraben, nachdem sie ihren Hauptzweck, als Wühlbleiter gegen die progressive Einkommensteuer zu dienen, der Kammer die Verleugnung des März-Votums über das Prinzip dieser Einkommensteuer zu erleichtern, erfüllt hatte.

Die Opposition konnte nur das feige, gesinnungslose, unparlamentarische Vorgehen der Regierung geißeln, nicht aber die Annahme der von dem Ordnungsrath und der Regierung erschulneten Vertagung verhindern. Die Züchtigungs-Arbeit besorgte sie übrigens durch den ehemaligen Ministerpräsidenten Bourgeois und durch unsere Genossen Jaurès und Rouanet; so vortrefflich, daß Rochefort in einem

*) Solche „Geseggeber“ werden hier groß, aber zutreffend „terre-neuves“, Newsomland-Gaube genannt.

Schlaf uns gestohlen, oder unter Wehklagen und Geschrei uns entrisßen. Wir verlangen nur, daß unser gesetzliches Erbtheil uns zurückerstattet werde — es ist nicht das Geringe, denn auch eure Freiheit ist verschwunden. Könt Ihr wohnen in den Häusern eurer Väter, ohne Thüren und Befestigungen und ohne das erkaufte Schwert des Soldners? Könt Ihr, wenn es dunkel ist, in den Straßen gehen ohne Waffen und Gefolge? Allerdings könt Ihr, ein Patrizier, Euch rächen, wenn wir es auch nicht wagen dürfen. Auch könt Ihr andere beleidigen und schreien; aber gewährt der Uebermuth eine Entschädigung für die Freiheit? Ihr gebietet über Macht und Glanz, aber die Sicherheit gleicher Befehle wäre ein größerer Vorzug. O, wäre ich an eurer Stelle — wäre ich selbst Stephan Colonna, ich würde mich schämen, wie jetzt, nach jener frischen Luft, die nicht durch Gitter und Verhängerungen gegen die Mitbürger, nein, die nur in dem freien Himmelsraum einzuathmen ist — sicher, weil beschützt durch die stille Macht des Geschlechtes, und nicht durch die gespenstische Furcht und den hohllängigen Verdacht, welche die Befürchten gehässiger Gewalt sind. Der Tyrann glaubt, er sei frei, weil er über Sklaven gebietet — der geringste Bürger in einem freien Staate ist freier als er. O, möchtest Du — der Tapfere, der Edelmüthige — Du, fast der Einzige in Deinem Stande, der es weiß, daß er ein Vaterland hatte — möchtest Du der die Größe unserer Leiden zu ermessen vermag, mit uns kämpfen, um sie zu besiegen!

Du willst gegen Stephan Colonna, meinen Verwandten, auftreten, und obgleich ich weder sehr bekannt mit ihm bin, noch, um die Wahrheit zu sagen, ihn sehr achte, so ist er doch der Stolz unseres Hauses; wie kann ich mich daher Dir anschließen?

(Fortsetzung folgt.)

Rienzi.

Der letzte der römischen Volkstribunen.
Roman von Edward Lytton Bulwer.
Achtzehntes Kapitel.
Ein bedeutungsvolles Gespräch.

„Du thust mir Unrecht!“ sagte Rienzi lebhaft zu Adrian, als sie gegen das Ende einer langen Zusammenkunft allein beisammen saßen, „ich spiele nicht bloß die Rolle eines Demagogen; ich will nicht die großen Tiefen aufregen, um darin eigenes Glück von der Oberfläche zu fischen. Ich habe so lange gebrütet über die Vergangenheit, daß ich mir selbst ein Theil derselben geworden zu sein scheine, als hätte ich kein besonderes, eigenhümliches Dasein. Ich habe meinen Geist zu einer einzigen Leidenschaft umgestaltet, und diese ist — die Wiederherstellung Roms.“

„Aber durch welche Mittel?“
„Es giebt nur einen Weg, die Größe eines Volkes wieder herzustellen — es ist der Ausruf an das Volk selbst. Der Macht der Fürsten und Barone ist es nicht gegeben, ein Volk für die Dauer glorreich zu machen; sie erheben sich, aber das Volk erhebt sich nicht mit ihnen. Alle großen Revolutionen werden durch die allgemeinen Bewegungen der Massen bewirkt.“

„Rein!“ antwortete Adrian, „dann haben wir die Geschichte auf ganz verschiedene Weise aufgefaßt. Wir scheinen alle großen Regenerationen das Werk Weniger gewesen zu sein, stillschweigend angenommen durch die Menge. Aber laß uns nicht auf scholastische Weise disputiren. Du erklärst laut, daß eine große Krisis bevorsteht; daß der gute Staat (buono stato) gegründet werden soll. Aber wie? — wo sind unsere Waffen? — unsere Krieger? — Ist der Adel schwächer als zuvor? — ist das Volk kühner,

beständiger? — Der Himmel weiß es, daß ich nicht mit den Vorurtheilen unseres Standes spreche; ich weine über die Entartung meines Vaterlandes. Ich bin ein Römer, und mit diesem Namen vergesse ich, daß ich ein Patrizier bin; aber ich zittere, wenn ich an den Sturm denke, den Ihr heraus beschwören wollt. Wenn die Revolution gelingt so wird sie gewalthätig sein, durch Blut erkaufte werden, — durch das Blut der edelsten Namen Roms. Ihr beabsichtigt eine zweite Vertreibung der Tarquinier, aber sie wird mehr einer zweiten Proskription Sulla ähnlich sehen. Unordnungen und Blutvergießen bahnen nie den Weg zum Frieden. Mißlingt aber euer Plan, so sind die Ketten Roms befestigt für immer; ein fruchtloser Versuch der Befreiung schmiedet die Ketten der Sklaverei nur um so fester.“

„Und was schlägt uns denn Herr Adrian vor?“ fragte Rienzi mit seinem eigenhümlichen sarkastischen Lächeln. „Sollen wir warten, bis die Colonna und die Orsini keine Fehden mehr mit einander führen? Sollen wir die Colonna um Freiheit, die Orsini um Gerechtigkeit bitten? Wir können die Hilfe des Adels gegen den Adel nicht in Anspruch nehmen. Wir dürfen von den Patriziern nicht verlangen, daß sie ihre Macht mäßigen; wir müssen uns selbst diese Macht wieder erobern; der Anschlag mag gefährlich sein, aber wir unternehmen ihn unter den Monumenten des Forums; und wenn wir fallen, so werden wir unserer Vorfahren würdig fallen! Ihr seid von vornehmer Abstammung und habt hohe Titel und große Befestigungen und Ihr sprecht von der Ehre eurer Vorfahren! Auch wir — wir Plebejer Roms! — haben die unfirgen! Unsere Väter waren freie Männer! Wo ist unsere Erbschaft? — nicht erkaufte — nicht verschont, aber uns entwandt, bald durch List, bald durch Gewalt — im

„Swerkmäßige Maulschellen“ überschriebenen Artikel erklären konnte: „Wen es wahr ist, daß Rothbäder ein wirksames Mittel gegen Rheumatismus sind, so sind Meline, Cochery, Barthou etc. nunmehr für immer vor diesem Körperleiden gefeit.“

Doch Herr Meline hat selbst wiederholt erklärt, daß er die Macht übernommen habe, um aufopferungsvoll der „revolutionären“ (lies: radikalen) Politik den Weg zu versperren. In minder feierlicher Sprache übersetzt, heißt das soviel, daß Herr Meline sich als einen getreuen Hausknecht der Bourgeoisie betrachtet. Von einem Hausknecht darf man aber eher alles andere als Selbshachtung verlangen. Er setzt sich daher ruhig den wohlverdienten „Maulschellen“ aus, um desto aufopferungsvoller so lange als möglich sein Ministergehalt beziehen und die Klagen der Bourgeoisie besorgen zu können.

Und die Kammer? Nach dem Vertagungsbeschluss steht sie discreditiert, in ihrer nacten Handlungsunfähigkeit, Gesinnungslosigkeit und Wortbrüchigkeit da. Als einzigen Grund für ihren Anfall kann sie lediglich den Kalender anführen, ihre Schmachsucht, in die Sommerfrische zu gehen. Sie suchte die Schande des Vertagungsbeschlusses durch die Worte der Resolution zu verdecken, wonach sie „entschlossen“ sei, die Beratung der Steuerreform „sobald als möglich“ in der außerordentlichen Session wieder anzunehmen. In Wirklichkeit weiß sie aber ebenso gut wie die Regierung, daß das unmöglich ist. In der Herbstsession wird sie, wenn es gut geht, mit knapper Noth das Budget für 1897 erledigen können. Ueberdies wurde ja am folgenden Tage nach dem Vertagungsbeschluss in einer einzigen Sitzung die Finanzvorlage, die für 1897 die alten vier direkten Steuern beibehält, unbefehlet, unter Verwerfung aller oppositionellen Änderungsanträge, durchgepeitscht. So steht es mit jenem „sobald als möglich“ aus. Alljährlich werden auf diese Weise Steuerreform-Anträge „vertagt“. Seit 1848 ist das die fünfundsiebzigste Vertagung einer Steuerreform!

Das Ordnungsstatut, die vereinigten Bourgeoisrepublikaner und Monarchisten, glauben durch die Vertagung zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen, das rückständigste der in den modernen Staaten bestehenden Steuersysteme wieder einmal gerettet und den Sturz des Ordnungsministeriums abgewendet zu haben. So sehr ist die französische Bourgeoisie von bornirtestem Klassenegoismus geblendet! Sie sieht nicht, daß heutzutage die alten Verschleppungskünste, die es ihr erlaubt haben, während einer zwanzigjährigen unbeschränkten Herrschaft das arbeitende Volk, vor allem die Bauern mit leeren Versprechungen hinzuhalten, ihr gefährlich werden und dem Sozialismus zum Vorkampfe gereichen müssen. Der bereits sich fühlbar machende sozialistische Einfluss unter der Bauernschaft wird infolge der neuesten Verschleppung der Steuerreform ungeheuer wachsen. Denn gerade die Bauernschaft leidet am meisten unter dem alten Steuersystem. Die Bauern sind aber die Hauptstütze der Bourgeois-Herrschaft. Sie werden es bald gewesen sein!

Politische Uebersicht.

Berlin, 14. Juli.

Zum Internationalen Arbeiterkongress den Zugang zu erzwingen, ist jetzt die fixe Idee der zerstreuten „anarchistischen“ Gruppen, die jahraus jahrein nichts anderes zu thun haben, als auf die Sozialdemokratie zu schimpfen, vor jedem Internationalen Arbeiterkongress aber plötzlich entdecken, daß sie auch Sozialisten sind. Es ist possiblich, die Verrentungen und Grimassen zu beobachten, die diese grimmigen „Revolutionäre“ seit einigen Monaten machen, um sich das Aussehen anständiger Sozialisten zu geben. All diese Proteuskünste sind aber vergebens. Man kennt den vielverwandten Nieuwenhuis und die Schreipuppen, die um ihn gruppiert sind. Und man läßt sich auch nicht durch die achtungswerthen Respektspersonen beirren, die seit Jahren so gutmüthig sind, sich von den Geschäfts-Anarchisten zu Reklamezwecken benutzen zu lassen. Wir achten die Elisee Reclus, die Amilcare Cipriani, die Louise Michel — aber wir folgen ihnen nicht.

Für den Dienstag nach Eröffnung des Kongresses haben die „Anarchisten“ eine Versammlung in London angesetzt, auf der von Engländern auch Keir Hardie und Tom Mann anwesend sein würden. Die Abhaltung eines besonderen Anarchistenkongresses ist geplant. Wir können das nur billigen. Die Anarchisten haben eben so gut wie die Bimetallisten, Populisten, Antisemiten und andere bürgerliche Parteien das Recht, so viel Kongresse abzuhalten, als ihnen gut dünkt. Wir wünschen ihnen Glück und werden dafür sorgen, daß der Internationale Kongress der sozialistischen Arbeiter und der Gewerkschaften durch keinerlei fremdartige und feindliche Elemente gestört wird.

Natürlich muß die Frage der Zulassung oder Nichtzulassung der Anarchisten, da ein jeder Kongress souverän ist, auch dem Londoner Kongress vorgelegt werden; allein er wird nicht viel Zeit zur Erledigung einer Frage brauchen, die für jeden mit der Geschichte und dem Wesen der Partei Vertrauten seit Jahrzehnten erledigt ist. Die revolutionären Hirschen, mit denen der Anarchismus lebhaft, leidenschaftliche Naturen zu füttern sucht, sind nur Umhüllungen durch und durch reaktionären Kerns. In bezug auf diesen haben die Gewaltthäter sich beiläufig niemals getäuscht, sonst wären sie nicht auf den Gedanken verfallen, den Anarchismus künstlich zu züchten und der sozialistischen Bewegung als Knäuel zwischen die Beine zu werfen. Der Anarchismus mag sich noch so theatralisch hinter die rote Fahne verstecken, er ist nur eine Spielart des Kapitalismus, und steht gleich diesem in diametraler Gegensatz zu dem Sozialismus.

Verstrafung wegen Duellverweigerung. Seit einiger Zeit durchläuft die optimistisch veranlagten bürgerlichen Blätter die Mittheilung, daß nun aber auch wirklich und in der That dem Duellunsgut im Heere ein Ende gemacht werden solle von Amts- und Obrigkeitsewegen. Zur näheren Erläuterung obiger Botschaft wurde dann darauf hingewiesen, daß durch die Institution des Ehrenrathes diese wünschenswerthe Reform bewirkt werden solle. Wie der Ehrenrath gegenwärtig arbeitet und was man deshalb auch in Zukunft von ihm erwarten darf, wird nun schließlich durch folgendes Inzerat erläutert, das im Annoncentheil der „Düsseldorfer Bürger-Zeitung“ erschienen ist:

Im Vollgefühl unserer Ehre veröffentlichen wir selbst, um entstellenden Gerüchten vorzubeugen, nachfolgendes:

Wir sind ehrengerichtlich des Titels entkleidet bezw. verabschiedet worden, weil wir der Vorschrift des Ehrenrathes, uns mit einem Ehrenwortbrüchigen, des Weineids in unserer Sache bei der Staatsanwaltschaft Beschuldigten, zu schließen, nicht nachgekommen sind.

Weitere Aufklärung bringt die demnächst erscheinende Broschüre:
Freiherr von Erhardt, von Kampf, früherer Rittmeister. Premier-Lieutenant d. L. a. D.

So weit man sich aus dieser Annonce vernehmen kann, sind die beiden ehemaligen Offiziere keine grüßwürdigen Gegner des Duells, haben sich aber in einem bestimmten Falle aus persönlichen Gründen geweigert, einen Zweikampf anzunehmen, zu dem sie nach dem Spruche eines Ehrenrathes sich gezwungen glaubten. Jaweilen die beiden Duellverweigerer recht haben mit ihrer labjälligen Beurtheilung des Herausforderers, vermögen wir nicht zu entscheiden. Das kommt für die Beurtheilung des Verhaltens der Organe, die dabei mitgewirkt haben, auch kaum in betracht. Jedenfalls geht soviel aus der Annonce hervor, daß der Zwist, der zu der standesgemäßen Frucht des Duells ausreichte, vorher zu einem oder mehreren Prozessen geführt hat, von denen einer jetzt noch in der Schwebe ist. Unter solchen Umständen widerstreitet der in der oben mitgetheilten Annonce angegebene Vorgang in doppelter Beziehung dem Rechtsbewußtsein des Volkes: einmal durch den Versuch, eine strafgesetzlich verbotene Handlung herbeizuführen und die Nichtbefolgung dieses Gebots zu bestrafen; dann durch die damit verknüpfte Durchkreuzung der Rechtspflege in einem bestimmten schwebenden Verfahren. Es wäre eine müßige Frage, wollte man sich erkundigen, welche Folgen diese Vorgänge für die Beteiligten haben werden. Die Antwort ist in den in der Annonce mitgetheilten Thatsachen bereits gegeben. Die Mitglieder des Ehrenrathes und Ehrengerichtes werden ungeführt ihre Pflicht in der alten Weise ausüben können. Gegen derartige Lebensäußerungen des Militarismus ist bei uns zu Lande kein Kraut gewachsen. Eine hübsche Ferienaufgabe für den Kriegsminister wäre es aber, eine Antwort anzuarbeiten auf die Frage, wie er die von den Herren v. Erhardt und v. Kampf veröffentlichten Thatsachen in Einklang zu bringen vermag mit seiner eigenen wiederholt im Reichstage ausgesprochenen Behauptung, daß der militärische Ehrenrath niemand zum Duell zwingt.

„Für jede demokratische Tyrannis“ — die wie das Kaiserreich des dritten Napoleon mit den Arbeitern liebängelt — „trägt die Geschichte ein Sedan im Schooße“ — orakelt heute die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, die das sozialreformatorische Fiasco der deutschen Reichsregierung entschuldigen will. Nun — wenn die Geschichte für jede demokratische Tyrannis (Despotie) ein Sedan im Schooße trägt, dann hat sie, der ausgleichenden Gerechtigkeit zu Liebe, für jede und demokratische Tyrannis ein Jena. —

Die saure Gurkenzeit hat in Paris eine Attentatsnachricht gezeitigt. Ein Attentat scheint's nicht gewesen zu sein. Man lese nur:

Paris, 14. Juli, nachmittags. Während der Truppenschau wurde von einem Individuum ein Revolver auf den Präsidenten Jaure abgegeben. Der Präsident ist nicht verletzt. Der festgenommene Attentäter erklärt, die Schüsse seien blind gewesen.

Ernsthafte Attentäter pflegen ihre That nicht zu verleugnen und um Polizei-Attentäter wird mehr Spektakel gemacht. Wir wetten, der „Attentäter“ war ein begeisterter Patriot, der zu Ehren des großen Revolutions-Ehrentages — des 14. Juli, zum Gedächtniß des Bastillensturms — die blinden Schüsse abfeuerte, wie das alte Sitte ist.

Nähere Einzelheiten über das Attentat auf den Präsidenten Jaure bringt noch folgende Depesche:

Paris, 14. Juli. Wenige Minuten vor 8 Uhr, als der Wagen des Präsidenten Jaure auf dem Paradeplatze erschien, feuerte ein etwa 40-jähriger, ziemlich anständig gekleideter Mann, der an einem Baume an der Straße lehnte, zwei Revolverkugeln in der Richtung auf den Wagen des Präsidenten ab. Der Präsident wurde nicht getroffen. Die Menge stürzte sich sofort auf den Attentäter und würde denselben gefangen haben, wenn die Polizei sich nicht dazwischen geworfen hätte. Auf dem Kommissariat erklärte der Attentäter, er habe nur blinde Schüsse abgefeuert.

Die Glashütte der Arbeiter, für welche die französischen Arbeiter nach dem Streik von Carmaux so opferwillig eingetreten sind, wird voransichtlich am 1. Oktober eröffnet werden. Alle Intriguen der Herren Kapitalisten haben sich als ohnmächtig, all ihre Unglücksprophetieungen als falsch erwiesen. Die Kosten und überhaupt die Schwierigkeiten waren zwar größer, als anfangs berechnet wurde, sie sind aber allmählich aus dem Wege geräumt worden, und sind auch die Gelder noch nicht vollständig beisammen, so fließen die Beiträge zu Antheilscheinen doch so reichlich, daß eine Unterbrechung der Arbeiten nicht mehr zu befürchten ist.

Dieser Tage fand in Marseille ein imposantes Volksfest zu gunsten der Arbeiter-Glashütte statt. Das Fest sollte auf einem freien Platz stattfinden, allein das war von der Regierung verboten worden — trotzdem war die Theilnahme eine so massenhafte Jaurès, Guesde und andere Abgeordnete waren zugegen —, daß eine namhafte Summe für die Arbeiter-Glashütte einging.

Und ähnliche Feste zu dem gleichen Zwecke werden; im ganzen Lande abgehalten. —

Die italienische Ministerkrise ist offiziell noch nicht beendet, aber offiziös wird die neue Ministerliste bereits angekündigt. Man telegraphirt:

Rom, 14. Juli. Wie der „Messagero“ und „Popolo Romano“ übereinstimmend melden, dürfte sich das neue Kabinett wie folgt zusammensetzen: Rudini (Präsidentium und Inneres), Brin (Marine), Costa (Justiz), Branca (Finanzen), Giannurco (Unterricht) und Guicciardini (Ackerbau) würden auf ihren Posten verbleiben. Neu besetzt werden die Posten für Aeußeres durch Visconti Venosta, Schatz Luzzatti, Krieg Pelloux, öffentliche Arbeiten Finati, Post und Telegraphie Prinetti.

Ein Urtheil können wir erst abgeben, wenn die Liste definitiv ist, und das Programm des neuen Kriegsministers uns vorliegt. —

Die amerikanischen Silberleute haben zwar keine Aussicht zu siegen, allein das Gold hält es doch für nöthig, dem Silber demonstrativ seine Uebermacht zu zeigen. Das Gold streift — es verläßt die Schatzkammer in Washington und macht so seine Unentbehrlichkeit durch einen Wind mit dem Haunpfehle fühlbar.

Aus New-York wird unterm 13. Juli telegraphirt: Eine Firma zog heute 75 000 Dollars in Gold vom Unterschahamt zurück, ebenso fanden eine Anzahl kleinerer Entnahmen statt, 800 000 Dollars in Gold, welche am Sonnabend zurückgezogen worden waren, sind nicht ausgeführt und auch nicht an das Unterschahamt wieder eingezahlt worden. — Heute wurden 875 000 Dollars in Gold nach Deutschland ausgeführt.

Nun — das ist deutlich. Das besagt: wenn heute der amerikanische Abwardt: Bryan zum Präsidenten gewählt wird, ist morgen alles Gold aus dem amerikanischen

Verkehr verschwunden, und wird das amerikanische Silbergeld von keinem Menschen genommen außer zu 50 — 60 pCt. unter dem aufgeprägten Werth.

Und das sind Unmöglichkeiten.

Die vernünftigen unter den Demokraten sehen das auch ein, und sie wollen, unter Führung Cleveland's, des jetzigen Präsidenten, eine „dritte Partei“, d. h. eine dritte bürgerliche Partei gründen. —

Deutsches Reich.

Der Bundesrath hat in seiner heutigen Sitzung den Entwurf eines Gesetzes betreffend den Verkehr mit Butter, Käse, Schmalz und deren Ersatzmitteln nach den Beschlüssen des Reichstages abgelehnt und dem Entwurfe eines bürgerlichen Gesetzbuches wie dem Entwurfe eines Einführungs-gesetzes zum bürgerlichen Gesetzbuch nach den Beschlüssen des Reichstages die Zustimmung ertheilt.

Ueber Entstehung und Entwicklung der Reichsschulden giebt der Centrumsabgeordnete Müller-Gulda in einer Broschüre eine Zusammenstellung, die auch die Wirkung des in der letzten Session beschlossenen Gesetzes über die Reichsschuldentilgung erdrtet. Die erste Reichsschuld wurde 1875 in Höhe von 10 Millionen Mark beschossen, aber erst 1878 etatsmäßig verwandt. Bis zum 1. April 1895 ist seitdem die Schuld auf 2 091 219 800 M. angewachsen, und zwar 450 Mill. Anleihen zu 4 pCt., 780 619 800 M. zu 3 1/2 pCt. und 850 600 000 M. zu 3 pCt. Die etatsmäßige Einstellung der einzelnen Anleihen vertheilt sich auf die letzten 20 Jahre wie folgt:

1877/78	M. 42 264 388	1887/88	M. 222 357 268
1878/79	81 030 205	1888/89	394 895 857
1879/80	77 141 071	1889/90	90 890 917
1880/81	35 012 688	1890/91	306 175 844
1881/82	53 541 739	1891/92	73 898 038
1882/83	30 674 405	1892/93	147 311 966
1883/84	28 357 079	1893/94	200 288 846
1884/85	40 982 720	1894/95	120 311 995
1885/86	82 465 513	1895/96	48 359 831
1886/87	35 738 856	1896/97	27 850 921

Die verschiedenen Ressorts der Reichsverwaltung sind mit folgenden Summen an diesen Anleihen beieiligt:

Heeresverwaltung 1 254 564 007 M., Marineverwaltung 278 771 017 M., Eisenbahn-Verwaltung für Vervollständigung des Eisenbahnetzes im Interesse der Landesverteidigung 1 888 534 474 M., für Eisenbahnen in Elsaß-Lothringen 1 083 335 681 M., Post- und Telegraphenverwaltung 62 604 760 M., Reichsbankdirektori 4 872 476 M., Zollanschluss von Bremen und Hamburg 52 000 000 M., Nordostsee-Kanal 105 159 561 M., Münzwesen und Betriebsmittel-Vermehrung 67 104 850 M. Auf die Zwecke der Landesverteidigung kommen hier von, wenn man die Summen aus den verschiedenen Verwaltungen zusammenrechnet, 1 797 848 719 M.

Den Schulden stehen als Aktivposten gegenüber: Der Werth der der Heeresverwaltung dienenden Grundstücke und Gebäude mit über 900 000 000 M., der Werth der Reichs-Eisenbahnen mit 700 000 000 M., der Werth der Postgebäude und Telegraphen-Anlagen mit 300 000 000 M. Dazu waren an Guthaben und flüssigen Mitteln, welche dem Reich gehören, am 1. April 1895 vorhanden: 120 000 000 M. Reichskriegsschatz, 50 011 361 M. Betriebsmittel und eiserne Fonds, 55 862 476 M. noch nicht verausgabte Beträge des ordentlichen Etats und 167 797 600 M. angeschriebene Zoll- und Steuerkredite.

Also von rund 2 Milliarden Reichsschulden insgesamt entfallen nicht weniger als rund 1 1/2 Milliarden auf Verwendungen militärischer Einrichtungen. Wenn man es nicht auch so zur genüge erfahren hätte, könnte man hieraus merken, daß das Deutsche Reich unter dem Zeichen der Fackelhaube steht. —

In welche Hände das Stöcker'sche „Volk“ kommen wird, wissen die „Recht. Nachr.“ zu melden. Ein Herr Dietrich von Dethen soll in nächster Zeit nach Berlin überfiebern, um dort später die Redaktion des „Volk“ zu übernehmen.

Der Name wird wohl die konservative Landjunkerpartei darüber beruhigen, daß das „Volk“ ferner nicht wider den junkerlichen Ordnungsfackel löten wird. —

Schweh, 12. Juli. Bei der Reichstagswahl kam es zu einem blutigen Zusammenstoß zwischen Polen und Deutschen. Ein polnischer Edelmann, der im Begriff war, nach der Wahl nach Hause zu fahren, gerieth mit mehreren deutschen Besitzern aus Sudowitz in Wortwechsel. Die Deutschen hielten das Fuhrwerk an; da hierdurch die Pferde scheuten, sprang der Pole vom Wagen und forderte seine Angreifer auf, von seinem Gefährt zu lassen. Als das nichts fruchtete, die deutschen Besitzer vielmehr anscheinend beabsichtigten, auf den Polen loszugehen, zog dieser plötzlich einen Revolver und feuerte einige Male auf die Deutschen. Hierbei wurde einer von diesen durch einen Schuß in die Brust schwer verletzt, während ein anderer von einer Kugel in den Oberarm getroffen wurde. Eine Untersuchung ist eingeleitet worden.

Zur lippischen Erbfolgefrage. Die „Kreuz-Zeitung“ veröffentlicht den Schiedsvertrag zwischen den streitenden Parteien, dem Fürsten Georg zu Schaumburg-Lippe und dem Grafen Ernst zur Lippe-Biesterfeld und dem Grafen Ferdinand zur Lippe-Biesterfeld-Wiesensels. Das Schiedsgericht soll bestehen aus dem König Albert von Sachsen und sechs von ihm nach seiner freien Wahl zu berufenden Mitgliedern des Reichsgerichts. Der Spruch des Schiedsgerichts ist unanfechtbar und für alle Parteien verbindlich. Seine Wirkung erhdrt sich auf die dem Throninhaber im Fürstenthum Lippe als solchem zustehenden Vermögensrechte. In der Schiedspruch ergangen, dann werden endlich die getrennten lippischen Untertanen wissen, für welche der streitenden Familien sie sich als ihr angekanntes Fürstenthum zu begeistern haben. —

Darmstadt, 14. Juli. Die erste hessische Kammer nahm das von der zweiten Kammer abgelehnte neue Weinsteuergesetz an, vertagte sich bis zum 23. Juli und wird dann über die Verstaatlichung der Hessischen Ludwigsbahn und den preussisch-hessischen Staatsvertrag beraten. Die Schließung des Landtages erfolgt am 25. Juli.

Wisse Folgen der Uebungsmärsche. Die „Mainzer Volkszeitung“ schreibt: Bei dem am 11. Juli erfolgten Uebungsmarsch des 117. Infanterie-Regiments blieben wiederum bei der Rückkunft einige Soldaten, durch die große Hitze ermattet, liegen. In Kasel wurde Hakt gemacht und die Soldaten durch einen frischen Trunk erquickt. Bereits am Dienstag hat man schlimme Erfahrungen gemacht mit Uebungsmärschen bei so großer Hitze. —

München, 12. Juli. Wie die liberale Münchener Gemeindeverwaltung ihre Aufgaben aufstellt, erhdelt deutlich aus folgendem, von der Gemeindeverwaltung als solchem zwar nicht inszenierten, jedenfalls aber gutgeheißenen Beschluß des Armenpflanzschafsrathes. Dieser „distinguirte“ Rath hat nämlich, wie die „Münchener Post“ mittheilt, bezüglich der Heimathgefeghnovelle in geheimer Sitzung beschloffen: „Es seien genauere und erschöpfende Armenbeschreibungen (Detailangaben über die einzelnen Armen), die eine Erweiterung der Fragepunkte enthalten, durch die Distrikts-Vorsteher herzustellen. Insbesondere soll dahin gewirkt werden, daß jedes Nachsuchen um öffentliche Armenunterstützung zur Kenntniß des Magistrats gelangt, weil das Nachsuchen oder Erhalten einer Armenunterstützung innerhalb der vierjährigen bezw. siebenjährigen Wartefrist den Anspruch auf Verleihung des Heimathrechtes zerstört. Ferner soll

Genosse Bloß, Redakteur des Dortmunder Parteiorgans, trat gestern eine mehrmonatliche Gefängnisstrafe an. Sein Ersuchen um Selbstbeschäftigung wurde unter Hinweis auf einen diesbezüglichen ministeriellen Erlaß rundweg abgeschlagen; das gleiche geschah auf ein Schreiben des Parteiverlagsgeschäfts, das dem Genossen Beschäftigung erteilen wollte. Es scheint demnach erst die Qualifikation eines Hammerstein nötig zu sein, um Ausnahmen rechtfertigen zu können.

Der sächsische Landtags-Abgeordnete Genosse Pinkau hat, den bekannten Beschlüssen der Leipziger Parteiversammlung folgend, sein Mandat niedergelegt.

Kein Vergnügen ohne Polizei! Am 9. Juli fand in Ronsdorf ein Gefängnisfest statt, zu dem aus der Umgegend zahlreiche Vereine mitwirkten. Ueber die Mitwirkung der Polizei bei diesem Fest haben wir bereits einen interessanten Beitrag geliefert. Wir entnehmen der „Niederrheinischen Volkstribüne“ eine Schilderung aus Ohligs, die dem Eifer der Polizei abermals ein glänzendes Zeugnis ausstellt. Es heißt da: Vorigen Sonntag zog auch der Arbeiter-Gesangverein „Zukunft“ von hier hinaus zum Bundesfest in Ronsdorf. Wir mußten uns schon auf der Fahrt dorthin verwundern, wie besorgt die Ronsdorfer Behörde war, denn der Herr Gendarm Blank aus unserer Nachbarschaft war dorthin beordert. Genug, als wir in Ronsdorf in corpore vom „Niederrheinischen Hof“ zum Lokal Stoltenwerk gingen, dabei über den Marktplatz kamen, begegneten uns schon sechs Vertreter der Polizei-Behörden. Es bauerte aber nicht lange, als unser Schild in Sicht kam, schrie ein Gendarm: „Das rote Ding herunter, sonst werde ich es mitnehmen!“ Ein anderer befahl uns noch, mehr auseinander zu gehen. So mußten wir denn unser unschuldiges Schild unter dem Arm nehmen, weil es eben — rothen Grund mit goldenen Buchstaben hatte, dabei einen schwarzen Holzrahmen mit oben ausgeschnittener Lyra. War das eine große That, wir glauben auch, Ronsdorf wäre zu Grunde gegangen, wenn die Behörde nicht so energisch gegen die rote Farbe vorgegangen wäre.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

Abermals der grobe Unfug. Wegen zwei dieser Mißthaten hatte die Breslauer Staatsanwaltschaft wiederum gegen den Genossen Gerhardt Anklage erhoben. In Nr. 187 der Breslauer „Volksmacht“ waren die Äußerungen zweier hiesiger Presseorgane über den Bierkrieg veröffentlicht. In einer derselben hatte die Staatsanwaltschaft „groben Unfug“ erblickt, trotzdem es die wörtliche Wiedergabe eines längeren Artikels der „Breslauer Zeitung“ war. Der Antrag der Anklagebehörde lautete auf 100 M. Geldbuße, der Gerichtshof erkannte auf Freisprache. Im Anschluß hieran hatte sich Gerhardt wegen einer in der „Volksmacht“ (Zages-Ausgabe), „Volksmacht“ (Wochen-Ausgabe) und „Wahrheit“ (Wochenblatt für Waldenburg) erschienenen Notiz zu verantworten, in welcher den Hutarbeitern mitgeteilt wurde, daß die Firma Freund u. Krebs in Breslau Filzhatzieder und Wäglertinnen suche. Dieser war noch beigefügt, daß diese Arbeiter für Dresden bestimmt seien und daß an dem betreffenden Orte Streik ausgebrochen ist. Der Amtsanwalt erblickte in dem Abdruck dieser Nachricht in den drei genannten Blättern drei selbständige Handlungen und beantragte, jede mit 60 M. zu bestrafen. Der Gerichtshof erkannte auch hier auf Freisprache.

Der „Mainzer Volkszeitung“ lag im vorigen Jahre ein Prospekt bei, auf welchem ein nackter weiblicher Körper abgebildet war. Der Prospekt hatte den Zweck, das im Verlage von L. Wiß in Leipzig erscheinende „Festschrift zum 25. Jubiläum der Menschheit in Mutterleibe“ zu empfehlen. In ganz Deutschland ist der Prospekt unbeanstandet verbreitet worden, selbst die Leipziger Staatsanwaltschaft hatte die Verfolgung abgelehnt. Jedoch auf Anregung des Bischofs von Mainz, Dr. Paulus Gaffner, veranlaßte die Oberstaatsanwaltschaft zu Darmstadt den Mainzer Staatsanwalt, Anklage zu erheben gegen den damaligen Redakteur der „Mainzer Volkszeitung“, Peter Tiesel, und gegen den Verleger desselben Blattes Ludwig Jost und zwar auf Grund des § 184 des Reichs-Strafgesetzbuches. Am 27. Februar kam die Sache vor dem Mainzer Schöffengericht zur Verhandlung und beide Angeklagte wurden wegen Verbreitung unzüchtiger Abbildungen zu je 30 M. Geldbuße verurteilt. Gegen dieses Urteil hatten die Angeklagten Rekurs ergriffen und kam die Sache nochmals vor der Strafkammer des Landgerichts zur Verhandlung. Das Gericht hob das erstinstanzliche Urteil auf und sprach beide Angeklagte frei.

Wie alle Bewegungen, die in den letzten Jahren von der Partei und von den Gewerkschaften inszeniert wurden, gerichtliche Nachspiele hatten, so auch der Mauerstreik in Dresden. Der Mauerer Erbe ist am 26. April an einen Neubau an der Sörlitzerstraße gekommen und soll den dort noch nach 6 Uhr arbeitenden Mauerern zugewiesen haben: „Sagt mal, wollt Ihr denn nicht wie wir bloß bis um sechs arbeiten?“ Der Gendarm Wose, der „zufällig“ vorbeiging arreztirte den Verbrecher, der dann bald wegen — groben Unfugs — ein auf 20 M. lautendes Strafmandat erhielt. Auf seinen Einspruch bestätigte das Schöffengericht die ausgeworfene Strafe. In den Entscheidungsrunden betonte Herr Amtsrichter Bodnig, daß die oben zitierte Äußerung „im hohen Grade geeignet sei“, bei Andersdenkenden (?) Mißbilligung hervorzurufen. Daß sich auch nur ein Mensch über die harmlosen Worte geärgert hätte, ist nicht im geringsten erwiesen worden.

Wegen Uebertretung des braunschweigischen Vereinsgesetzes wurden die Genossen Gelble zu 75 Mark, Döberich zu 60 M. und Kießling zu 20 M. Geldstrafe verurteilt. Genosse Ohlendorf wurde freigesprochen. Das Gericht nahm an, daß als „außerordentliche Mitglieder-versemmlungen“ angemeldeten Versammlungen tatsächlich „öffentliche Versammlungen“ gewesen seien, bei denen der Zutritt Jedermann freistand. Als Beweis dafür galt der Umstand, daß in beiden Versammlungen viele Nichtmitglieder vorhanden waren, und daß die Kontrolle nicht derartig gehandhabt wurde, daß der Zutritt nur Vereinsmitgliedern offen stand. Auch sollte vor den Versammlungen ein Flugblatt verbreitet worden sein, welches zu allgemeinem Besuch aufforderte. In dieser Versammlung wurden alsdann „öffentliche Angelegenheiten“ verhandelt, und außerdem haben die Leiter der Versammlung gebuddelt, daß „Frauenpersonen“ dabei anwesend waren. Demgemäß waren die beiden Bevollmächtigten der Zahlstelle des Verbandes zu je 15 Mark wegen falscher Angaben bei Anmeldung der Versammlung und zu je weiteren 15 M. wegen der Duldung von Frauenpersonen in öffentlichen Versammlungen, weiter zu je 15 M. wegen Verhandlung öffentlicher Angelegenheiten und endlich zu je 15 M. wegen Duldung derselben als Bevollmächtigte des Vereins insgesamt zu je 60 M. verurteilt; dazu Gelbte mit weiteren 15 M. wegen Verweigerung der nach § 2 des Vereinsgesetzes geschuldeten Auskunft über die Mitgliederliste des Vereins. Von der letzteren Anklage wurden Frau Döberich und Ohlendorf freigesprochen, weil nicht erwiesen war, daß sie von der Polizei zur Auskunft persönlich angehalten worden waren. Somit war Ohlendorf, der während der fraglichen Versammlungen abwesend war, überhaupt freizusprechen. Kießling, der in der einen Versammlung, als „öffentliche Angelegenheiten“ verhandelt wurden, den Vorsitz führte, wurde zu 20 M. Geldstrafe verurteilt.

Vom groben Unfug. Bekanntlich war der Vorsitzende des Frankfurter Sozialdemokratischen Vereins, Genosse Knoop, sowie verschiedene Mitglieder des Arbeiter-Musikvereins „Kassalla“ wegen groben Unfugs angeklagt, weil die Musikkapelle die Arbeiter-Marschmärsche ankündigte, als das Dampfboot, auf dem sich der Sozialdemokratische Verein am 1. Sept. v. J. von einem Ausflug zurückkehrend befand, an dem Griesheimer Sedans-Festplatz vorbeiführ. Die betreffenden Patrioten hatten sich nämlich

geärgert, weil auf ihr Hurrah von dem Dampfer die Melodie der Marschmärsche ertönte. Die Angeklagten wurden aber sowohl von dem Schöffengericht als in der Berufungsinstanz von der Strafkammer freigesprochen. Der Staatsanwalt legte hiergegen Revision ein, die jedoch von dem Oberlandesgericht in Frankfurt am 17. Juni verworfen wurde.

In der Begründung der Revisionsverwerfung heißt es über den groben Unfugparagrafen: Die Strafnorm des § 360 P.O. § 11 Str.-G.-B. kann nicht als „eine subsidiäre Strafvorschrift unbestimmtester Allgemeinheit angesehen werden, welcher der Strafrichter alles zu unterstellen befugt ist, was ihm ungehörig erscheint und doch unter die sonstigen Strafandrohungen mit ihren wahlweisen begrifflichen Grenzen nicht paßt.“ Diese einzig vernünftige Auffassung des groben Unfug-Paragrafen wird leider von den allerwenigsten Gerichten getheilt. Die Mehrzahl steht dagegen auf dem Standpunkt:

Was man nicht definieren kann, sieht man als groben Unfug an.

Außerordentliche Generalversammlung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker.

(Fortsetzung.)

Halle a. S., den 13. Juli 1896.

Nach einer kleinen Pause erhält das Wort G a s c h - L e i p z i g : Ich bedauere, daß die Generalversammlung so schnell einberufen worden ist, die Gegnerschaft der Tarifgemeinschaft war ganz unorganisiert und so ist es gekommen, daß hier die Delegierten in der Mehrzahl als Freunde der Tarifgemeinschaft hergekommen sind. Herr Herrnhäuser gesagt hat, daß ich in der Subkommission für den Tarif-Entwurf eingetreten bin, hat gelogen. Ich hatte nicht nötig, die Gehilfenvertreter über die Schäden der Tarifgemeinschaft aufzuklären, sie haben ja selber ein Langes und Breites darüber beraten. Herr Herrnhäuser hat selbst von einem undenkbar-harmonischen Urbrei gesprochen, von einer Verberathung mit den Prinzipalen sei keine Rede. Riebel - Leipzig hat sich ähnlich geäußert, nur Herr Döblin war für Tarifgemeinschaft. Daraus mögen Sie beurtheilen, wie weit die Wahrheitsliebe des Herrn Herrnhäuser geht. Der „Correspondent“ hat drei Artikel gegen die Tarifgemeinschaft gebracht. Bei den Sitzungen in Leipzig hatte ich gar kein Recht, mitzureden, da war ich nur Bericht-erstatler. Wie so ich dazu kommen sollte, den Herren fortwährend das Gewissen zu schärfen, ist mir unerfindlich. Herr Herrnhäuser hat sich über die Leitung des „Correspondent“ beschwert. Es ist wohl noch nicht dagewesen, daß ein Redakteur die Pressefreiheit so weit getrieben hat, daß er sich selbst im eigenen Blatt mit Schmutz beweren ließe. (Lachen.)

Herr Döblin hat hier Briefe von den Gauvorsitzern vorgelesen, die sich alle gegen eine Bewegung aussprechen. Es fragt sich nur, ob diese Briefe die Stimmung innerhalb der Kollegen-schaft richtig widerspiegeln. Ich glaube nicht an diese völlige Muthlosigkeit der Gehilfenschaft. Bei den Tarifverhandlungen haben uns die Prinzipale an der Nase herumgeführt. Schon als die von uns ausgearbeitete Resolution betr. die Verkürzung der Arbeitszeit abgelehnt worden war, glaubte ich, daß die Verhandlungen abgebrochen werden müßten. Dahin gingen auch unsere Abmachungen. Was die Maschinenmeisterklause anlangt, so stelle ich nicht in Abrede, daß ich sie veranlaßt habe. Ich sehe auch heute noch auf dem Standpunkte, daß für die Maschinenmeister ein Mobus gefunden werden muß, der ihnen die Arbeitszeit verkürzt, aber die Maschine nicht brachlegt. Bei den Tarifverhandlungen kam ich bald zu der Ueberzeugung, daß die Prinzipale es nicht ehrlich meinten. Die Buchhändler traten sofort in die Erscheinung, es war die reinste Komödie. Zuerst wurde auf die fünfjährige Dauer kein besonderes Gewicht gelegt, erst später legte Büchsenlein so großes Gewicht darauf. Der Plan war durchsichtig genug, er lief auf eine vollständige Knebelung des Verbandes hinaus. Deshalb sagte ich, die Tariforganisation müsse über Bord geworfen werden. Der Moment zum Abbruch der Verhandlungen war gekommen, als die Leipziger Annahme den Tarif ablehnte und allen Versprechungen der Prinzipalvertreter ins Gesicht schlug. Hier war es klar, daß die Gehilfen wieder einmal genasführt werden sollten.

Nun zu Herrn Döblin, der Jahre lang eine sehr zweideutige Rolle gespielt hat und noch spielt. Ich habe den bestimmten Verdacht, daß Döblin mit den Prinzipalen unter einer Decke steckt, um die Gehilfenschaft zu schädigen. (Auf: Na, na!) In meiner Broschüre „Der königlich preussische Gewerksverein“ habe ich nachgewiesen, wie Herr Döblin an die Spitze dieses königlich preussischen Gewerksvereins gekommen ist. Herr Döblin lobte einen Regierungsrath Jacher, der in einem Artikel die Auffassung vertreten habe, daß den Gewerksvereinen größerer Spielraum eingeräumt werden müsse. Herr Jacher ist höherer Beamter des Berliner Polizeipräsidiums! Die ganze Thätigkeit Döblins läuft auf Belämpfung der modernen Arbeiterbewegung hinaus. Seine an mich gerichteten Briefe athmen fortgesetzt denselben Geist. Seit Jahren stand er mit den Prinzipalen in Unterhandlungen und hat es der Gehilfenschaft verschwiegen. Ich glaube also, mein Mißtrauen gegen Döblin ist völlig gerechtfertigt. Er vertrat ganz die Pläne des Ministers von Berlepsch und der Prinzipale. Ich sprach schon vor Jahren die Befürchtung aus, daß sich Döblin zu eng mit den Prinzipalen liere. Döblin gestreute aber damals in einem Briefe an mich diese Bedenken. Später hat er mir zugegeben, es sei sein Bestreben, die Gegenseite etwas auszugleichen. Herr Döblin hat meiner Ansicht nach nur für die Verkürzung der Arbeitszeit Propaganda gemacht, um die Gehilfenschaft mittels dieses Ködes blind zu machen gegen ihre Auslieferung an die Prinzipale (Lachen). Sie lachen, ich werde das noch beweisen auf Grund Döblin'scher Aktenstücke. (Döblin ruft: Aber nicht gefällig!) Am 18. März 1891, in der Zeit der Tarifverhandlungen, hatten Döblin und Giesler eine Unterredung mit den Herren Klinkhardt und Dr. Schmidt im Kaiserhof in Berlin, von der die Gehilfenschaft nichts erfahren hat. Später fand noch eine zweite Unterredung mit den Prinzipalvertretern statt, von der wieder die Gehilfenschaft nichts erfuhr. Die Vertrauenslosigkeit Döblin's litt Schiffbruch. Es kam zum Streik. Während dieses Kampfes hat die Verbandsleitung alles gethan, um den Streik zu erschweren. (Lachen.) Die Leitung war völlig planlos. Gleich nach dem Streik wurden die Verhandlungen wegen der Tarifgemeinschaft wieder angebahnt und bald darauf schrieb Herr Klinkhardt die Wahlen zur Tarifkommission aus. Herr Döblin befürwortete diese Wahl, es war also klar, daß die Verhandlungen nur zu einer Reduktion führen konnten. In Stuttgart hat gelegentlich der Generalversammlung im Jahre 1892 Döblin wieder eine Unterredung mit dem Kommerzienrath Kröner gehabt. Immer ist er zu Verhandlungen mit den Prinzipalen geneigt. Im Jahre 1895 war für den 11. November eine Gauvorsitzer-Konferenz einberufen worden, am 7. November konnte schon das Organ der Prinzipale von einem neuen Anlauf der Gehilfenschaft berichten. Das sind doch merkwürdige Vorkommnisse. Wenn Sie das alles an sich vorübergehen lassen und auch die zahllosen Zirkulare des Vorstandes in Betracht ziehen, so werden Sie zu der Ueberzeugung kommen, daß der Zentralvorstand fortgesetzt bestrebt war, die Gehilfenschaft mit den Prinzipalen zusammen zu koppeln. In einem Briefe an mich schreibt Döblin, die Klüffungen der Prinzipale geben keinen Anlaß zur Verwirrung, wissen Sie doch, daß wir schon lange rüsten. Drei Tage vorher war nämlich dasselbe in der „Freisinnigen Zeitung“ zu lesen. Herr Döblin muß damals ein eifriger Leser der „Freisinnigen Zeitung“ gewesen sein. (Heiterkeit.) Sie werden zugeben, daß ist eine merkwürdige Taktik der Verbandsleitung. Das war aber nicht der einzige Fehlgriß des Zentralvorstandes während des Streiks. Er veröffentlichte auch ganz genau unsern Kassenbestand. Die Prinzipale wußten genau: für 4-6 Wochen reicht das Geld noch, dann müssen sie uns kommen.“ Ein eigentümlicher Zufall war es auch, daß für den

24. Dezember, dem Tage, an welchem das Berliner Polizeipräsidium das Verbot der Extrasteuer erließ, für diesen selben Tag schon eine Konferenz der Gehilfenvertreter nach Berlin einberufen war. Negt sich etwas in der Gehilfenschaft, so sehen sich die Prinzipale in die Equipage und fahren zum Verbands - Vorsitzenden; der, sagen Sie, wird die Gehilfen schon beschwichtigen (Heiterkeit). Daß Herr Döblin der ungeschätzliche Arbeiterführer ist, das Zeugnis können wir ihm ausstellen. Ich schließe: Weg mit der Tarifgemeinschaft, hoch unsere Organisation!

Döblin - Berlin: Herr G a s c h hat die Tarifgemeinschaft mit der Haltung des „Corr.“ zusammen behandelt. Ich habe ihn nicht unterbrochen, um ihn in seiner Anklage nicht zu stören. Auf seine schamlosen Verächtlichkeiten werde ich morgen antworten. Ich nehme Sie ihm nicht übel, Herr G a s c h spielt va banque, er kämpft um seine Existenz. Um aber die Kampfesweise des Herrn G a s c h zu charakterisieren, will ich folgenden mir zugegangenen Brief verlesen:

„Als vollständiger Gegner jeder Tarifgemeinschaft durch zwei von mir geschriebene und auch aufgenommene Artikel („Nach dem 2. Akte“ und „Zur Wahl“) dem Kollegen G a s c h bekannt, glaubte Kollege G a s c h in mir eine geeignete Person gefunden zu haben, um seine Agitation gegen die Tarifgemeinschaft durch das geschriebene Wort unterstützen zu können. Auf Vorschlag des Kollegen Schmitt, der mich im Austrage G a s c h's in meinem damaligen Konventionsort Martrantsdorf besuchte, nahm ich vorläufig drei Tage Urlaub und arbeitete in sachlicher Weise gegen die Tarifgemeinschaft in der Wohnung von G a s c h. Als Früchte dieser Arbeit nenne ich: „Es ist vollbracht!“ — „Nicht-scheue Politik!“ — „Landrathswahlen!“ — „Widerprüge im Flugblatt des Zentralvorstandes“ — die Replik auf den Artikel „Und doch Fortschritt“ vom Kollegen R o s s - Berlin — die jedoch sämmtlich nicht so, wie sie von mir geschrieben, sondern stets verächtlich durch G a s c h aufgenommen wurden mit der Begründung, daß diese Verächtlichkeiten den tatsächlichen Verhältnissen entsprächen. In der festen Ueberzeugung, für eine gerechte Sache und meine innerste Ueberzeugung zu kämpfen, dem Verächter G a s c h's glaubend, ließ ich das geschehen.

Da sollte ich dann für die geplante Broschüre Material herausfinden und zwar aus den verschiedenen Jahrgängen „Correspondent“, „Zeitschrift“ und der „Buchdrucker-Zeitung“. Nachdem ich auch verschiedentlich Einblicke in die als Hauptmaterial dienenden Briefe Döblin's genommen und ersehen, daß ich zu unläuterer Zwecke benutzt werden sollte, ebenso daß die markantesten Stellen der Briefe aus dem Zusammenhange gerissen und mit Hilfe gewagter Kombinationen die Broschüre zu einem weiteren Werkzeuge der Zerspaltung werden sollte, ahnte mir die Unwürdigkeit dieser Handlungsmethode G a s c h's.

Zum vollen Beweise dessen diente der ausgeprochene Plan des Kollegen G a s c h, nachdem die Wahlen zur Generalversammlung zu seinen Ungunsten ausgefallen waren, da er erklärte: „Auf keinen Fall beuge ich mich, zur Generalversammlung erscheint nun wirklich die erste Nummer einer neuen Zeitung, im Verein mit dieser, sowie der bis dahin in Lieferungen herauskommenden Broschüre muß auf alle Fälle eine derartige Opposition gemacht werden, daß eben alles drunter und drüber geht und meine Richtung eben mit einigen tausend Mitgliedern abschwankt.“ (Sebhafte Psittuce.)

Da dies aber nicht in meinem und dem Interesse des Verbandes liegen kann, so hielt ich es jetzt für meine Pflicht, die Umtriebe G a s c h's Döblin mitzutheilen, damit diesen die Spitze abgebrochen werden kann.

Ich handelte nur im Interesse des Verbandes. Trotzdem ich Gegner jeder Tarifgemeinschaft bin, sage ich mich doch dem Mehrheitsbeschlusse, wie ich dies auch andernfalls von der andern Seite verlangt hätte.

Deshalb muß sich auch G a s c h fügen. Der Verband über alles. (Sebhafte Zustimmung.)

Hochachtend Hugo Hoffmann, Brauhausstr. 1.

G a s c h: Ich muß zugeben, diese Äußerung in dem Unmut über den Anfall der Wahlen in Leipzig und Berlin gethan zu haben. Es sind aber Zeugen dafür vorhanden, daß ich von der in dem Briefe mitgetheilten Meinung längst zurückgekommen bin und an eine Spaltung des Verbandes nicht denke. (Lachen.)

Döblin schließt um 4 1/2 Uhr die heutigen Verhandlungen, nachdem vorher noch einige Begrüßungstelegramme verlesen worden sind.

Nächste Sitzung Dienstag früh 9 Uhr.

Gewerkschaftliches.

Ueber den Streik der Hafnarbeiter in Frankfurt a. M. ist zu berichten, daß die Zahl der Ausständigen die gleiche geblieben ist, wie am Sonnabend. Etwa die Hälfte hat anderwärts Arbeit angenommen und die übrigen werden ebenfalls andere Arbeit erhalten, sodas voraussichtlich der Streik jetzt beendet ist. Der Betrieb im Hafen ist im Gange, aber sehr mangelhaft; der große Elevator muß sehr häufig stillstehen, weil die ungrüßten Arbeiter mit dem Betriebe nicht Bescheid wissen.

Vom schweizerischen Brauerkampf wird uns aus Zürich geschrieben: Das Winterthurer Gerichtspräsidium hat das Verlangen der Ringbrauereien um Inhibirung der Boykott-inferate abgelehnt und den Herren die Kosten und Entschädigung an die verklagte Arbeiterunion auferlegt.

Den kämpfenden Arbeitern in Winterthur kommt nun auch die Gesundheitskommission zu Hilfe. Sie erinnert in einer amtlichen Bekanntmachung an die Vorschriften, daß in jeder Wirthschaft an leicht sichtbarer Stelle die Firma derjenigen Brauerei anbringen ist, deren Bier zum Ausschank gelangt. Zuwiderhandlungen werden bestraft. Das ist sehr zeitgemäß gegen den Bierschwindel.

Depeschen und letzte Nachrichten.

Zabern i. El., 14. Juli. (Privattelegramm des „Vorwärts“.)

In einem neuen Prozeß gegen den Zaberner Anzeiger wegen angeblicher politischer Artikel wurde der Verleger abermals zu einer Geldstrafe von 320 Mark verurteilt. Indef darf das Blatt weiter erscheinen.

(Diese Prozesse werden angestrengt auf Grund eines alten französischen Gesetzes, das solchen Zeitungen, die keine Kautions hinterlegen, die Erörterung politischer Angelegenheiten verbietet. In Frankreich wurden die reaktionären Gesetze natürlich sofort nach dem Sturze des Kaiserreichs aufgehoben. In Elsaß-Lothringen wird vermittelst dieser napoleonischen Erbschaft „germanisiert“.)

Paris, 14. Juli. (W. Z. B.) Der Attentäter, welcher auf den Präsidenten Faure schok, heißt Francois. Es ist dieselbe Person, welche vor einiger Zeit die Papierschnitzel in die Deputirtenkammer warf. Er wohnt in der Glorystraße Nr. 46. Auf die Fragen des Polizeipräsidenten erklärte er, er sei ein Hommo de lettro und Verfasser des Buches „Die Masse“. Im Revolver wurden noch drei Patronen gefunden. Nach dem Verhör wurde Francois unter bewaffneter Eskorte in das Gefängnis gebracht.

Messina, 14. Juli. (W. Z. B.) Gestern Abend fand auf der Insel Stromboli ein starker Vulkanausbruch statt, der mit einer wellenförmigen Erdschütterung verbunden war. Die Senaphoren der Beobachtungsstation sind beschädigt.

Kairo, 14. Juli. (W. Z. B.) Der gestrige Cholerabericht weist 854 Neuerkrankungen mit 384 Todesfällen auf; von letzteren kommen auf Fayum 101, auf Wady-Dafsa unter Zivilpersonen 52. Unter den ägyptischen Truppen sind ein Todesfall in Assuan, 6 in Wady-Dafsa, 1 südlich Wady-Dafsa vorgekommen; ferner ist in Gemai ein englischer Soldat gestorben.

4. Deutscher Schneider- und Schneiderinnen-Kongress.

Eisenach, 13. Juli 1896.

Der Kongress hält seine Sitzungen im Saale des Gasthauses „Zum frohlichen Mann“ ab. Der Saal ist mit Zimmergrün, roten Draperien und Fahnen, Transparenten, den Wästen von Lassalle und Marx und dem Bildnis von Engels geschmückt. Gegen 8 1/2 Uhr eröffnet **Fahrenkamm-Erfurt** den Kongress mit einem Hoch auf die Arbeiterbewegung. **Pöhl-Eisenach** heißt die Delegierten namens des Lokal-Komitees willkommen. Nach dem Bericht der Mandatsprüfungs-Kommission sind 40 Delegierte, darunter 4 weibliche und Pöhl-Wien anwesend. Sämtliche Mandate werden für gültig erklärt. Das Bureau wird gebildet aus **Mahle-Flensburg** und **Sabat-Hamburg** als Vorsitzende und **Enders, Käse, Jäger, Meyler, Fr. Wader, Seeger, Witte** und **Töpper**.

Timm-Berlin erstattet den Bericht der Fäuser-Kommission über die Bewegung in der Konfektionsindustrie. Redner gibt einen Überblick über die Entwicklung der genannten Industrie und die Maßnahmen, welche die Arbeiter gegen die aus der Umwälzung in der Bekleidungsindustrie resultierenden Mißstände ergriffen. Der erste Anstoß zu einer planmäßigen Bewegung gab die am 13. Januar 1895 in Berlin abgehaltene Konferenz. Das Ergebnis derselben war die Wahl der Fäuser-Kommission, die mit den Vorarbeiten betraut wurde. Die Konferenz stellte eine Reihe von Forderungen fest, welche der Agitation zur Grundlage dienen sollten. Das Hauptinteresse beanspruchten die Forderungen auf Aufstellung von Lohnsätzen und Einrichtung von Betriebswerkstätten. Die letztere Forderung wurde hauptsächlich in den Vordergrund gestellt und versucht, die öffentliche Meinung dafür zu gewinnen. Auch die Maßnahme, sich an dieser Forderung interessiert, leider haben sich dieselben im großen und ganzen sehr lau verhalten, obgleich die Konfektion heute bis in die kleinsten Orte gedrungen ist. Daß eine so einschneidende Forderung, wie die Errichtung von Betriebswerkstätten, nicht im ersten Anlauf zu verwirklichen war, war uns klar. Man muß anerkennen, daß auch die bürgerliche Presse, sowie bürgerliche Vereine, wie die **Verz. für Ethische Kultur**, die **evangelisch-soziale Bewegung** **Naumann'scher** Richtung, sich der Sache nach Kräften angenommen hat. Sodann war die Kommission mit der Herausgabe einer Broschüre über die Zustände in der Konfektion beauftragt. Das ist geschehen durch die Broschüre über das **Sweating-System**. Der Kommission für Arbeiterstatistik wurde das gesamte vorhandene Material übergeben. Dieselbe hat jedoch die Kommission keiner Antwort gewürdigt. Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie in Breslau nahm eine Resolution gegen das Zwangsmeister-System u. s. w. an. Die Arbeiterpartei hat den Konfektionsarbeitern in jeder Beziehung thätig zur Seite gestanden. Auf dem Parteitage traten die dort anwesenden Kollegen zu einer Besprechung zusammen. Es wurde eine Konferenz der Konfektionsarbeiter nach Erfurt berufen, welche am 24. und 25. November 1895 stattfand. Hier wurden die zu ergreifenden Maßnahmen festgesetzt. Es wurde beschlossen, die gestellten Forderungen am 1. Februar 1896 den Konfektionsärn zuzustellen. Eine ganze Reihe von Orten hat sich bei der im Januar vorgenommenen Flugblattverbreitung leider nicht beteiligt. Mittlerweile fanden Verhandlungen mit den Konfektionsärn und Zwischenmeistern statt. Der Streik brach schließlich aus. Berlin mußte seine Beteiligung um acht Tage hinauschieben. Er sei zwar dafür, daß Beschlüsse auch gehalten werden, wenn aber im letzten Augenblick die Situation sich so verändert, daß bei Aufrechterhaltung der Beschlüsse der Sache ein Schaden erwächst, so ist es Pflicht, sich nach der vorhandenen Situation zu richten, wenn auch gefasste Beschlüsse dadurch verlegt werden. Das war in Berlin der Fall. Der Beginn der Saison hatte sich etwas verzögert und darum mußte der Streik in Berlin etwas hinausgeschoben werden. Die Fäuser-Kommission wurde bei Ausbruch des Streiks von allen Seiten in Anspruch genommen, zum großen Theil allerdings mit Dingen, die mit der Sache gar nichts zu thun hatten. Es sei auch der Kommission zum Vorwurf gemacht worden, namentlich von England aus, daß der Streik zu früh beendet worden sei, da doch die ganze Welt mit ihrer Sympathie hinter den Streikenden stehe. Mit der Sympathie allein lasse sich nichts anfangen, wenn nicht auch der nötige „Druck“ vorhanden sei. (Sehr richtig!) Wir konnten in der ersten Woche 4 M. Streik-Unterstützung zahlen, ob in der zweiten Woche überhaupt noch etwas gezahlt werden konnte, sei fraglich gewesen; daher mußte die Forderung der Errichtung von Betriebswerkstätten vorläufig zurückgestellt werden.

Wenn das Ertrugene nicht überall aufrecht erhalten wurde, so liegt dies zum Theil an den Kollegen am Orte selbst, die sich zu viel auf die Zentralkommission verließen. In Berlin habe man ja den Vertrag öffentlich gebrochen. Es gebe keinen parlamentarischen Ausdruck für solch schmachvollen Wortbruch. Die Bewegung hat auch für die Kollegen das Gute gehabt, daß sie einmal die traurigen Zustände in der Konfektion ins grellste Licht gestellt habe. Es seien auch noch andere Erfolge errungen worden, der Reichstag habe sich mit der Sache beschäftigt, vom Ministerthum wurde der Streik für berechtigt erklärt, die Kommission für Arbeiterstatistik trat in eine schleunige Untersuchung der Verhältnisse, deren Resultat heute schon gedruckt vorliegt. Die Fäuser-Kommission glaubt alles gethan zu haben, was sie pflichtgemäß thun mußte; wenn Ausstellungen gemacht werden sollten, so müge man bedenken, daß der Streik in Berlin einen großen Theil ihrer Thätigkeit absorbierte. Die **Hera** **Breslau** erfordere, daß man den Fortschritt von unten aus noch mehr als bisher propagandiren müsse. Auf wirtschaftlichem Gebiete müsse mehr geleistet werden, es müßten größere materielle Mittel zur Verfügung stehen, damit den Armen während eines Streiks das nothwendigste gewährt werden könne. Eine gefüllte Kriegskasse sei das nothwendigste. Alle Bestrebungen, welche auf Schaffung einer besonderen Organisation für die Konfektion hinausläufen, seien durch den Streik gründlich ad absurdum geführt worden. Nicht die Form der Organisation ist das wichtige, sondern planmäßiges Handeln.

Pöhl-Wien überbringt die Grüße der österreichischen Kollegen und Kolleginnen. Wenn er die Verhältnisse in Oesterreich schildern solle, so müße er die eigenen Kämpfe der deutschen Arbeiter schildern. In Oesterreich sei es um kein Jota besser als in Deutschland, nur habe man es dort noch mit einem zurückgebliebenen Unternehmertum zu schaffen. Den deutschen Konfektionsarbeiterstreik haben die österreichischen Kollegen mit großer Sympathie verfolgt. Im nächsten Frühjahr wird wahrscheinlich auch in Oesterreich in eine Bewegung eingetreten werden.

Seeger-Leipzig tadelt die Vertrauenslosigkeit der Fäuser-Kommission den Konfektionsärn gegenüber. Seit Jahren hat man für die Errichtung von Betriebswerkstätten agitiert und trotzdem diese Forderung am ersten über Bord geworfen; alle Bewilligungen werden illusorisch gemacht durch die Hausindustrie. Die Erfolge, die Timm gesehen haben will, sind, bei Lichte betrachtet, gleich Null.

In Leipzig haben sich die Parteigenossen nicht an der Bewegung beteiligt. Er meine, wenn man erst eine Forderung aufstelle, wie die auf Errichtung von Betriebswerkstätten, und

dieselbe dann im kritischen Augenblick fallen lasse, um sie später wieder hervorzuholen, so sei das Humpen. Die Hauptsache sei eine umfassende Agitation und Organisation, von der Befreiung und Verwirklichung sei nichts zu erwarten.

Schwieger-Braunschweig erklärt, daß Braunschweig von einer Besichtigung der Erfurter Konferenz abgesehen habe, da man keine Kollegen aus der Konfektion dazu zur Verfügung gehabt habe. Das zweite Flugblatt sei für das weitere Publikum und namentlich die Landbevölkerung unverständlich gewesen, darum sei es in Braunschweig nicht verbreitet worden.

Reißhaus-Erfurt ist der Meinung, daß es der Fehler der Kommission gewesen sei, daß sie Forderungen aufgestellt habe, die nicht durchzuführen seien; daß sei die Errichtung von Betriebswerkstätten. Er sei zwar prinzipiell für diese Forderung, denn nur durch diese wäre eine Besserung der Lage herbeizuführen. Er habe seit langen dafür gekämpft. Aber eine solche Umwälzung der gesamten Schneiderei lasse sich nicht durch eine Lohnbewegung erreichen. Wenn man die öffentliche Meinung gewinnen wollte, so hätte man diese Forderung doch nicht in den Vordergrund zu stellen brauchen. Man solle keine Forderungen stellen, die nicht durchgeführt werden können. Er sehe den Erfolg der Bewegung in dem moralischen Effekt. Die Arbeiter haben gefühlt, daß sie doch eine Macht sind, wenn sie einig sind. Der persönliche Einfluß, welcher in den kleineren und mittleren Städten von den Zwischenmeistern auf die Arbeiter geübt worden, sei gebrochen. Er sei auf der Erfurter Konferenz für getrenntes Vorgehen in den verschiedenen Branchen der Konfektion gewesen, sei aber in der Minorität geblieben. Durch ein solches Vorgehen sei mehr zu erreichen gewesen. Als der Streik in Berlin ausbrach, sollte, hatten die Zwischenmeister bereits hunderte von Stücken im Hause. Timm ist also solch unterrichtet, wenn er meint, daß die Saison sich verzögert habe. Es ist eine eitle Plinkerei, wenn die Berliner Konfektionsärn darüber klagen, daß ihnen durch die Störung der Saison Tausende entgangen seien, die alten Lebenshüter, die sonst hätten verarmt werden müssen, wurden an die Detailisten verkauft. Von einem Schaden kann daher überhaupt keine Rede sein. Der wirkliche Grund, weshalb in Berlin der Streik später losbrach, war der Glaube der Kommission, daß die Forderungen allein durch den Druck der öffentlichen Meinung verwirklicht werden würden. Als dann in Erfurt der Streik ausbrach, da wurde Berlin mit hineingezogen. Er sei nicht davon enttäuscht gewesen, daß man in den Streik getreten, weil er geglaubt, daß nicht genügend Truppen und Kriegsmaterial vorhanden gewesen. Er habe sich getäuscht und freude sich darüber. Von diesem Kongress aus müssen wir wieder zum neuen Kampf blasen und für Konfektion sorgen. Es wird die Ausgabe aller organisirten Schneider sein, die Bewegung in Fluß zu erhalten. Es ist ein schriftlicher Antrag aus München eingegangen auf Gründung einer besonderen Konfektionsarbeiter-Organisation. Um 12 Uhr tritt eine zweistündige Mittagspause ein.

Nachmittags-Sitzung.

Albrecht-Galle schildert, wie wenig Verständnis selbst seitens organisirter Kollegen der Konfektionsindustrie entgegengebracht wurde. Das sei jetzt anders geworden. Er könne die Anerkennung, welche Timm dem Breslauer Parteitag gezollt, nicht theilen. In der Provinz haben die Genossen, sich wenig um die Bewegung gekümmert, weil sie einfach die Wichtigkeit der Sache nicht begriffen. Selbst bei den Kollegen der Maßschneiderei habe es oft an dem nötigen Verständnis gefehlt. Redner weist die Vorwürfe, welche Timm gegen die Halle'schen Kollegen in bezug auf die Art ihrer Agitation gemacht hat, zurück. Der Verzicht auf die Einführung von Betriebswerkstätten habe im Lande einen deprimirenden Eindruck gemacht. Er sei entschieden gegen den Antrag München. Im großen und ganzen sei er mit den Resultaten der Bewegung zufrieden. Wenn wir so weiter arbeiten, kommen wir zum Ziele.

Liepel-Breslau: Wir waren in Breslau der Ansicht, welche Kollege **Reißhaus** geäußert, daß man in den verschiedenen Branchen der Konfektion hätte getrennt vorgehen müssen. In Breslau ist ein Minimallohn erreicht worden, aber auch hier waren die Unternehmer unerbittlich genug, bei erster Gelegenheit ihre Zugeständnisse zurückzuziehen und die Löhne sogar noch unter das Niveau vor dem Streik herabzudrücken. Redner schildert ausführlich die Verhältnisse der Konfektionsarbeiter in Schlesien.

Sabat-Hamburg: In Hamburg hat der Streik am längsten gedauert. Hätten wir uns in Hamburg mit den paar Broden, die in Erfurt und Berlin erreicht wurden, begnügt, so wären wir in zwei Tagen fertig gewesen. Das hätten uns die Konfektionsärn freiwillig zugestanden. Wir haben das Hauptgewicht auf die Schaffung eines festen Lohnsatzes gelegt. Mit dem von uns ausgearbeiteten Tarif sind wir nicht durchgekommen. Der jetzt gültige Tarif ist das Produkt einer Uebereinkunft mit den Konfektionsärn. Im Gegensatz zu Berlin und Breslau haben die Hamburger Konfektionsärn im großen und ganzen ihr Wort gehalten. Die Aufgabe der Fäuser-Kommission habe er allerdings anders sich vorgestellt, als diese ausgeführt. Zu ihrer Entschuldigunng müsse angeführt werden, daß ihr die Bewegung über den Kopf gewachsen sei. Niemand habe eine solche Ausdehnung des Streiks voraussehen können. Die Zurückstellung der Forderung der Betriebswerkstätten sei ein Gebot der Taktik gewesen. Uebrigens sei die große Mehrzahl der Kollegen noch so rückständig, daß sie die großen Mängel der Hausindustrie nicht erkennen. Wollen wir uns abringen wieder in den Kampf eintreten, so ist vor allen Dingen nothwendig, materielle Mittel zu schaffen. Die Organisation muß so gestellt werden, daß sie helfend eingreifen kann.

Schlumberger-Stuttgart erklärt sich mit der Thätigkeit der Fäuser-Kommission einverstanden. In Württemberg komme es vor allem darauf an, die Landtschneider in die Bewegung zu ziehen. Redner hält die gegenwärtig in Frankfurt a. M. inszenirte Agitation für verfehlt und ist gegen den Münchener Antrag.

Red-Regensburg: Regensburg ist nicht in die Bewegung eingetreten, weil die Agitation durch den Lokalmangel sehr erschwert war. Die Löhne sind dort ebenso schlecht oder noch schlechter als anderswo. In erster Linie müsse auf Lohnerhöhung gedrungen werden.

Holzhausen-Flensburg weist die Vorwürfe, die man der Fäuser-Kommission wegen Fallenslassens der Forderung von Betriebswerkstätten gemacht, zurück. Der Kommission standen lumpige 18 000 M. zur Verfügung aus der Verbandskasse, mit solch geringen Mitteln lasse sich nicht viel erreichen. Redner vertheidigt die Verweigerung von 5000 M. aus der Verbandskasse an die Breslauer Streikenden. Wenn wir etwas erzielen wollten, werden wir größere Opfer bringen müssen, die fremden Hilfskräfte verstehen sehr leicht. Die Forderung „Einführung von Betriebswerkstätten“ bleibt unsere Parole, sie kann aber nur durchgeführt werden, wenn wir über genügende Mittel verfügen.

Fahrenkamm-Erfurt erklärt die der Lohnkommission gemachten Vorwürfe für ungerechtfertigt. Es fehle bei dem Streik an der Unterstützung der Kollegen in den Städten, in welchen keine Konfektionsindustrie vorhanden ist.

Danzig-Berlin vertheidigt die Fäuser-Kommission. Im Moment, als der Streik in Berlin ausbrechen sollte, war die Saisonarbeit noch zurück, deshalb mußten wir noch 8 Tage warten. Nicht die Berliner Arbeiter sind zum Einigungsamt

gelaufen, sondern die Konfektionsärn. Die Arbeiter sind nur einer an sie ergangenen Einladung gefolgt.

Fr. Wader-Berlin rechtfertigt die Haltung der Fäuser-Kommission. Sie habe mit einer ungeheuren Menge indifferenter weiblicher Arbeiter zu thun, auf deren Ausdauer nicht zu rechnen war. Die Kommission hätte darum geradezu unverantwortlich gehandelt, wenn sie nicht vorher alle anderen Mittel versucht hätte, ehe sie zum Streik schritt. Die Kommission verdiene keinen Tadel, sondern das höchste Lob.

Wade-Altona: Das Fallenslassen der Hauptforderung hat in den Arbeiterkreisen stark verschimpft, doch möge die Kommission wohl recht daran gethan haben.

Böhm-Erfurt erklärt, daß er Zwischenmeister und von Zwischenmeister gewählt worden sei. Er lehne die Bezeichnung „Zwischenmeister“ ab, er sei Meister, der Konfektionsär sei der Kaufmann und nicht etwa Obermeister. Er könne sich nicht für die Einführung von Betriebswerkstätten erwärmen, die Hauptsache sei die Erhöhung der Löhne.

Frau Zeilin-Berlin stellt folgenden Geschäftsordnungs-Antrag: Ich beantrage 1. sich in den laufenden Debatten der Anregungen und Vorschläge betreffs der weiteren Aktion zu enthalten, denn diese fallen zum Theil a) unter Punkt 3 der Tagesordnung (unsere Forderungen an die Befreiung), b) unter Punkt 4 der Tagesordnung (Presse und Agitation), c) unter die Verhandlungsgegenstände des Verbandstages (Organisation); 2. eine besondere Kommission zu ernennen, welche Vorschläge zu Punkt 4 auszuarbeiten und bei den diesbezüglichen Verhandlungen dem Kongress zu unterbreiten hat. — Der Antrag wird nach kurzer Debatte angenommen.

Timm weist die Vorwürfe **Seeger's** zurück. Dieselben „sitten“ nicht an übermäßiger Sachkenntnis. Die angebliche Behauptung des **Parrez v. Soden**, daß auf seine Anregung hin der Streik in Berlin hinausgeschoben worden sei, sei unrichtig. Er glaube auch nicht, daß v. Soden diese von **Seeger** wiedergegebene Behauptung ausgesprochen habe, denn er halte Herrn v. Soden für einen zu anständigen Mann, als daß er etwas Unwahres sage. Es sei auch nicht richtig, was **Reißhaus** gesagt habe, die Kommission habe den Streik geschaut, darum habe sie ihn hinausgeschoben. **Reißhaus** behaupte, es sei schon Saisonarbeit genug vorhanden gewesen. Das Gegentheil sei der Fall. Die Aufforderung zu Unterhandlungen sei von dem Magistrats-Beauftragten v. Schulz ausgegangen. Auch der Gewerbe-Inspektor und die evangelisch-soziale Gruppe unter Führung v. Soden's sei an die Verhandlungen herangetreten. Aus bester Quelle stammende Nachrichten über das Ausbleiben der Saisonarbeit veranlaßten die Kommission zu der Hinausschiebung des Streiks und er glaube heute noch, daß sie recht gehandelt. Die gewonnene Woche hat uns gute Dienste gethan, die öffentliche Meinung wurde gewonnen. Nach reiflicher Ueberlegung müße er sagen, wenn er noch einmal vor dieselbe Situation gestellt werde, werde er genau wieder so handeln. Eine solche Zentral-Streikleitung, wie sie hier angeregt wurde, ist nicht durchführbar. Auf die Betriebswerkstättenfrage übergehend, bemerkt Redner, daß es ihn eigenhümlich berührt habe, daß man Vorwürfe über die Aufstellung der betreffenden Forderung erhebe, obgleich man wüßte, daß sie sich nicht ohne weiteres durchführen lasse. Stellen wir nicht auch die Forderung des Achtstundentages, obgleich die Verwirklichung vielfach noch nicht erreicht werden kann? Die Forderung war von großer propagandistischer Wirkung, sie fand selbst in weiten Kreisen der bürgerlichen Gesellschaft Verständnis. Sei sie jetzt nicht verwirklicht, so werde sie wieder-kehren, bis sie durchgeführt. Er glaube, wenn alle Umstände in betracht gezogen würden, so müße man sagen, die Kommission habe korrekt gehandelt.

Lühner-Dresden: In Dresden würde man nicht so lange haben zu streiken brauchen, wenn von vornherein die Mehrzahl der Arbeiter in den Streik eingetreten wären. Er glaube, daß sich in Dresden die Betriebswerkstätten hätten durchdrücken lassen, wenn man an der Forderung festgehalten hätte.

Nach Wahl der von **Frau Zeilin** beantragten neungliedrigen Kommission wurden die Verhandlungen abgebrochen.

lokales.

Am Donnerstag, den 16. Juli, abends 8 1/2 Uhr, findet **Kolberger Salon, Kolbergerstraße 23,** eine öffentliche **Volksversammlung** statt. Es werden namentlich die Frauen erjucht, zahlreich zu erscheinen. Die **Einkaufserien**.

Vom Dreiklassen-Wahlssystem. Bei der diesjährigen Vertheilung der stimmberechtigten Bürger Berlins auf die drei Abtheilungen ist die nicht unvortheilhafte Ehre, Wähler der 1. oder 2. Abtheilung zu sein, wieder etwas lothspieliger geworden. Zur 1. Abtheilung gehören jetzt diejenigen Wähler, welche mindestens 4348 M., zur 2. Abtheilung die, welche mindestens 883,72 M. Steuern zahlen, zur 3. Abtheilung alle übrigen Wähler. Die Wandlung, die sich in dieser Beziehung in den letzten Jahren vollzogen hat, wird aus folgendem ersichtlich. Der Mindest-Steuerbetrag war:

	1898	1894	1895	1896
1. Abtheilung:	M. 2956,80	3152,40	3891,20	4348,00
2. „	597,90	652,20	781,74	883,72

Die Summe aller für die Abtheilungsbildung zu Grunde gelegten Steuern hat in demselben Zeitraum nur wenig und durchaus nicht ununterbrochen zugenommen. Sie war 1893: 44 455 617 M., 1894: 48 270 023 M., 1895: 43 761 990 M., 1896: 45 820 728 M.

Die städtische Deputation beabsichtigt die Umgestaltung des **Holsteiner Ufers**, wobei die Anschaffung einer Böschung und die Inanspruchnahme einer von der Ministerial-Baufkommission zu erwerbenden Spreewasserfläche in Aussicht genommen war. Zwischen den Strombehörden ist es nun bei den darüber gepflogenen Verhandlungen zu einer Einigung dahin gekommen, daß angesichts des immer mehr zunehmenden Schiffsahrts-Verkehrs eine Schmälerung der Spreewasserfläche prinzipiell nicht mehr gebuldet und daß insbesondere wegen der sehr lebhaften Benutzung des **Holsteiner Ufers** als **Ladestraße** für die Anschaffung nicht gestattet werden soll.

Die akuten Darmkrankheiten scheinen in diesem Sommer in Berlin, dank der meist kühlen Witterung, weniger Opfer fordern zu sollen als im Vorjahre, wobei freilich in betracht gezogen werden muß, daß die Sterblichkeit an diesen Krankheiten im vergangenen Sommer hier ungewöhnlich hoch war. In den 4 Wochen 31. Mai bis 27. Juni 1896 starben nach Ausweis der bis jetzt vorliegenden Wochenberichte des Berliner „Statist. Amts“ an:

Woche	Diarrhoe	Brech- durchfall	Magen- und Darmkatarrh	Zusammen
31. Mai—6. Juni	18	13	17	48
7.—13. Juni	31	36	17	84
14.—20. Juni	37	55	22	114
21.—27. Juni	28	44	50	100
Zusammen	107	148	86	341

Die allermeisten Fälle betrafen, wie immer, Kinder unter 2 Jahren. Der Einfluß der Witterung, besonders der Temperatur, tritt diesmal wieder recht deutlich hervor. Die

Zunahme der Sterblichkeit bis zur 3. Woche geht ziemlich genau parallel der Steigerung der Temperatur. Ebenso entspricht der plötzliche Rückgang der Sterblichkeit in der 4. Woche dem letzten Drittel des Juni eingetretenen Temperaturrückgang. In den Vororten war der Gang der Sterblichkeit ähnlich. Nach den Wochenberichten der „Veröffentlichungen des Kaiserl. Gesundheitsamtes“ starben an akuten Darmkrankheiten (in Klammern die besondere Zahl für Brechdurchfall) in:

Woche	Charlottenburg	Schöneberg	Nixdorf	Zusammen
31. Mai bis 6. Juni	6 (2)	2 (1)	2 (1)	10 (4)
7. bis 13. Juni	4 (2)	3 (3)	5 (2)	12 (7)
14. bis 20. Juni	15 (6)	4 (1)	11 (7)	30 (14)
21. bis 27. Juni	12 (9)	3 (2)	9 (3)	24 (16)
Zusammen	37 (19)	12 (7)	27 (15)	76 (41)

Auch hier ist der Einfluss der Temperatur deutlich erkennbar. Selbstverständlich ist aber die Wirkung nicht die Ursache, sondern nur eine der Bedingungen, von denen die in jedem Sommer zu beobachtende Zunahme der Sterblichkeit an akuten Darmkrankheiten abhängt. Ein bei weitem wichtigeres Moment ist die Ernährung und Pflege des Säuglings, deren Unweidmässigkeit oder Unzulänglichkeit besonders in den heißen Sommermonaten verhängnisvoll wird. Daher fordern diese Krankheiten die meisten Opfer, wie wir früher gezeigt haben, unter den Kindern des Proletariats.

Die städtischen Bureau-Dienstleistungen haben an dem Magistrat ein mit 278 Unterschriften versehenes ernstes Bittgesuch gerichtet, dahingehend, dass Dienstleistungen den Verhältnissen entsprechend zu erhöhen und die Pensionverhältnisse zu regeln.

Polizeiliche Mißhandlung der deutschen Sprache. Ein vom königlichen Polizeipräsidenten in Berlin ausgestelltes Formular enthält in Druckchrift folgenden Wortlaut:

„Das von Ihnen nachgesuchte Führungs-Attest ist heute ausgestellt. Sie werden angefordert, dasselbe gegen Zahlung der erstandenen (1) Expeditionsgebühren im Betrage von 1 Mark 63 Pf. unter Vorzeigung dieser Verfügung (1) binnen acht Tagen im Polizei-Dienstgebäude, Am Alexanderplatz, Eingang 4, part., Zimmer Nr. 61, an den Wochentagen in den Vormittagsstunden von 9—1 Uhr abzuliegen. (!!) Kommen Sie dieser Aufforderung in der gesetzten Frist nicht nach, so wird mit der exekutivischen Einziehung des gedachten Betrages ohne weiteres vorgegangen werden.“

Das ist ja eine wahre Attacke auf unsere gute deutsche Muttersprache!

Auch der Ton ist recht anheimelnd. Man wird nach dem Durchlesen dieses Produktes klopfenden Herzens auf das Polizeipräsidenten eilen, in der Furcht, daß selbiges einen anderenfalls am Ende gar zur Sicherung der „erstandenen“ Expeditionskosten mit dem grünen Wagen aus der Wohnung „abblanze“.

„Du lieber Himmel!“ In dem hiesigen Wismarckblatt lesen wir: „Die schon wiederholt von uns mit Beifall behandelte Idee, durch Errichtung von Arbeitsausweisen und Stellenvermittlung im Reich der Kriegervereine der Sozialdemokratie entgegenzuwirken, wird jetzt feste Gestalt gewinnen. Wie man hört, wird die Organisation dieser Stellenvermittlung generell ins Werk gesetzt werden. Berlin würde die Zentrale sein und die Zweigvereine sich in den Orten befinden, wo die General-Commandos der Armeekorps ihren Sitz haben. Der Arbeitsnachweis soll für Arbeitgeber und Arbeitnehmer unentgeltlich sein, bei letzteren soll auch kein Druck behufs Eintritts in die Kriegervereine ausgeübt werden. Vom Bundesvorstand sind Rundschreiben an die einzelnen Verbände und Bezirksverbände wegen dieses Arbeitsnachweises bereits versandt worden; es handelt sich zunächst darum, zu ermitteln, wie weit dieselben an dem Werke mitarbeiten wollen und wie hoch sich die Kosten stellen.“

Die Angst vor der Sozialdemokratie muß in gewissen Regionen einen bedenklich hohen Grad erreicht haben, wenn man bereits anfängt, die Kriegervereine zum Zwecke der Arbeitsvermittlung generell zu organisieren. Die nichtgenerelle Organisation scheint bislang wenig verlangen zu haben, trotzdem sie schon im Herbst vorigen Jahres eine bis zu Thränen rührende Gestalt angenommen hat.

Anfang Oktober forderte schon das Kriegervereins-Organ „Die Parole“, „alle Patrioten“ auf, der entlassenen Reservisten zu gedanken. „Die Sozialdemokratie“, so jammerte das Blatt, streift ihre Fangarme nach ihnen aus, sorgt dafür, daß sie schnell Arbeit bekommen, und rechnet dann darauf, daß die ihr zu Dank verpflichteten „treuen Genossen“ werden. Der angstvolle Ruf schloß mit den Worten, daß jeder, der einem Reservisten Arbeit verschaffe, unter Umständen einen Menschen vor Unheil und Verderben rette.

Das Unheil und Verderben, denken wir, wird auch nunmehr, trotz der „generellen Organisation“ seinen Gang gehen. Denn erstens wissen die Proletarier nach der Entlassung aus dem Militärdienst, wohin sie gehören, zweitens ist die Sozialdemokratie den Kriegervereinen in puncto Solidität denn doch ganz bedeutend über, und drittens liegt die Sache so, daß die Unternehmer sich der patriotischen Arbeitsnachweise nur erinnern, wenn ihre ehrlichen Arbeiter im Lohnkampf liegen und sie zuerst einer Anzahl Streikbrecher bedürfen. Interessant wäre es übrigens, zu erfahren, ob die Arbeitsnachweise der Kriegervereine gar mit einer behördlichen Förderung oder Unterstützung gesegnet sind. Die Fassung der Notiz läßt beinahe eine derartige Annahme zu.

Wahre Hungerlöhne erhalten die Arbeiterinnen der Puppenfabrik von Georg Hebert in der Alten Jakobstraße. Die Bezahlung, welche für das Nähen und Anziehen von Puppenkleidern geboten wird, spottet jeder Kritik. Für ein Duzend Gekleidpuppen von ca. 10 Zentimeter Höhe giebt es sechs Schilling. Dafür sind zu fertigen auf der Nähmaschine: 12 Höschchen und 12 Kleider; mit der Hand sind 12 Kleider zweimal zu schneuren, überzugziehen, festzunähen mit Band oder Spitzenpasse zu garnieren. Ferner sind noch zwölf Hüte mit Bandschleifen zu versehen. Noch standalder werden die „Pärchen“ bezahlt. Für 12 Knaben und 12 Mädchen giebt es fünfundsiebzig Pfennige. Die Mädchen bekommen Hängelleider mit modernen Puffärmeln. Man hat also mit der Maschine vorzunähen: 12 Höschchen für die Knaben und 12 für die Mädchen, sowie für die letzteren 12 Kleider. Sodann müssen die Kleider sauber mit Hohlstichen gesäumt, geschnürt, in sehr engen Blisseeckeln gelegt und überzogen werden, die Kerne sind gleichfalls zu schneuren, überzugziehen und festzunähen. Die breiten Puffärmel sind mit Wachspapier zu besticken und am Kleide anzunähen, außerdem müssen 12 Hüte aus Stoff geschnürt und mit weißem Velv garnirt werden. Den Knaben müssen zunächst die Höschchen übergezogen und angehängt werden, sodann erhalten sie ein gefülltes Vorhemdchen mit Stebtagen und Schleifenbesatz. Die auf der Maschine vorzunähen Joden werden übergezogen und angehängt und dann werden 12 Matrosenhüte mit Stoff bezogen. Für „Spitzenpuppen“ giebt es 45 Pf. pro Duzend. Dafür ist ein Unterrock zu garnieren, ein Spitzenröckchen auf der Maschine mit zwei Bandschleifen zu besticken, und dann in sehr engen Blisseeckeln an der Puppe zu besticken. Die Taille wird gleich auf den Hals garnirt mit doppelten Spitzenvolants, Band und Schleifen besetzt. Den Schluß bildet eine aus Spitzen zu ziehende Kapotte mit breitem Spitzenkragen und Schleifenbesatz. Bei sehr angelegter Arbeit bekommt man etwa 1—1½ Duzend Puppen am Tage fertig. Die Arbeit wird denn auch hauptsächlich von „Damen der besseren Stände“, die nur für Taschengeld zu sorgen haben, gemacht. Wer von dieser Arbeit sein Leben fristen will, muß verhungern.

Die Wuth der Bäckermeister über den Maximal-Arbeitsstag kennt keine Grenzen. Jetzt wollen sie fürchterliche

Rache nehmen an den Gesellen „für alle die Niederträchtigkeit und den Kerger, den sie den Meistern bereitet haben“, wie sich Herr Obermeister Gemeinhardt in einer Versammlung von wieder den Bäckermeistern geschmackvoll ausgedrückt hat. Sie wollen den Gesellen nämlich das Badgeld entziehen, welches für das private Kuchenbacken zu entrichten ist. Es wäre dies eine Kleinliche Rache, wenn es überhaupt eine wäre. Bisher aber haben die Gesellen von diesem Badgelde noch wenig zu sehen bekommen. Gemeinhardt floß dasselbe in die Taschen der Werkführer. Schon lange aber haben viele Meister das Einsehen gehabt, daß auch diese Badgrößen in ihren Taschen weit besser aufgehoben sind und haben den Rath des Herrn Gemeinhardt schon befolgt, noch ehe derselbe ertheilt worden war. Der Herr Obermeister ist etwas zu spät aufgestanden.

Da jetzt mit der Einberufung der Reservemannschaften begonnen wird, machen die Staatsbehörden darauf aufmerksam, daß die Familien der zu den Friedensübungen einberufenen Mannschaften auf Verlangen aus öffentlichen Mitteln Unterstützungen erhalten, daß der Anspruch auf Unterstützung bei der Gemeindebehörde desjenigen Ortes anzubringen ist, an welchem der Unterstützungsberechtigte zur Zeit des Beginnes des Unterstützungsanpruches seinen gewöhnlichen Aufenthaltsort hat, und daß der Anspruch erlischt, wenn die Anmeldung nicht binnen 4 Wochen nach beendeter Übung erfolgt.

Der alte Graf Königsmarck. Die „Vollst.-Ztg.“ meldet: In den Kreisen der hohen Aristokratie zu Potsdam macht eine Ghescheidungsfrage von sich reden, welche der alte Graf von Königsmarck auf Schloß Plaue gegen seine Gattin, die sich schon längere Zeit auf Reisen befindet, angestrengt hat.

Ueber den Unglücksfall im Schloß Weiskauer, den wir gestern kurz meldeten, liegen jetzt folgende nähere Nachrichten vor: In dem bekannten Vergnügungslotal von Sterneder fand ein Kinderfest statt, das sehr stark besucht war; namentlich waren die Turngeräthe im Garten von großen Kinderchaaren belagert und es war ein hoher Mastbaum errichtet, an welchem das sogenannte Stangenlettern nach Gesellen ausgeführt wurde. Wegen 5½ Uhr war auf diese Stange der 13jährige August Kurth hinaufgeklommen, beistellte sich jedoch sehr mit dem Abstieg, weil nach seiner Erklärung der Mastbaum sehr geschnitten habe. Raum hatte der Knabe die Ausrufung gethan, als der Mastbaum auch schon umstürzte und vier Kinder unter sich begrub, deren Eltern die Zimmermann Raubisch'schen Eheleute, Weiskauer, Elsfässer, 16, sind. Die zwölfjährige Anna K. erlitt Querschnitte an der Seite, ihr neunjähriger Bruder erlitt erhebliche Verletzungen im Gesicht, während der fünfjährige August K. unverletzt davonkam. Das jüngste der Geschwister, die fünf Jahre alte Marija K. blieb sofort todt. Der folgende Mastbaum hatte ihr einen Schädelbruch, wie der sofort hinzugerufene Arzt, Herr Dr. Euphrat Konpatitz, zugefügt. Die gerichtliche Untersuchung ist eingeleitet worden.

Für Aerzte. Der Polizeipräsident erläßt folgende Bekanntmachung: Von den Rezipientenpersonen wird nicht selten die ihnen nach den gesetzlichen Bestimmungen obliegende Anzeige der in ihrer Praxis vorkommenden Fälle ansteckender Krankheiten verabsäumt. Ich finde mich daher veranlaßt, an die Bestimmungen der §§ 9—16 und 44 des durch Allerhöchste Ordre vom 8. August 1885 bestätigten Regulativs über die sanitätspolizeilichen Vorschriften bei den am häufigsten vorkommenden ansteckenden Krankheiten (Gesetzsammlung Seite 248 und 255 von 1885) und der Polizeiverordnungen vom 31. August 1884, 18. Juli 1886, sowie 3. Juli 1893 (§ 3), betreffend Anzeige von Erkrankungen an Diphterie bezw. Kindbettfieber, Lungen-, Kehlkopf- und Darmtuberkulose u. s. w., durch welche die Anmeldung eines jeden Falles von Cholera, Pocken, Typhus, Diphterie, Kindbettfieber und Hundswuth, Milzbrand oder Röh (beim Menschen) an die Polizeibehörde unbedingt, sowie von Lungen-, Kehlkopf- und Darmtuberkulose unter gewissen Umständen vorgeschrieben ist, hierdurch zu erinnern.

Zur Selbsthilfe schritten in der Nacht zum Sonntag auf dem Neubau Bredowstr. 32 etwa 30 Tischler und Anschläger, indem sie alles, was nicht niert- und nagelst war, aus dem Bau entfernt, um so den Bauherren zur Lohnzahlung geneigt zu machen. Es giebt bekanntlich immer noch Michter, die einen derartigen Akt der Nothwehr für ein Verbrechen halten.

Von zwei Strocheln verloszt wurden vor einigen Tagen auf dem nördlichen Heimwege von der Tempelhoferstraße in Schöneberg bis Friedenau ein Herr nebst seinen beiden Schwestern aus Steglitz. Auf der ganzen Strecke von der Dorfstra. Schöneberg bis zur Kirchstraße in Friedenau war kein einziger Wächter zu sehen.

Erschossen hat sich, wie uns aus Giebichenstein gemeldet wird, am Sonntag Morgen in den Giebichensteiner Bergen der fünfundsiebzigjährige aus Berlin gebürtige Zahlmessier-Aspirant Sch.

Beim Baden verunglückt ist der 28 Jahre alte Schuwmachergehilfe Richard Schröder aus Neumühl bei Dirschau, der hier bei dem Meister Kerstich, Neue Poststr. 14, arbeitete und wohnte. Schröder badete am 7. d. M. in der städtischen Anstalt im Nordhafen, schwamm in den Hasen hinein und gerieth in die Gefahr, zu ertrinken. Der Bademeister rettete ihn im letzten Augenblick und ließ ihn in das städtische Krankenhaus zu Noabit bringen. Hier bekam der junge Mann eine Lungenentzündung, die einen tödtlichen Ausgang nahm.

Die herrlichste der Welten. Weil er seiner Frau nicht zur Last fallen wollte, hat sich gestern, Montag Abend der 39 Jahre alte Arbeiter Karl Kohnmann aus der Körnerstraße 15 das Leben genommen. Kohnmann war seit längerer Zeit augenkrank und infolge dessen zuletzt arbeitsunfähig. Den Lebensunterhalt für das Ehepaar und sein einziges Kind erwarb die Frau durch Ausfragen von Zeitungen. Als sie gestern Abend um 8½ Uhr nach Hause kam, fand sie an ihrer Kellerwohnung auf dem Hofe die Thür verschlossen, ein Fenster dagegen geöffnet. Durch dieses stieg sie ein und fand ihren Mann als Leiche mit einer Schnur an der Klinke der Stubenthür hängen. Er hatte es nicht mehr ertragen können, daß seine Frau sich für ihn quälte mußte.

Verbreiteter Fluchtversuch. Als gestern Nachmittag sechs abgerichtete Verbrecher über den Hof des Untersuchungsgefängnisses zu dem vor dem Portale bereitstehenden „grünen Wagen“ transportirt wurden, um nach Wladesee gebracht zu werden, versuchte einer der Gefangenen, die Flucht zu ergreifen. Auf den lauten Ruf des begleitenden Beamten: „Haltet ihn!“ trat der Gerichtsdiener Meyer dem Flüchtling entgegen und hielt ihn mit nerviger Faust fest, wiewohl derselbe verzweifelt Widerstand leistete und dem Beamten, um denselben von sich abzustütteln, sehr heftig in die rechte Hand biß. Vor dem Portale hielt sonderbarer Weise eine unbesezte Droschke, wiewohl sich dort keine Haltestelle befindet.

Liebeskammer hat Montag Nachmittag die Verkäuferin Minna Dübner aus Frankfurt a. O. ins Wasser getrieben. Das 13jährige junge Mädchen war in der Konditorei von Nixdorf in der Mohrstr. 98 angeestellt und wohnte auch dort im Hause. Gestern Morgen um 8 Uhr ging sie weg mit dem Bemerkten, daß sie eine Freundin besuchen wolle. Ob sie dort gewesen ist, weiß man nicht. Bald nach Mittag suchte die Lebensmüde sich im Hofengraben im Thiergarten zu ertränken, wurde aber von Augenzeugen des Vorganges aus dem Wasser herausgeholt und in ein Krankenhaus gebracht.

Übermals ein furchtbares Streckungslied ereignete sich in der Nacht zum Dienstag in der Nähe des Bahnhofes Nixdorf auf der Bahnstrecke Treptow-Nixdorf. Von einigen Arbeitern, die dort

in der Nacht beschäftigt waren, wurden 3 Mann von einer Rangiermaschine zermalmt, während sich ein vierter durch einen Sprung von der Brücke vor dem Uebersahren retten konnte, doch durch den Sturz so schwere Verletzungen erlitt, daß er in ein Krankenhaus gebracht werden mußte. Die Leichen der drei getödteten Arbeiter wurden nach der Nixdorfer Leichenhalle geschafft. Die eingeleitete Untersuchung muß ergeben, wen die Schuld an dem Vorfalle trifft, durch den abermals die Gefährlichkeit der Beschäftigung, welche die elend entlohneten Bahnarbeiter zu verrichten haben, mit entsetzlicher Klarheit dargelegt worden ist.

Die Getödteten sind die Arbeiter Johann Kowalski, Johann Cepa und Adam Pfeiffer. Kowalski und Pfeiffer sind Familienväter, während Cepa unverheiratet ist. Der Verletzte, welchem der rechte Unterschenkel abgetrennt ist und der sich beim Aufschlagen auf dem harten Kiesboden auch noch Verwundungen des Kopfes zugezogen hat, ist der ledige Arbeiter Max Ebel aus Charlottenburg.

Polizeibericht vom 14. Juli. Gestern erhängten sich vier Personen, und zwar: der Kutcher J. Friedrichstraße wohnhaft, wahrscheinlich ist Arbeitslosigkeit der Grund zu dem Selbstmorde, — der pensionirte Feuerwehrmann J. in der Neuen Königstraße wohnhaft, aus noch nicht aufklärter Veranlassung, — die separirte Arbeiterin K., Kopenstr. 31 wohnhaft, wahrscheinlich infolge von Krankheit, — und ferner der Armenempfänger K. aus unbekanntem Grund. — Zu ertränken versuchte sich die unverehelichte Verkäuferin Minna H., weil sie von ihrem Dienstherrn der Unterstellung beschuldigt wurde, und der 16 Jahre alte Arbeitsburche Hesse, weil er mit seinen Eltern in Streit gerathen sei, wie er selbst angab. Beide Personen wurden, anscheinend ohne Schaden genommen zu haben, wieder aus dem Wasser gezogen. — In der Hasenhaide wurden die Pferde eines vom Kutcher Barefel geführten, mit Balken beladenen Wagens schein. Vor dem Restaurant „Zur Neuen Welt“ stürzte eines von ihnen. Der Kutcher bemühte sich nun, das zerrissene Geschirr in Ordnung zu bringen, erhielt dabei aber einen solchen Schlag mit dem Fuß, daß er zur Seite geschleudert wurde und sich überschlug. Die Pferde rannten mit dem Wagen weiter und überführten am Thurmplatze den 18 Jahre alten Sohn des Arbeiters Graf, der so schwer verletzt wurde, daß er schon während des Transportes in ein Krankenhaus starb. Die der Arzt im Krankenhaus feststellte, trat der Tod infolge eines Gehirnbruches und der Schädelverletzungen ein. Dem Kutcher scheint kein erheblicher Schaden zugefügt worden zu sein. — Der Kutcher Hohenburg, der in übermäßig schneller Gangart mit einem Arbeitswagen die Gäßlerstraße entlang fuhr, stürzte beim Einbiegen in die Amalienstraße vom Bock, wurde durch ein Hinterrad eine Strecke mitgeschleift und erlitt dadurch so schwere Verletzungen, daß er in das Krankenhaus am Friedrichshain gebracht werden mußte. — In der Brunnenstraße geriet gestern 115 Pfd. Watte, die ein Bauburche auf einem Hundewagen fuhr, auf noch nicht aufklärter Weise auf offener Straße in Brand. Die Abföschung wurde von dem Laufburchen selbst bewirkt. — Gestern Nachmittag erschoss sich in Charlottenburg der Schuhmann W. mit einem Revolver.

Witterungsübersicht vom 14. Juli 1896.

Stationen	Barometerstand in mm. reduziert auf d. Meeressp.	Windrichtung	Windstärke (Scala 1—12)	Wetter	Temperatur nach Celsius (9° F.)
Ewinemünde	765	SWW	2	heiter	19
Hamburg	766	Stil	—	halb bedeckt	18
Berlin	766	W	1	wolfig	18
Biesbaden	766	O	1	wolkenlos	18
München	767	Stil	—	wolkenlos	17
Wien	763	SW	2	wolkenlos	17
Japaxanda	766	Stil	—	wolkenlos	22
Petersburg	766	ONO	1	Dunst	16
Cort	764	SEW	3	bedeckt	16
Aberdeen	761	S	1	wolfig	16
Paris	765	NO	0	wolkenlos	17

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 15. Juli 1896.
Trockenes, vorwiegend heiteres Wetter mit schwachen östlichen Winden und zunehmender Erwärmung.
Berliner Wetterbureau.

Gewerbe-Ausstellung 1896.

Sieben neue Derwische sollen in der Ausstellung „Kairo“ eingetroffen sein. Angefaßt der seit Monaten in Kairo wie in Egypten in ziemlich starkem Umfange herrschenden Cholera-Epidemie, der nach telegraphischen Meldungen schon viele Tausende zum Opfer gefallen sind, ist — wie der „National-Zeitung“ von ärztlicher Seite geschrieben wird — die Frage wohl berechtigt, ob und welche sanitären Schutzmaßregeln seitens unserer Medizinal-Behörden getroffen worden sind, um einer etwaigen Einschleppung der Cholera nach Berlin durch die aus Egypten gekommenen Derwische oder deren Effekten wirksam vorzubeugen. Zur Verhütung des Publikums wie auch schon im Interesse der Ausstellung „Kairo“ wäre eine baldige authentische Aufklärung darüber durchaus erwünscht. Vielleicht stammen aber die „Derwische“ aus der Ackerstraße, dann kann Berlin ruhig sein.

Ein neues Opfer scheint die Spekulation auf der Gewerbe-Ausstellung gefordert zu haben. Der von Gläubigern hart bedrängte Pächter des Restaurants im American-Theater im Vergnügungspark, Herr Franz Lange, ist am Montag von der Ausstellung fortgegangen und bis jetzt nicht wieder zurückgekehrt. Man vermuthet, daß Lange Selbstmord begangen habe.

Polizeilich inhibirt ist der Bau eines großen Schuppens, welchen das Stahlverleihs-Institut außerhalb der Gewerbe-Ausstellung am Equipagen-Halteplatz hat errichten lassen. Diese Inhibition ist, wie wir erfahren, darauf zurückzuführen, daß man vergessen hat, die baupolizeiliche Erlaubnis einzuholen. Auf die gleiche Ursache ist auch die bereits gemeldete zwangsweise Befreiung der Zeltbächer verschiedener Restaurants in „Alt-Berlin“ zurückzuführen und nicht auf das Eingreifen der Direktion, wie verschiedentlich behauptet wurde.

Kunst und Wissenschaft.

Dieser Tage feierte der ordentliche Professor der Physiologie an der Berliner Universität, Herr Emil du Bois-Reymond, sein 50jähriges Jubiläum als akademischer Lehrer. Nachdem er in jungen Jahren sich mit dem Studium der Theologie beschäftigt hatte, wandte er sich bald den Naturwissenschaften und dann der Medizin zu. Bahnbrechend waren seine Untersuchungen über die thierische Elektrizität, welche er 1841 begann und in den Jahren 1848—1864 in mehreren Bänden nach einander veröffentlichte.

Mit dem großen Physiker und Physiologen Behnhold befreundet, vertrat er, wie dieser, die Anschauung, daß es eine besondere Lebenskraft nicht gebe, sondern daß alle Lebensvorgänge auf rein physikalische und chemische Erscheinungen zurückzuführen seien. Es ist klar, daß eine solche, allerdings ganz wissenschaftliche Anschauung bei den Frommen im Lande großen Anstoß erregen mußte. Du Bois scheute sich nicht, die theologischen Konsequenzen seiner Ansichten auszusprechen, und wurde daher von der Orthodoxie recht bitter gehaßt. Es ist bekannt, wie

Briefkasten der Redaktion.

Agitation-Kommission Casan-Ludau. G. Tempel, Gastwirth, Berlin O., Gr. Frankfurterstr. 18. S. M. Galay, Fachblatt für Drechsler ist jetzt die „Holzarbeiter-Zeitung“.

Felix Fränkel. Sehen Sie im Adressbuch nach. Besondere Schnörteleien in der Rede verlangen die Herren nicht. Katerbow. Die Sachen hatten. — M. S. III. Wenn der Diensthote durch Heirath Gelegenheit zur Errichtung einer eigenen Wirthschaft erlangt, so braucht er die Dienstzeit nicht auszubüßen, sondern kann mit einer Kündigungsfrist von sechs Wochen zum 1. des nächsten Quartals kündigen.

Schriftliche Antwort zu ertheilen, lehnen wir ab. — P. S. 100 u. 1002. Sie haben einen Tag zu spät gekündigt. Ist die Kündigungsfrist auf drei Monate fixirt, so muß das Kündigungsschreiben drei volle Monate lang in den Händen des anderen sein, hätte also spätestens am 30. Juni in des Vermiethers Händen sein müssen. War die Kündigungsfrist drei Monate drei Tage, so mußte spätestens am 27. das Kündigungsschreiben in Händen des Vermiethers sein.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, den 15. Juli. Neues Opern-Theater. (Kroll.) Bajazi. Die Rose von Schiras. Deutsches Theater. Das Glück im Winkel. Festung-Theater. Das Modell. Berliner Theater. Fiddie u. Sohn. Schiller-Theater. Die Frauenfrage. Neues Theater. Das Damenduell. Hierauf: Das Frauenbataillon. National-Theater. Die Reise durch die Gewerbe-Ausstellung. Residenz-Theater. Der Stellvertreter. Vorher: Erlauben Sie Madame! Adolph Ernst-Theater. Das flotte Berlin. Belle-Alliance-Theater. Der Goldsucher. Friedrich-Wilhelmstadt. Konzertpark. Spezialitäten-Vorstellung. Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.

Schiller-Theater.

(Wallner-Theater.) Mittwoch, abends 8 Uhr: Die Frauenfrage. Donnerstag, abends 8 Uhr: Die Frauenfrage.

National-Theater.

Große Frankfurterstr. 132. Direktion: Max Samst. Volksvorstellung zu bedeutend ermäßigtem Preis. Die Reise durch die Gewerbe-Ausstellung. Große Posse mit Gesang von Hugo Busse. Regie: Fritz Schöler. Morgen: Dieselbe Vorstellung. National-Theatergarten. Großes Konzert. — Theaterstücke. Spezialitäten 1. Rang.

Adolph Ernst-Theater.

Das flotte Berlin. Große Ausstattung-Gesangsposse in 8 Akten v. E. Trepow u. E. Jacobson, Kuplet u. Quodlibets v. G. Götz. Musik v. G. Steffens. 2. Akt: Alt-Berlin. Anfang 7 1/2 Uhr. Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Alt-Berlin.

Bei gänztlicher Witterung nachmittags 4, 6 und 8 Uhr: Drei grose historische Umzüge. Altdeutsches Musikkorps. Kapellmstr. Streller. Erste Wiener Kapelle à la Strauss: Kapellmeister Fischer. Sänger-Gesellschaft „Flora“, 20 Personen, in Vierländer Kostümen. Eintritt: 25 Pfg. Donnerstag — bis 6 Uhr — 50 Pfg., später 25 Pfg.

Spezial-Ausstellung KAIRO ab 7 Uhr nachm. ohne Gewerbe-Ausstellungs-Billet zugänglich. Heute, Mittwoch, den 15. Juli: Großes Orientalisch. Fest m. grandios. Illumination der ganzen Stadt, der Moscheen, Tempel etc. 8 1/2 Uhr in der Arena: Fest-Schaustellungen. Entree ab 5 Uhr: 1 Mark.

Passage-Panopticum. 42 wilde Weiber aus Dahomey.

Urania.

Taubenstr. 48/49. Taubenstr. 48/49. Naturkundliche Ausstellung täglich geöffnet v. 10 Uhr vormitt. ab. Eintritt 50 Pf.

Wissenschaftl. Theater

abends 8 Uhr. Invalidenstr. 57/62, Leht. Stadtbahn. Sternwarte täglich geöffnet v. 7 Uhr abends ab. Eintritt 50 Pf. Näheres die Tagesanschlüge.

Castan's Panopticum.

Neull Neull Neull 4 hochsensationelle Neuheiten die ein Jeder sehen muss!

Viktoria-Brauerei

Lützowstrasse 111/112 (nahe Potsdamer-Platz). Heute sowie täglich (außer Sonnabenden):

Stettiner Sänger

(Moysel, Piotro, Britton, Steidl, Krone, Röhl und Schrader). Zum Schluss: Cavalleria schufficana Anfang präzis 8 Uhr. Entree 50 Pf.

Im Vorverkauf sind Billets à 40 Pf. und Familienbillets à 1 M. (für 3 Personen giltig) zu haben. (Siehe Plakate.)

Apollo-Theater und Konzert-Garten

Friedrichstraße 218. Dir. J. Olk. Täglich um 9 Uhr: Ein Abenteuer im Harem. Beste in 1 Akt von Mannstädt. Musik von Linde. Ferner: King u. Gray, Jonny Peters, Deltorella, Del Mely, Drei Apollons, Robert Steidl, Quintett Vischinskaja, Taciana, The Avolos, Georg Rösser, Los Senetts, Clara Antonio, Satour's, Henry Bender. Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr. Konzert 7 Uhr. — Auf. der Vorstell. 8 Uhr.

Ostbahn-Park Rüdorsdorferstr. 71. Am Küstriner Park. Theater- und Spezialitäten-Vorstellung. Garten-Konzert von der 24 Mann starken Hauskapelle unter Leitung des Musikdirektors Herrn P. Nimschook. Pflaumenkuchen 3-5 Uhr. — Entree 15 Pf., wofür ein Glas Bier gratis. Volksbelustigungen jeder Art. 4 Regelmäßig zur Verfügung. Gute Bier, ausgezeichnete Küche zu soliden Preisen. Sonntags Entree 20 Pf., Kinder 10 Pf. H. Jmbs.

2 Vorstellungen täglich Nachm. 5-7; Abends 9-11 Uhr. Bolossy Kiralfy's „Orient“ Olympia Riesentheater. Größtes Schaustück der Welt! Ca. 1000 Mitwirkende!

Schweizer Garten Am Königsthor. — Galtest. d. Ringb. — Am Friedrichshain. Mittwoch: Kinder-Freudenfest. Theater- und Spezialitäten-Vorstellung. Moderne Zirkusmenschen. — Große Posse mit Gesang in 4 Aktheilungen. — Volksbelustigungen u. Ball.

Reichshallen-Garten

Leipziger-Str. am Dönhofsplatz. Täglich

Norddeutsche Sängers

Heute, Sonntag: Zum 72. Male: Die III-Parodie Alle fünf Barrisons Anfang Sonntags 7 Uhr, Wochentags 8 Uhr. Entree 30 Pf. Reservirter Pl. 50 Pf. Wird Sonntags wegen Regenwetter im Saal gespielt, beträgt das Entree durchweg 50 Pf.

Puhlmann's Vaudeville-Theater.

Schönhauser Allee 148. Vollständig neues Programm Geschw. Terney, Doppel-Trapez, Miral Waldburg, weibl. Knonn, Les Jarry's, Teufels-Excentr. Alex und Max Wardini, Grottesque-Duett. Mar und Joe, engl. Knochentanz, Hegino-Truppe, Akrobaten etc. Entree 30 Pf.

Feldschlößchen

142 Müllerstraße 142. Telefon: Amt Moabit 1213. Täglich: Konzert, Theater. Spezialitäten-Vorstellung. Das Fest der Handwerker. Sonntags: Großer Ball. Mittwochs: Tanzkränzchen. Theodor Boltz, Oekonom.

W. Noack's Sommer-Theater.

Brunnenstr. 16. Täglich: Konzert und Theater-Vorstellung. Bei ungünstiger Witterung findet die Vorstellung im Saal statt. Novität! Die X-Strahlen. Schwank in 1 Akt von Ernst Felsch. oder: Nach 25 Jahren. Liebespiel in 1 Akt und 3 Bildern von Stutterheim. Musik von Conradi. Neu! Mannschaften an Bord. Komische Operette in 1 Akt v. S. Kalisch. Musik von Zeit. Auftreten bedeutender Spezialitäten. Restaurant m. Saal, Moabit, volle Konzession, für Parteigenossen passend, Umst. halber preisw. zu verlauf. Näheres Birkenstr. 47. Tümmeler.

Ostbahn-Park Rüdorsdorferstr. 71. Am Küstriner Park. Theater- und Spezialitäten-Vorstellung. Garten-Konzert von der 24 Mann starken Hauskapelle unter Leitung des Musikdirektors Herrn P. Nimschook. Pflaumenkuchen 3-5 Uhr. — Entree 15 Pf., wofür ein Glas Bier gratis. Volksbelustigungen jeder Art. 4 Regelmäßig zur Verfügung. Gute Bier, ausgezeichnete Küche zu soliden Preisen. Sonntags Entree 20 Pf., Kinder 10 Pf. H. Jmbs.

2 Vorstellungen täglich Nachm. 5-7; Abends 9-11 Uhr. Bolossy Kiralfy's „Orient“ Olympia Riesentheater. Größtes Schaustück der Welt! Ca. 1000 Mitwirkende!

Schweizer Garten Am Königsthor. — Galtest. d. Ringb. — Am Friedrichshain. Mittwoch: Kinder-Freudenfest. Theater- und Spezialitäten-Vorstellung. Moderne Zirkusmenschen. — Große Posse mit Gesang in 4 Aktheilungen. — Volksbelustigungen u. Ball.

Julius Wernau's Festsäle und Garten

Schwedterstraße 23/24. Jeden Montag u. Mittwoch Große Spezialitäten-Vorstellung bei freiem Entree.

Säle zu Versammlungen und Festlichkeiten. Vereinszimmer und 2 Regelmäßig zu vergeben. Telefon Amt III Nr. 2440.

Allen meinen alten langjährigen Kunden, Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß ich Penzlaner Allee Nr. 224, Ecke Treschowstraße, ein Restaurant mit großem, schattigen Vorgarten, Billard, Vereinszimmer und Piano, eröffnet habe. Um recht zahlreichen Besuch bittet Wilhelm Groth, genannt der grobe Wilhelm, bisher Gastwirth der Neufelder Ackerpächter.

Herm. Ramlow's Weiss- u. Bairisch-Bierlokal.

Zwei renovirte Regelmäßig Vereinszimmer Schönhauser Allee 135.

4 Säle zu Versammlungen und Festlichkeiten unentgeltlich zu vergeben.

„Englischer Garten“, Alexandersr. 27c. Amt 7, 1576. Arbeitsnachweis der Maler, Lackierer, Anstreicher. Amt 7, 1576.

Achtung! Künstl. Zähne v. 3 M. an. Theilw. wöchentl. 1 M. wird abgeholt. Zahnziehen, Zahnreinigen, Nervöditen bei Bestellung umsonst. Gudel, Danzigerplatz 2, Elbasserstr. 12

Künstl. Zähne v. 3 M. an. Theilw. wöchentl. 1 M. ohne Anzahl. Plomben 1 M. Schmerzloses Zahnziehen 2,50 M. (Nachgas). 2655b Paul Grieser, Reichenbergerstr. 98a.

M. J. Hahlo, Patentanwalt, Berlin NW., Karlstrasse 8. Patentnachsuchung und Verwerthung. 150148* Rath, Auskunft und Konferenzen kostenfrei. Erste Referenzen im u. Ausland.

Brockhaus-Lexikon, Meyer, Brehm's Thierleben, Bücher, ganze Bibliotheken jeder Wissenschaft kauft 112/15 Antiquariat Kochstr. 56.

Portièren Restbestände 2 bis 8 Stübe, à 2,50, 3, 4, 6 bis 15 Mark. Probe-Chals bei näherer Angabe franco zu Diensten. Braut-Katalog mit Portièren-Abbildungen gr. u. fr. Teppich-Fabrik Emil Lefèvre, Berlin S., Oranienstraße 158.

Pneumatic Rover prima Fabrikat, niedrigste Kassenspreise, konst. Theilzahlungen n. Wunsch, Garantie. Kl. Hamburgerstr. 24/25.

Rohtabak Größte Auswahl! Billigste Preise Sebastian Gröbel, No. 11, Brunnen-Strasse No. 11.

Wohnungen von Etage und Küche zum 1. Oktober, auch sofort, billig zu vermieten bei Hübner, 5779L* Zwirnmünderstr. 35.

Gesunde Wohnungen im SO., Eisenstraße, 5 Minuten vom Bahnhof Trepow, an der Pianofabrik, im neu erbauten Eckhause per Oktober ev. auch früher preiswerth zu vermieten. Näheres daselbst auch Sonntags von 9 bis 11 Uhr vorm. Besichtigung.

Wohnungen von Etage und Küche zum 1. Oktober, auch sofort, billig zu vermieten bei Hübner, 5779L* Zwirnmünderstr. 35.

Wohnungen von Etage und Küche zum 1. Oktober, auch sofort, billig zu vermieten bei Hübner, 5779L* Zwirnmünderstr. 35.

Wohnungen von Etage und Küche zum 1. Oktober, auch sofort, billig zu vermieten bei Hübner, 5779L* Zwirnmünderstr. 35.

Wohnungen von Etage und Küche zum 1. Oktober, auch sofort, billig zu vermieten bei Hübner, 5779L* Zwirnmünderstr. 35.

Zentral-Kranken- und Sterbe-Kasse der Tischler

Ortsverwaltung Berlin O. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß das Mitglied

Otto Brosse

am 12. d. Mts. verstorben ist. Die Beeridigung findet am 15. d. Mts., nachm. 5 Uhr, von der Leichenhalle des Neuen Johannes-Kirchhofes aus statt. Um zahlreiche Theilnahme bittet 182/15 Die Ortsverwaltung.

Dankagung.

Allen Fremden und Bekannten für die innige Theilnahme bei der Beeridigung meines Mannes, insbesondere der Firma Berl u. Gliese, für die reiche Kranzspende unseren herzlichsten Dank. 2654b S. Fritsche geb. Besh nebst Sohn.

Bücher aller Art suche zu kaufen

B. Simonsohn's Buchhandlung, 9607b Berlin N., Invalidenstr. 138.

Arbeitsmarkt.

Cartonarbeiterinnen verl. gute Preise, dauernde Beschäft. Wolff, Neue Friedrichstraße 48. 2612b

Plätterinnen auf Stragen, Manschetten, Servietten verlangen Müller & Susmann, Grüner Weg 119. 2606b

Junger Mann, aus dem Schuldienste ausgetreten, weil Sozialist und Freidenker, sucht Stellung. Offerten unter „D. 69“ an die Exped. d. Bl. erb.

Tüchtige saubere Dfensetzer stellt sofort, auch auf Afford, ein.

Otto Guthmann, Neu-Huppin.

Tüchtiger Zuschneider an der Dampf-Schlagschere gesucht.

J. Hirschhorn, Rönningerstr. 149.

Lithograph für Ausland!

Ein junger, intelligenter Lithograph für englische Schrift, dem Gelegenheit geboten, sich in allen vorerwähnten Arbeiten der Merkantilbranche auszubilden, findet sofort dauernde und angenehme Stellung bei „Abo Stenryokori Aktiebolag“, Abo in Finnland. Anfangsgehalt 35 M. finnisch, ca. 30 M. Reichswährung per Woche freie Reise. (Seeweg von Lübeck ca. 8 Tage. Muster werden an den Oberlithographen Rud. Effert in genannter Firma erbeten.

Tücht. Chromolithograph selbständig in Feder u. Kreide, sofort gesucht

Koch & Bausch, 2656b Alte Jakobstraße Nr. 147.

Wir suchen für außerhalb:

1 Monteur für Wellblechdächer und 1 Schlosser für Rolljalousien.

Persönl. Meldungen Nachm. 4-6 Uhr. Gustav Schmith & Co., Alexanderstr. 23, 3 Tr. links.

Cartonarbeiterinnen, 6-8 Pers., verl. wegen Vergrößerung d. Geschäftes

Hugo Berger, Kartonfabrik, Koppensstraße 60. J. B.: May Riehn. 2677b

Firnisset, tüchtig, für Goldbleiben wird auf Lohn verl. Fichtestr. 8. 2638b

Chirurgische Hartgummi- und Metallarbeiter gesucht.

Nach auswärts werden gegen hohen Lohn und Vergütung der Reisefresen 1 Hartgummidreher, 1 Metalldreher, 1 Gärtler, welche in der chirurgischen Branche tüchtig sind, sofort gesucht. Es wollen sich aber nur solche melden, welche ganz selbständig arbeiten können. Off. unter M an die Expedition des Blattes zu richten. 59245*

Für unsere großen 2660b

Betriebs-Werkstätten, der Neuzeit gemäß eingerichtet, verlangen wir

80 Mamsells auf bessere Damen-Jackets z. Preise von 3.- Mark

• 3,50 • 4,50 • 5,50 • 6,50 • 7,50 • 8,50 • 9,50 • 10,50 • 11,50 • 12,50 • 13,50 • 14,50 • 15,50 • 16,50 • 17,50 • 18,50 • 19,50 • 20,50 • 21,50 • 22,50 • 23,50 • 24,50 • 25,50 • 26,50 • 27,50 • 28,50 • 29,50 • 30,50 • 31,50 • 32,50 • 33,50 • 34,50 • 35,50 • 36,50 • 37,50 • 38,50 • 39,50 • 40,50 • 41,50 • 42,50 • 43,50 • 44,50 • 45,50 • 46,50 • 47,50 • 48,50 • 49,50 • 50,50 • 51,50 • 52,50 • 53,50 • 54,50 • 55,50 • 56,50 • 57,50 • 58,50 • 59,50 • 60,50 • 61,50 • 62,50 • 63,50 • 64,50 • 65,50 • 66,50 • 67,50 • 68,50 • 69,50 • 70,50 • 71,50 • 72,50 • 73,50 • 74,50 • 75,50 • 76,50 • 77,50 • 78,50 • 79,50 • 80,50 • 81,50 • 82,50 • 83,50 • 84,50 • 85,50 • 86,50 • 87,50 • 88,50 • 89,50 • 90,50 • 91,50 • 92,50 • 93,50 • 94,50 • 95,50 • 96,50 • 97,50 • 98,50 • 99,50 • 100,50

M. Holz & Co., Markgrafstr. 43-44, am Gendarmenmarkt.

Meldungen von 12-11 1/2 Uhr mittags und 7-8 Uhr abends.

Zur Taktik der polnischen Sozialdemokratie.

In Nr. 82 und 83 der „Neuen Zeit“ wurde unter dem Titel: Neue Strömungen in der polnischen sozialistischen Bewegung in Deutschland und Oesterreich ein Aufsatz veröffentlicht, der in parteigenössischen polnischen Kreisen Widerspruch hervorgerufen hat. Von einem hochgeschätzten polnischen Genossen ist uns nachstehende Entgegnung zugegangen, die auf die Geschichte und das Wesen der sozialistischen Bewegung unter den Polen Licht wirft und schon darum von allgemeinem Interesse ist.

Es ist ganz richtig, daß sich das Gros der polnischen Sozialdemokratie bis zum Jahre 1892 gegenüber der Idee der Unabhängigkeit Polens ablehnend verhalten hat. Fr. A. L. meint, daß die Gründe davon auseinanderzusetzen sie zu weit führen würde. Ich glaube aber, daß dies geradezu unentbehrlich ist, sollen die deutschen Genossen unseren Uebergang zum jetzigen Programm richtig beurtheilen. Ich werde deshalb eine Stelle aus der „Geschichte der sozialistischen Bewegung in Polen“ anführen, worin die Sache in kurzen Worten dargestellt ist.

Eine eigentliche sozialistische Bewegung beginnt in Polen mit dem Jahre 1877. Eine kleine Anzahl junger Studenten waren die ersten Adepten des Sozialismus. Mit der Ueberwindung ihrer eigenen Vorurtheile fertig, suchten sie neue Anhänger, zunächst unter ihren Kollegen; die Einsicht, daß dieses nicht genügen könne, führte sie zur Propaganda unter den Arbeitern.

In eine politische Thätigkeit, ein politisches Programm, dessen Verwirklichung man erstrebte, war nicht zu denken, so lange sich die Bewegung auf eine Anzahl kleiner, geheimer Zirkel beschränkte und die großen Massen unberührt blieben.

Von einem unmittelbaren Kampfe mit dem russischen Staate konnte nicht die Rede sein, vielmehr war die wichtigste „brennende“ Frage der Kampf mit dem Patriotismus.

Nach der Niederwerfung des letzten Aufstandes von 1863 trat eine Periode politischen Stillstandes in Polen ein. Dieser Stillstand, den einige Ueberbleibsel der Aufständischen nur für eine Waffenruhe hielten, wurde bald zu einer vollkommenen Waffenniederlegung. Die „Kultureroberungen“ im Osten, das heißt die Verlebung Looder und Tomahower Fabrikzeugnisse nach Rußland, hatten die besthenden Klassen Polens mit den Zuständen vollständig veröhnt und von dem Gedanken einer Waffenerhebung gänzlich abgewendet. Deshalb herrschte aber in Polen noch nicht eine antipatriotische Strömung. Nur wollten alle die, welche einen Aufstand laut für eine Verrätherie proklamirten, die polnische Nation auf anderem Wege beglücken; vermittlest der Volksbildung, der Hebung des allgemeinen Wohlstandes, insbesondere durch Agitationen von Kleingewerbetreibenden und dergleichen. Natürlich mußte sich jeder Versuch, das Klassenbewußtsein des arbeitenden Volkes auszubilden, gegen solche Tendenzen auf entschiedenste wenden.

Nicht besser waren die, welche den Glauben an einen Aufstand noch nicht verloren hatten. Die Einigung der ganzen Nation zum gemeinsamen Kampfe gegen die russische Regierung war ihr Lösungswort, und gerade diesen Glauben an eine Harmonie der gesellschaftlichen Interessen in diesem Punkte suchten die Sozialisten auszuwurzeln, wobei nicht zu vergessen, daß es eine wirkliche, ernsthaft patriotisch-revolutionäre Bewegung nicht gab. Dies erklärt, daß während langer Zeit in den sozialistischen Schriften die heftigsten Angriffe nicht nur gegen den Patriotismus, sondern auch gegen die Wiederherstellung Polens gerichtet wurden, obwohl eine solche zweifellos den Arbeitern ein viel größeres Maß politischer Freiheiten geben würde, als die drei die Trümmer Polens besitzenden Kaiserreiche. Dagegen lehrte man die allgemeinen Prinzipien des Sozialismus und wies auf die künftige Umwälzung hin, die nicht nur die heutige ökonomische Ausbeutung, sondern auch die politische und nationale Unterdrückung befeitigen würde.

Nach einigen Jahren war die Bewegung erstarbt; es bildete sich eine fest organisierte Partei, das sogenannte „Proletariat“, die ihre Verzweigungen in den wichtigsten Industriepunkten von Kongress-Polen und Lithauen und in den polnischen Studentenkolonien in Rußland besaß. Zu derselben Zeit stand die russische revolutionäre Bewegung auf ihrem Höhepunkte. Wir alle, ebenso wie das ganze sozialistische Europa, waren gebendet durch die Heldenthaten der „Narodnaja Wolja“, und der Glaube war allgemein, daß das russische Jarentum bald unter den wuchtigen Angriffen der Terroristen fallen werde. Deshalb wurde zwischen dem „Proletariat“ und der „Narodnaja Wolja“ ein Abkommen getroffen, worin die Art und Weise bestimmt war, wie man gemeinsam den Angriff auf die Regierung ausführen sollte. Die Führerrolle und die Entscheidung über den Zeitpunkt des Aufstandes wurden den Russen überlassen, weil ihre Organisation viel mächtiger war oder doch zu sein schien (es war im Jahre 1884). Das „Proletariat“ behielt seine innere, selbständige Organisation und sollte, nach erreichten Ziele, selbstständig die nötigen Reformen in Polen durchführen.

Es verfloßen wieder einige Jahre. Zum größten Bedauern aller Feinde der russischen Regierung sanken die Kräfte der „Nar. Wolja“ mit jedem Jahre und es trat endlich in Rußland die Periode der politischen Ohnmacht und Desorganisation ein, aus welcher es sich erst jetzt einigermaßen, aber nicht mehr unter der Fahne der „Narodnaja Wolja“ zu erholen scheint. Das „Proletariat“, welches auch viel von seiner Bedeutung verloren hatte, hielt immer fest an der Tradition des alten Bündnisses mit den Russen, es wurde aber jedem klar, daß dies nicht genüge und daß man an ein anderes Programm des politischen Kampfes denken müsse.

Es kam die Periode 1880—1892. Neue sozialistische Organisationen entstanden in Polen; die einen suchten große geheime gewerkschaftliche Gruppen zu bilden, die anderen hielten sich an die Tradition des Terrorismus; das Zerwürfniß wurde fast so groß, wie in Rußland, aber die Bewegung wuchs trotzdem immer mehr. Da kam die erste Mafseier. Sie wirkte auf unsere Genossen wie ein elektrischer Funke. Zum ersten Mal seit sieben Jahren sahen sie wieder, daß die Bewegung bei uns über Massen verfügt. Das mußte sie zur Ausstellung eines politischen Programms nur noch anspornen. Die späteren Ereignisse bestätigten diesen Eindruck. Lody, Byrdow (späterhin auch Genshchowa und Wialystok) haben uns schon Beispiele eines allgemeinen Streiks gegeben, wo 7000, 9000, 25 000 und 60 000 Arbeiter die Fabriken und Werkstätten verließen. Zahlreiche kleinere Streiks, die oft ein ganzes Gewerbe umfaßten und hier gegen die Unternehmer, dort gegen die Regierung gerichtet waren, kräftigten das Gefühl der Zusammengehörigkeit und der in ihr ruhenden Macht.

Dabei wuchs mit jedem Augenblicke die Grausamkeit der Regierung und machte sich immer breiteren Massen des Proletariats fühlbar. In Lody wurde die Mafseier von 1892 im Blute erstickt: 46 Arbeiter fielen unter den Rügeln, mehr als 200 erlitten schwere Wunden. Die Regierung verbot den Fabrikanten die Verkürzung des Arbeitstages, zu welcher sie entschlossen waren. In Jawierce, nach einem geglückten Streik, zogen die Fabrikanten, auf Anrathen der Regierung, alle Konfessionen zurück, und ein neuer Streik wurde mit solcher Brutalität niedergedrückt, daß die erschreckten Arbeiter in die Wälder flüchteten, wo sie später mit Hilfe von Spürhunden aufgefunden wurden. Jedes Jahr vor dem 1. Mai wird über alle Industriezentren ein förmlicher Belagerungszustand verhängt, die Straßen sind voll von Kosaken, um die Fabriken bivouakirten Soldaten, jede Ansammlung, ob in der Straße, oder zu Hause, wird mit Knuten und Stöcken auseinandergejagt. Und doch wuchs die Mafseier mit jedem Jahre, sie verbreitete sich in immer neue Gegenden und trotzte allen Verfolgungen.

Aber das Verschwinden des Glaubens an eine Hilfe (geschweige eine Initiative) seitens der russischen Revolutionäre, das Bewußtsein der eigenen Kraft und das brennende Gefühl der erlittenen, sich immer erneuernden und jede Erregungsfähigkeit in sich schließenden Opfer verändernden russischen Verfolgungen — dies waren die Hauptmerkmale unseres sozialistischen Gedankens im Jahre 1892.

Allgemein wurde die Ueberzeugung, daß man im Programm die Art und Weise, wie gegen die politische Tyrannei zu kämpfen sei, näher bezeichnen müsse. Hier waren nur zwei Auswege: entweder sollte man die Umwandlung des despotischen Regimes in ein konstitutionelles, oder die Trennung von Rußland und Gründung einer selbständigen polnischen Republik anstreben (von einer Monarchie kann bei uns, abgesehen vom allgemeinen sozialdemokratischen Standpunkt, schon deshalb keine Rede sein, weil das polnische Volk weder eine Dynastie, noch irgendwelche monarchische Traditionen hat).

Gegen das Verlangen einer russischen Konstitution sprachen folgende Gründe:

1. Es giebt in Rußland selbst keine konstitutionelle Bewegung. Die Sozialdemokraten sprechen es selbst aus, daß sie nicht die Kraft besitzen, welche zu einer Umwandlung des Regimes nötig ist und erwarten eine Besserung von den ökonomischen Umwälzungen, die erst eine konstitutionelle Bewegung in den Massen der Bourgeoisie schaffen soll; die sogenannten Revolutionäre (Richtung „Narodnoje Prawo“, d. h. „Volksrecht“) haben es während der 2 Jahre ihrer Existenz zur Ausgabe von 2 Broschüren gebracht, die Liberalen endlich haben schon tausendmal ihre Freigebigkeit und politische Impotenz bewiesen. Nun wäre es eine politische Utopie, von Warschau aus eine Konstitution dem russischen Weiche aufzudrängen zu wollen. Erst die ökonomische Umwälzung in Rußland abzuwarten, die Gott weiß was bringen kann, ist uns unmöglich.

2. Wenn auch die Erlangung einer Konstitution in Rußland möglich wäre (da man ja in sozialen Fragen nie mit absoluter Sicherheit entscheiden kann), so sind Ausnahmefälle gegen das in fortwährender revolutionärer Währung sich befindende Polen höchst wahrscheinlich.

3. In einem konstitutionellen Rußland werden die russischen Sozialdemokraten einen nur sehr geringen Einfluß haben, da die dortigen ökonomischen Verhältnisse noch sehr unentwickelt sind, — wir aber keinen Einfluß, da die Regierung sich immer auf ihre Heeresmassen stützen kann und uns so endlich wieder zu Kampfe für diese Trennung von Rußland zwingen wird.

4. Ein Theil unserer Arbeiterschaft und das Gros des Kleinbürgerthums werden im Banne nationaler Vorurtheile bleiben, da die nationale Verfolgung der Polen in einem Bourgeois-Rußland erst mit wahrer Wuth anfangen wird und nicht nur von der Regierung, wie jetzt, aber auch von der sog. „Nation“ geführt wird, wie es ja das Beispiel aller Länder zeigt.

(Fortsetzung folgt.)

Dritter Parteitag der bayerischen Sozialdemokratie in Nürnberg.

Nürnberg, 12. Juli.

Den Bericht der Parteileitung erstattete Genosse Scherm. In der Zeit vom 1. Oktober 1894 bis 11. Juli 1896 betrug die Einnahme 1287 M. 21 Pf., die Ausgabe 934 M. 81 Pf., verbleibt somit ein Kassenbestand von 352 M. 40 Pf. Redner bemerkte, daß sein weiterer Bericht kein so erfreuliches Bild gebe, wie er es gerne anführen möchte. Nach den Beschlüssen des Münchener Parteitages hätte er gehofft, daß ein besseres finanzielles Ergebnis erzielt worden wäre. Durch den Verkauf der Protokolle vom letzten Parteitag wurde ein Ueberschuß von 158,95 M. erzielt. Bezüglich der Organisation wurden die Münchener Beschlüsse auch nicht genügend beachtet, indem aus allen bayerischen Kreisen ihm nur zwei Kreis-Vertrauensmänner angemeldet wurden. Für Mittelstraßen sei der Kreis-Vertrauensmann durch den nordbayerischen Agitationsverein ersetzt worden, das gleiche ließe sich aber nicht von allen Kreisen sagen. Infolge des geringen finanziellen Ergebnisses hätte die Landtags-Fraktion als Parteileitung auch nicht allen Anforderungen entsprechen können. „Es genügt nicht“, fährt Redner aus, „daß man auf Parteitag Anträge stellt und Beschlüsse mitfaßt, um sein Gewissen zu salbiren, ähnlich wie die Gläubigen, die nach Abschüttelung ihrer Sündenbürde in der Weichte wieder die alten Sünden zu begehen anfangen.“ Wegen der körperlichen Leiden Vollmar's und Grillenberger's konnten diese beiden Genossen, die meistens in Gefeschen als Redner zu Versammlungen verlaugt würden, diesen Wünschen nicht Rechnung tragen, es dürfte aber nicht verkannt werden, daß die von der Fraktion ausgeübte parlamentarische Thätigkeit in der Kammer von nicht zu unterschätzender agitatorischer Bedeutung war. Die Fraktion erhielt vom Münchener Parteitag auch den Auftrag, „wenn möglich“ ein Wauerblatt herauszugeben. Für dieses nach seiner Ansicht fragwürdige Unternehmen gingen aber nur ganz unbedeutende Mittel ein, weshalb die Ausführung des Beschlusses unterbleiben mußte. Redner schließt in der Zuversicht, daß die Delegierten aus seinem Bericht erkennen würden, daß die Parteileitung in anbetrach der Verhältnisse nicht mehr leisten konnte, als sie geleistet hat.

In der Diskussion erklärt Fr. Schmitt-München, daß nach seiner Ansicht die Parteileitung hätte mehr thun können, als sie gethan hat.

Grillenberger widerspricht dem und wendet sich hauptsächlich gegen die Ansicht der Genossen, welche glauben, daß in allen Versammlungen nur er oder Vollmar als Redner auftreten müßten.

Die Diskussion wird nunmehr abgebrochen und der Parteitag auf morgen früh 8 Uhr vertagt.

Nürnberg, 13. Juli.

Vor Eintritt in die Verhandlungen werden mehrere Begrüßungs-Telegramme verlesen. Abg. Erhardt beantragt, zur Verbreitung auf dem Lande einen Kalender herauszugeben, in welchem volksthümliche Erzählungen u. s. w. der Landbevölkerung über die Sozialdemokratie aufklärung geben sollen. Nach einer längeren Debatte wird der Parteitag die Decharge erteilt und folgende Anträge angenommen:

„Der Parteitag möge beschließen, die Parteileitung zu beauftragen, im Laufe der nächsten Woche ein Flugblatt herauszugeben, in welchem die Stellung der bayerischen Sozialdemokratie zu den Fragen des letzten Landtages im Sinne des vom Parteitag gebilligten Vorgehens der Landtags-Fraktion gemeinverständlich klargelegt wird.“

Ferner: „Der Parteitag beschließt: Zur nachhaltigen Betreibung der Agitation wird die Parteileitung beauftragt, einen Kalender zu beschaffen, der zu einem geringen Preise in Massen auf dem Lande verbreitet werden kann.“

Ferner wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Zum bayerischen Landtags-Wahlgesetz beschließt der dritte Parteitag der Sozialdemokraten Bayerns folgende Resolution:

In Erwägung, daß das bestehende bayerische Landtags-Wahlgesetz keineswegs den Willen des Volkes zum Ausdruck kommen läßt, sondern sich als Klassenrecht im schlimmsten Sinne des Wortes darstellt und nachweislich 33 pCt. aller volljährigen Männer Bayerns politisch rechtlos macht; in der ferneren Erwägung, daß die beiden großen Landtagsparteien mit allen, selbst den verwerflichsten Mitteln und den nichtsfähigsten Einwürfen die Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes hintanzuhalten suchen, sieht sich der Parteitag veranlaßt, die sozialdemokratische Landtagsgruppe zu ersuchen, den Antrag auf eine freiheitliche und dem gesunden Rechtsinn entsprechende Umgestaltung des jetzt bestehenden Landtagswahlgesetzes in der bevorstehenden Session neuerdings einzubringen. Die Delegierten des bayerischen Parteitages betrachten es als ihre Hauptaufgabe, diese Thätigkeit der Abgeordneten durch rege Agitation im ganzen Lande kräftig zu unterstützen. In anbetrach dessen, daß sich die Verhältnisse bezüglich des bayerischen Vereins- und Versammlungsrechtes innerhalb der letzten zwei Jahre wesentlich nicht geändert haben, hält der Parteitag den am letzten Münchener Parteitag gefaßten Beschluß aufrecht.“

Des ferneren wurde der Beschluß des Münchener Parteitages, welcher die Landtagsfraktion als Parteileitung einsetzt, erneuert. Durch Annahme dieser Anträge war auch der Punkt „Organisation und Agitation“ erledigt.

Als Vertreter der bayerischen Sozialdemokratie auf dem internationalen Arbeiterkongress in London wurde nach einem Referate des Genossen Frz. Schmitt-München Genosse Grillenberger gewählt. Genosse Vollmar theilt mit, daß Reichstags-Abgeordneter Müller demnächst eine Agitationstour unter den bayerischen Bergleuten antreten würde.

Die Mandatprüfungskommission giebt bekannt, daß 78 Orte mit 129 Delegirten auf dem Parteitag vertreten sind.

Hierauf wird beschlossen, daß im Falle die Lokalfrage keine Schwierigkeiten bietet, der nächste Parteitag im Jahre 1898 in Augsburg stattfinden solle.

Vollmar läßt nunmehr die Beschlüsse und die Thätigkeit des Parteitages Revue passiren. Redner glaubt, daß der Parteitag für die Sozialdemokratie reiche Früchte tragen werde und schließt mit einem dreifachen Hoch auf die bayerische, deutsche und internationale Sozialdemokratie.

Genosse Schmidt erklärt hierauf den Parteitag für geschlossen.

Soziale Ueberblick.

Die königliche Eisenbahndirektion Elberfeld ist eifrig bemüht, jeden sozialistischen Hauch von den Arbeitern und Angestellten fern zu halten, schreibt die „Niederrheinische Volkstribüne“. Wenn aber die Angestellten mit solch niedrigen Entlohnungen abgepeist werden, wie dies in fast allen Zweigen des Betriebes der Fall ist, so sind alle Anstrengungen der oberen Leitung vergebens. Die Unzufriedenheit mit der herrschenden Entlohnung, die namentlich den unteren Angestellten zu theil wird, ist die treibende, werbende Kraft für den Sozialismus. Und diese Leute haben thatsächlich alle Ursache, unzufrieden zu sein; sie lesen die ungeheuren Ueberschüsse, die die Eisenbahn-Verwaltung macht, sie wissen, wie die hohen und höchsten Stellen Beamten entlohnt werden und stellen Vergleiche an zwischen deren Leistungen und ihrer eigenen den Körper frühzeitig aufreibenden Thätigkeit bei fäglicher Entlohnung. So werden beispielsweise die Arbeiter in der Silgut-Expedition mit einem Anfangslohn von 2,10 M. angestellt und steigen erst nach jahrelanger untadelhafter Haltung um 10 Pf. per Tag, sobald sie nach zehnjähriger Thätigkeit das große Einkommen von 2,40 M. erhalten. Von dieser Entlohnung wird noch Kranken-, Alters- und Invalidenversicherung resp. Pensionsbeitrag abgehalten. Mit welchen Gefühlen müssen diese Proletarier ihr lärgliches Mahl einnehmen, zumal wenn sie, wie dies fast stets der Fall, zahlreiche Familien haben. Und was für anstrengenden Dienst haben sie! Morgens 6 Uhr müssen sie antreten und bis abends 7 Uhr ausbleiben, das heißt, wenn der letzte Silgut lange ausbleibt, müssen sie auch noch da bleiben bis derselbe einläuft und dann ausbleiben. Wenn einmal Montags nicht so viel zu thun ist, müssen diese Arbeiter andere Arbeit verrichten, als Bude scheuern, in den Bureaus Fenster putzen u. d. Dienstaags und Freitags müssen diejenigen, die Nachschicht haben, schon um 5 1/2 Uhr abends antreten. Mit den Arbeitern in der Druckschabenverwaltung ist es ein klein wenig besser, aber immerhin noch jämmerlich genug. Diese brauchen erst um 8 Uhr zum Dienst anzutreten und bekommen dafür unter der sonst gleichen Stala der „Aufbesserung“ täglich den horrenden Lohn von 2,50 M. und steigen bis 2,80 M. Nebenbei ist das Verhältniß der Arbeiter im „Kleidermagazin“ und „Briefbogen-Bureau“. Wenn ein Arbeiter in diesen Abtheilungen erkrankt, was bei der dürftigen Lebenshaltung gar nicht ausbleiben kann, so kommt vorläufig kein Erloß dafür, sondern die anderen Arbeiter müssen dessen Arbeiten mit „durchschleifen“. Angesichts solcher Verhältnisse haben allerdings die Verwaltungen alle Hände voll zu thun, um „den Geist der Unzufriedenheit“ und „die Hydra des Sozialismus“ von den Angestellten fernzuhalten.

Einem aus Interessentenkreisen an sie gerichteten Antrag, eine Erhöhung der Gewichtsgrenze für einfache Briefe von 15 Gram auf 20 Gram anzuführen, nicht Folge gegeben, weil ihr bekannt geworden sei, daß die Schweiz auf dem nächsten Weltpostkongress den gleichen Antrag zu stellen beabsichtige und es daher, zumal im Hinblick auf die ablehnende Haltung der Reichspostverwaltung, angezeigt erscheine, zunächst das Ergebnis der Verhandlungen über diesen Antrag abzuwarten.

Die Bevölkerung Sachsen-Weimars (Ortsanwesende) stellt sich nach den amtlich veröffentlichten Ergebnissen der letzten

*) Erschienen zuerst in C. Stegmann's und C. Jugo's „Handbuch des Sozialismus“, dann in Separatdruck.

Volkszählung auf 330 217, oder um 18 123 Seelen höher als 1890. Die Zahl der Wohnhäuser betrug 52 447, die der Haushaltungen 75 247.

Der Streit der Bauhandwerker und Bauarbeiter. Zur Erörterung dieser wichtigen Frage bringt der „Samb. Korresp.“ einen wertvollen Beitrag durch eine Darlegung, wie die amerikanische Gesetzgebung die Rechte der Bauhandwerker und Bauarbeiter sicher zu stellen sucht: Nach den New-Yorker Bau-Gesetzen kann, wer beim Errichten, Umbauen oder Wiederherstellen einer Baulichkeit oder Dienste leistet, oder Materialien liefert, durch schriftliche Annahme seines Anspruchs für Kapitalbetrag und Kosten seiner Arbeit oder Materiallieferung ein Lien auf die betreffende Baulichkeit und den Bauplan erwerben, das so weit geht, wie das Recht des Bauherrn selbst (der nicht notwendig Eigentümer sein muß, sondern auch Erbpächter, Käufer des Bauplans u. s. w. sein kann). Jedoch geht das Lien (der Haft oder Anspruch, den eine Person an das Eigentum eines anderen hat, als Sicherheit für irgend eine Schuld oder Verpflichtung) nie weiter, als bis zu dem noch unbefriedigten Theil der vertragsmäßigen Forderung des Arbeiters oder Lieferanten. Verträge, die der Bauherr selbst, Eigentümer oder am Bau Berechtigter, zur Umgehung dieser Lien schließt, Vorauszahlungen, Verpfändungen oder sonstige Befreiungen der Eigenschaften, machen ihn in vollem Maße schadenerschuldig. Jeder der für einen der in Frage stehenden Zwecke arbeitet leistet oder Materialien liefert an eine andere Person als an den Bauherrn selbst, kann jederzeit von letzterem oder dessen Vertreter die Mittheilung des Vertrags verlangen, auf Grund dessen die Arbeit vergeben ist, sowie die Angabe der noch unbezahlten Kaufschulden. Weigert sich der Bauherr oder sein Vertreter, diese Auskunft über das Rechtsverhältnis oder über die bestehenden Schulden zu geben, so wird er für jeden Verlust haftbar, den die Anfragenden erleiden, falls die Exekution gegen diejenigen fruchtlos bleibt, denen sie geliefert oder in deren Auftrag sie Arbeit geleistet haben; und die Anfragenden können außerdem für alle Arbeiter, die sie nach einer derartigen Weigerung leisten, selbst ein Lien auf die betreffende Baulichkeit erwirken. Jeder Arbeiter oder die Lieferant kann während der Zeit, in der er arbeitet oder die Lieferung ausführt, oder 90 Tage nachher für ihren Betrag ein Lien zu den öffentlichen Büchern anmelden. Die Anmeldung muß enthalten die Adresse des Klägers, Beschreibung und Betrag der von ihm geleisteten Arbeit; den Namen des Interessenten am Grundstück, gegen den das Lien gefordert wird, den Namen des Arbeitgebers oder Auftraggebers, mit dem der Kläger in direktem Vertragsverhältnis stand, und die Angabe des zu befallenden Grundstücks. Derartig ausgefertigte Liens oder Anmeldungen auf Liens gehen nicht nur allen später auf das fragliche Grundstück eingetragenen, sondern auch solchen früher eingetragenen Pfandrechten vor, die sich nicht auf Leistung von Arbeit oder Materiallieferungen der bezeichneten Art beziehen. Lediglich der Eintrag wirklich verschuldeten Geldes, das zum Kauf der fraglichen Eigenschaft gegeben war, behält auch den Lien gegenüber seine Gültigkeit. Kein Lien kann das betreffende Grundstück länger als ein Jahr nach der Anmeldung binden, wenn nicht innerhalb dieses Jahres Klage wegen der zu Grunde liegenden Forderung erhoben ist. Der Grundstückseigentümer kann jedes Lien durch Auerbieten der Deposition des Betrages abwenden. Unter verschiedenen Liens entscheidet im allgemeinen die Priorität jedoch in der Art, daß in allen Fällen Arbeiter oder Tagelöhner, die für Tag- oder Wochenlohn arbeiten, den Vorrang vor Arbeitgebern, Unternehmern oder Unter-Unternehmern haben sollen, ohne Rücksicht auf den Tag, an welchem die Arbeiter oder Tagelöhner ihr Lien erwirkt haben.

Gewerkschaftliches.

Zum Streit in Neunkirchen. Am 9. Juli hielten die Fabrikanten eine mehrstündige Konferenz mit dem Ober-Gewerkeinspektor Muhl ab, der im Interesse eines friedlichen Ausgleichs die Vermittlung zwischen beiden Parteien übernommen hatte. Dr. Wernisch erklärte im Namen der Fabrikanten, daß sie die Bedingung, alle Arbeiter wiederum einzustellen, nicht eingehen können. Man wolle überhaupt nicht mit den Vertrauensmännern der Arbeiter verhandeln, sondern mit den einzelnen Arbeitern selbst. Im übrigen sei die Saison für die Eisenindustrie vorüber und schon aus diesem Grunde die Einstellung sämtlicher Arbeiter unmöglich. Der beträchtlichste Ausfall bei der Aufnahme des vollen Betriebes würde in der Schraubenfabrik von Breiviller u. Co. eintreten, wo vor dem Streit 880 Arbeiter beschäftigt waren. Jetzt stehen in dieser Fabrik 120 Arbeiter in Verwendung, und diese Zahl würde bei Herstellung normaler Zustände nur auf 300 erhöht werden können. Die Fabrik Schüller, die früher 240 Arbeiter beschäftigt hat, würde derzeit nur 100 verwenden. In der Druckfabrik würde sich die Reduktion auf 50 Arbeiter beschränken. Die Eltische Spinnerei könnte von 311 Arbeitern des früheren Standes momentan nur 160 beschäftigen. Die Nordbacher Spinnerei sei bereit, alle Arbeiter aufzunehmen, die übrigen zwei kleineren Betriebe kommen nicht in Betracht. Dr. Wernisch betonte auch, daß sich die Reduktion um so empfindlicher geltend machen müßte, je länger der Anstand dauern sollte. Wenn die Arbeiter auf ihrem Standpunkt beharren, so würde in einer gewissen Zeit an sie die Frage gerichtet werden, ob sie die Arbeit aufnehmen wollen. Sollte diese Anfrage erfolglos bleiben, so müßten sämtliche Arbeiterwohnungen geräumt werden. Vorläufig über man noch Rücksicht.

Ober-Gewerbeinspektor Muhl bemerkte, daß er sich der Schwierigkeit seiner Aufgabe bewußt sei. Trotzdem werde er sein Augenmerk darauf richten, die Modalitäten zu suchen, auf Grund deren ein Ausgleich herbeizuführen wäre.

Nachmittags setzte sich der Ober-Gewerbeinspektor mit dem Streikkomitee ins Einvernehmen. Die Vertrauensmänner betonten, daß das Solidaritätsgefühl der Arbeiterschaft ein unentwertbares festes sei. Die gesamte Arbeiterschaft Oesterreichs stehe auf Seite der Neunkirchner Arbeiter. Das Solidaritätsgefühl sei für sie maßgebend und habe sie veranlaßt, sich für die gewagten Genossen in der Eltischen Spinnerei einzusetzen, wofür sie angepöppelt wurden. Aufgabe der Arbeiterschaft Neunkirchens sei es, auf diesem von dem Gefühl der Zusammengehörigkeit und Menschlichkeit gegebenen Wege zu verharren. Gegenüber dem unbeeuglichen Standpunkte der Fabrikanten werden die Arbeiter mit noch größerer Entschiedenheit und Entschlossenheit vorgehen. Vielfach sind in letzter Zeit Arbeiter, die sich, wie der Anstift der Behörde heißt, mißthätig gemacht haben, nach der Heimath abgeschoben. Die Arbeiter versuchen deshalb wegen dieser Maßnahmen bei dem Bezirkshauptmann von Sontl vorstellig zu werden. Die Unterbrechung wurde ihnen abgeschlagen und sind abends zwei Arbeiter des Ortes verwiesen.

Zu New-York tagte am 1. Juli die erste Konvention des neuen gewerkschaftlichen nationalen Zentralverbandes, der „Socialist Trade and Labor Alliance“. Es sind auf derselben 64 Delegirte (darunter ein Dutzend auswärtige) und ca. ein halbes Dutzend Distrikt-Organisationen sowie einige National-Verbände durch 75 Delegirte vertreten. Der zum temporären Vorsitzenden gewählte Professor De Leon sagte in seiner Eröffnungsrede u. a.: „Törichte Leute haben behauptet, daß der Sozialismus die Gründung eines Mannes oder das Produkt einer Nation sei. Jeder intelligente Mensch weiß jedoch, daß der Sozialismus die Folge von ökonomischen Zuständen ist, daß er überall dort entstehen muß, wo es eine Kapitalisten- und eine Arbeiterklasse giebt. Und so ist es mit der Alliance. Sie ist nicht das Werk einer Person oder mehrerer Personen, sondern ist die notwendige Folge des Zustandes, in dem sich die Arbeiterbewegung Amerikas befindet, und ist das

Produkt der Erfahrungen, welche die Arbeiterschaft dieses Landes gemacht hat.

Genosse Sanial gab sodann einen Ueberblick über die Arbeiterbewegung in Amerika seit Gründung des Ordens der Arbeiter, worauf in die eigentlichen Verhandlungen eingetreten wurde. Die von dem Resolutionskomitee entworfene Prinzipien-Erklärung, die in präziser Form eine sozialistische Anschauung enthielt, fand einstimmige Annahme.

Die Traktatfrage war der erste Punkt, welcher Differenzen in den Anschauungen ergab; während das betreffende Komitee eine monatliche Kapsteuer von 1 Cent pro Mitglied vorschlug, war eine Anzahl Delegirter von ihren Organisationen instruiert, dafür einzutreten, daß jede Einzelorganisation einen Pauschalbetrag von monatlich 1 Dollar zu leisten habe. Das Resultat der Verhandlung war, daß mit 34 gegen 27 Stimmen der Komitee-Antrag angenommen wurde. — Es ward sodann beschlossen, ein Komitee zu wählen, welches die am 4. Juli beginnende National-Konvention der „Socialist. Arbeiter-Partei“ zu besuchen hat, und nach Erledigung einiger sonstigen Vorlagen die Sitzung geschlossen.

Zu Minnesota hatten wir dieser Tage einen überraschenden Erfolg. Aus der Konvention der dortigen Staats-Organisation der „Federation of Labor“, in welcher bisher die Handlanger der kapitalistischen Parteien und die sonstigen Parteigenossen dominierten, war auch ein halbes Dutzend Delegirten von Sektionen unserer Partei in Minneapolis und St. Paul erschienen, die während der Pause, in welcher die Mandatsprüfung stattfand, aufgefordert wurden, ihre Ansichten darzulegen, welchem Bunde selbstverständlich mit „größtem Vergnügen“ nachgegeben wurde. Die zur Verfügung stehende Zeit genügte zweien unserer Genossen, unsere Prinzipien in solcher prägnanter Weise darzulegen, daß allseitiger Beifall erfolgte. Ein Protest gegen die Zulassung der „sozialistischen“ Delegirten wird mit großer Majorität zurückgewiesen. Im Laufe der Verhandlungen beantragten dieselben eine Anerkennung der selbstständigen politischen Aktion lautende Resolution, welche 40 Stimmen erhielt, während 59 dagegen fielen.

Das Vereinsgesetz gegen Arbeiterfeinde.

Unser Parteigenosse Bact hatte unserem Brandenburger Parteiorgan einen Aufruf zu einem großen Volksfest übermitteln, das am 16. Juni 1895 im „Sokale Tivoli“ zu Luckenwalde abgehalten werden sollte. In Aussicht gestellt waren neben dem selbstverständlichen Konzert allerlei harmlose Lustbarkeiten, wie Wettrennen, Topfschlagen, Bombenregen, Facelpolonaise und dergleichen mehr. Drei Mal erschien der Aufruf in der genannten Zeitung. Die Folge davon war eine Anklage gegen Bact und den verantwortlichen Redakteur der „Brandenburger Zig.“, Wolfgang, wegen Vergehens gegen die Paragraphen 9 und 17 des Vereinsgesetzes. Es wurde ihnen vorgeworfen, zu einer öffentlichen Versammlung unter freiem Himmel angefordert zu haben, zu welcher die erforderliche Genehmigung der Orts-Polizeibehörde nicht erteilt war. Das Schöffengericht verurtheilte die Angeklagten, wogegen sie später vom Landgericht in Potsdam freigesprochen wurden. Die Strafkammer nahm an, in der Annonce sei eine Aufforderung zu finden, aber ein Gartenfest, zu dem man noch dazu nur gegen ein Entree Zutritt habe, sei keine Versammlung unter freiem Himmel und § 9 des Vereinsgesetzes finde auch nur auf politische Versammlungen Anwendung. Auf die darauf von der Staatsanwaltschaft eingeleitete Revision hat sich nunmehr am 18. Juli der Strafsenat des Kammergerichts mit der Angelegenheit beschäftigt. Die Angeklagten vertrat Rechtsanwalt Dr. Herzfeld, welcher geltend machte, daß jenes Volksfest sich in nichts unterscheiden hätte von Lustbarkeiten, wie sie im Schloß Weißenhof, Palastsee oder sonstwo von Unternehmern arrangirt würden. Würde es dennoch als öffentliche Versammlung unter freiem Himmel angesehen, dann müßte die Polizei auch alle Vergnügungen der erwähnten Art von einer Genehmigung nach § 9 des Vereinsgesetzes abhängig machen, ja in Berlin und Umgegend könnten dieselben überhaupt nicht mehr stattfinden. Denn nach § 11 des Vereinsgesetzes dürfen innerhalb zweier Meilen von der Residenz des Königs Volksversammlungen unter freiem Himmel von der Ortspolizeibehörde überhaupt nicht gestattet werden. Zunächst sei dann die Gewerbe-Ausstellung zu schließen, soweit die dortigen Schaustellungen und Befestigungen unter freiem Himmel stattfinden, zu schließen seien ebenso die sämtlichen sogenannten Sommergärten in Berlin, in denen Konzert, Zingel-Tanzel, Schießbuden u. dgl. seien, auch der Garten des Friedrich-Wilhelmsplätzchen Theaters und des Bellealliance-Theaters zc.

Ebenso seien die Unternehmern, welche ihre Etablissements in den Zeitungen und an den Tafelstühlen anzeigen, zu bestrafen, weil sie dadurch zu den Versammlungen unter freiem Himmel „aufforderten“. Mit Versammlung unter freiem Himmel habe aber der Gesetzgeber sicherlich nur Versammlungen auf freier, nicht umfriedigter Flächen und auf solchen Mannichkeiten gemeint, die wenigstens in der Weise zugänglich seien, daß sich ungezählte Menschenmassen zusammenfinden könnten. Darüber könne auch kein Zweifel sein, daß der Gesetzgeber bei Fassung des § 9 an dergleichen harmlose Volksfeste in einem Sommergarten gar nicht gedacht habe. Dieselben seien auch keine „Versammlungen“ im Sinne des Vereinsgesetzes, weil ihnen die innere Vereinigung, das auf gemeinsame Zwecke und Ziele gerichtete gemeinsame Wollen ermangele. Sie seien vielmehr eine formlose unzusammenhängende Menschenmasse.

Das Kammergericht war indessen der Uebergangung, daß der Vorderrichter den Begriff „unter freiem Himmel“ nicht richtig gewürdigt habe und wies die Sache an die zweite Instanz zurück. Die Einriedigung nach Länge und Breite genüge nicht, eine Versammlung unter freiem Himmel nicht in dem Fest zu sehen, vielmehr müsse der Raum gegen den Himmel zu ebenfalls abgeschlossen sein. Auch sei die Annahme falsch, daß § 9 des Vereinsgesetzes nur auf politische Versammlungen anzuwenden sei; auf den Zweck der Versammlung komme es nach dem Wortlaut des Gesetzes überhaupt nicht an.

In dem Staate, in welchem nach der Verfassung alle Preisen vor dem Gesetze gleich sind, ist es bekanntlich nach dem goldenen Worte unseres Justizministers nicht dasselbe, wenn zwei dasselbe thun. Das ist ein Glück für alle reichthueren und nicht-sozialdemokratischen Menschen. Denn wenn die Rechtsmethode des Schalles Tereus nicht gelten würde, dann hätten sämtliche Arbeiter unserer Sommervergünstigungen, von Kühnemann bis zum letzten Wirt in der Hasenheide sich gegen das Vereinsgesetz eines sorgfältigen Vergehens schuldig gemacht, vor dem sie nur ihre Bude empfinden könnten. Trotz aller Widerwärtigkeiten bildet die moderne Handhabung des Vereinsgesetzes ein überaus schätzbare Agitationsmittel für uns Sozialdemokraten. Also nur weiter so!

Der Züricher Polizeihauptmann Fischer vor dem Schwurgericht.

Aus Winterthur wird uns geschrieben: Am 10. und 11. Juli fand unter ungeheurem Zudrang des Publikums die Verhandlung gegen Polizeihauptmann Fischer vor dem hiesigen Schwurgericht statt. Der Mann, der während seiner vierzehnjährigen Thätigkeit wohl mehr als 20000 Personen verhaftet ließ oder selbst verhaftete und einen großen Theil

davon auf die Anklagebank und ins Zuchthaus brachte, ist heute nun selbst auf dem Armenhäuserbänken. Angeklagt ist Fischer von der Staatsanwaltschaft der wiederholten widerrechtlichen Gefangenhaltung im Zusammenhang mit sabrassiger Amtspflichtverletzung. Der erste Fall betrifft einen gewissen Kämmerli, der 1890 mit den russischen Studenten in Zürich verkehrte und am 29. Januar 1891 wegen Diebstahlsverdachts verhaftet wurde. Bei der Hausdurchsuchung in seiner Wohnung wurden Mitgliederlisten der russischen revolutionären Verbindungen sowie Materialien über die Herstellung und Verbreitung revolutionärer Druckschriften in Rußland gefunden, welche, wie die „Berliner Tagwacht“ kürzlich aus einem in Paris erschienenen Buche entnahm, an die russischen Behörden ausgeliefert wurden. Näheres über diese Vorgänge, welche im Zusammenhang mit den 1890 stattgefundenen Bomben-Explosionen auf dem Züricherberg standen, ist in der jetzigen Verhandlung nicht bekannt geworden. Fischer behielt nun den Kämmerli in der kantonalen Strafanstalt bis zum 14. März, also 42 Tage gefangen, ohne ihn der zuständigen Behörde abzuliefern. Die bezüglichen Bestimmungen des zürcherischen Rechtspflegegesetzes besagen, daß mit dem Verhafteten innerhalb 24 Stunden nach seiner Festnahme ein Verhör vorzunehmen und derselbe in den folgenden nächsten 12 Stunden an die zuständige Untersuchungsbehörde abzuliefern ist. Der Kämmerli ist dann wegen Diebstahls vom Gericht zu 4 Monaten Gefängnis verurtheilt worden, wovon ihm aber die zweiundvierzig Tage Polizeihaft abgerechnet wurden. Der zweite Fall betrifft einen Fritz Köcher, der bei einem Kavallerie-Leutnant Bedienter war und angeklagt wurde, daß er den Offizier um 20 Fr. betrogen habe. Fischer behielt den Mann vom 15. September bis 29. Oktober 1895, also 44 Tage in Verhaft, ohne mit ihm ein Verhör vorzunehmen und entließ ihn dann in der Uebergangung, daß der Mann unschuldig sei. Den Offizier forderte er zum Rückzug der Strafanzeige auf. Bei diesem Fall kommt hinzu, daß Fischer gar nicht zur Verhaftung berechtigt war, da hier die Militärbehörde zuständig gewesen wäre; ferner läßt ins Gewicht, daß er den Köcher trotz dessen wiederholtem Verlangen nicht vor den kompetenten Richter stellte und vom ganzen Fall seiner Behörde die Mittheilung machte. Sodann verhaftete Fischer am 20. Sept. 1895 einen gewissen Brunner wegen Diebstahlsverdachts, der bis zum 6. Dezember, also 57 Tage, in Polizeiverhaft gehalten wurde, trotzdem er den Diebstahl eingestanden hatte. Brunner erhielt nachträglich wegen Einbruchs und einfachen Diebstahls 2 1/2 Jahre Arbeitshaus, wobei ihm die Dauer der Polizeihaft angerechnet resp. abgezogen wurde. Erwähnung verdient im Falle Brunner das Gerücht, daß Fischer Liebhaber einer Kellnerin war, die auch von Brunner possirt wurde. Fischer habe durch den langen Polizeiverhaft seinen Nebenbuhler unschädlich machen wollen. Die hierüber gepflogene Untersuchung war aber ergebnislos.

Im Januar 1895 war der Krawall der Unabhängigen zc. vor dem italienischen Konsulat in Zürich. Am Abend vorher hatte der Graubündner Alveiner in einer Wirthschaft renoumiert, daß er zu Hause Dynamit habe und man nächstens etwas hören werde. Alveiner wurde dann beim Krawall mit anderen verhaftet, doch erwieb die resultatlose Hausdurchsuchung, daß er im Krawall nur gestunken hatte. Fischer hielt ihn vom 15. bis 25. Januar in Haft und gab ihm dann bei der Entlassung im Bewußtsein seines ungeheuerlichen Vergehens aus der eigenen Tasche Geld und den Rath, nach Klapperswil zu fahren. Vom 15. bis 19. Juni 1895 hielt Fischer den Emil Bestner und Jakob Widmer, die in einer Wirthschaft dummes Zeug über mit ihnen angeblich verübte Sittenvergehen geschwätzt hatten, in Haft, und endlich vom 27. November bis 9. Dezember den Moriz Klein und Albert Gutmann wegen angeblicher Subjektivität, Falschspielen zc.

Fischer bekannte sich nicht schuldig der widerrechtlichen Gefangenhaltung, während er die sabrassige zugab. Unter den 21 Zeugen waren die Regierungsräthe Nägeli, Justiz- und Polizeidirektor, und Dr. Stöbel, ferner Oberbürgermeister, Bezirksanwalt Schwarz, eine Anzahl Polizisten zc. Aus den Aussagen Nägeli's, Wittelsbach's und Schwarz ging hervor, daß die geschwätzige Praxis, verhaftete Tage und gar Wochen lang in Polizeihaft zu halten, seit sie dem Untersuchungsrichter zuzuführen, seit einem halben Jahrhundert schon von der staatlichen Polizei geübt und von den anderen Behörden stillschweigend gebuldet wurde. Justizdirektor Nägeli kämpfte allerdings seit Jahren gegen den geschwätzigen Zustand an, ermahnte und warnte den Polizeihauptmann Fischer dazumale mündlich und schriftlich zu korrektem Handeln, bestrafte ihn mit 20 Frk. Buße und 5 Tagen Arrest und drohte ihm wiederholt mit dem Strafrichter. Doch es half alles nichts. Da brachte ihn endlich die Angelegenheit Brunner zu Falle. Die viele Rücksicht mit Fischer sei geübt worden, weil er den Zustand bereits so angetreten, somit kein Novum geschaffen habe; weil er ein vorzüglicher Polizeibeamter sei und endlich daß praktische Bedürfnis der polizeilichen Thätigkeit vielfach die begrenzte gesetzliche Frist nicht einhalten könne. Nach den Aussagen Fischers aber, der ganz unweifelhaft eine gewaltthätige Natur ist, gefiel man sich auf der Hauptwache in der Rolle der Untersuchungsbehörde, welche mit den kompetenten Behörden gleichgestellt und berechtigt sei.

Die Geschworenen verneinten durchwegs die Frage nach der Widerrechtlichkeit und bejahten nur die Frage auf Sabrassigkeit. Fischer wurde dann verurtheilt zu vier Wochen Gefängnis abzüglich 14 Tagen Untersuchungshaft. — Er war vom 11. Dezember bis 28. Dezember eingesperrt — zu 500 Frk. Buße, zu 250 Frk. Staatsgebühr und zur Tragung der Kosten, die etwa 2000 Fr. ausmachen. Fischer hat bereits nach der Suspension von Amte demissionirt und kehrt somit auf seinen Posten nicht mehr zurück. Ein Organ, das Fischer die Strafen schenkte und ihn auch wieder in Amte rehabilitirte, wie dies vielleicht anderwärts geschehen würde, existirt im Kanton Zürich nicht. Wer in der demokratischen Republik dies wagt, würde vom öffentlichen Unwillen hinweggefegt werden.

Gerichts-Beilage.

Während der ersten Hälfte der am 15. d. M. beginnenden Gerichtsserien werden am hiesigen Landgericht 1 neun Ferien-Strafkammern in Thätigkeit treten, bei denen der Vorsitz am 1. August wechseln wird. Zu Vorsitzenden sind berufen: 1. Ferien-Strafkammer: Landgerichts-Direktor Krause, später Landgerichts-Direktor Germer'shausen. — 2. Ferien-Strafkammer: Landgerichts-Direktor Leonhardt, später Landgerichts-Direktor Albeholde. — 3. Ferien-Strafkammer: Landgerichts-Direktor Böhler, später Landgerichts-Direktor v. Petten. — 4. Ferien-Strafkammer: Landgerichts-Rath Braun, später Landgerichts-Direktor Denso. — 5. Ferien-Strafkammer: Landgerichts-Direktor Junke, später Landgerichts-Rath Kunze. — 6. Ferien-Strafkammer: Landgerichts-Direktor Franke, später Landgerichts-Rath Danielcid. — 7. Ferien-Strafkammer: Landgerichts-Direktor Gaaß, später Landgerichts-Rath Reineke. — 8. Ferien-Strafkammer: Landgerichts-Rath Wächner. — 9. Ferien-Strafkammer: Landgerichts-Direktor Humbert, später Landgerichts-Rath Lantherius und Landgerichts-Rath Wolsky. — Während der zweiten Hälfte der Ferien (15. August bis 15. September) werden 5 Strafkammern in Thätigkeit sein und folgende Herren den Vorsitz führen: 1. Kammer: Landgerichts-Rath Dr. Frickhen, später Landgerichts-Direktor Ried. — 2. Kammer: Landgerichts-Direktor Dr. Hartmann, später Gerichtsprofessor Schreiber. — 3. Kammer: Landgerichts-Rath Hoppel, später Direktor Sindenberg. — 4. Kammer: Direktor Doppe, später

Direktor Kähler. — 5. Kammer: Landgericht-Rath Pohle, später Landgericht-Direktor Loebl.

Der Streik in der Gattler'schen Gutfabrik in der Pringensstraße bot den Anlaß zu zwei Verhandlungen, welche Sonnabend das hiesige Schöffengericht beschäftigten. In dem ersten Falle handelte es sich um Vergehen gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung in Ideal Konkurrenz mit Beleidigung und Körperverletzung, dessen der Guttmacher August Nood vor der 136. Abtheilung des Amtsgerichts I beschuldigt wurde. Nach Ausbruch des Streiks in der Gattler'schen Gutfabrik waren für letztere außer einigen Berliner Streikbrechern auch Arbeiter von außerhalb herangezogen worden, unter den letzteren die Brüder Franz und Rudolf Karay aus Neuteich bei Driesen in der Neumark. Als dieselben am ersten Tage ihrer Arbeit in der Gattler'schen Fabrik, dem 8. Juni dieses Jahres abends in Begleitung der übrigen Nichtstreikenden von der Arbeit nach Hause gingen, kamen ihnen Streikende nach; der Angeklagte Nood rief dem Rudolf Karay das Wort „Streikbrecher“ zu, dann blieb er einige Schritte zurück, eilte wieder hinterher und gab dem Franz Karay mit dem Fuß einen Tritt in den Rücken, daß jener nach vorn taumelte. Danach verschwand er. Von Bekannten des Nood erfuhr die Karay's dessen Namen und erkannten in der Verhandlung ihn auch bestimmt wieder. Ihn selbst, welcher etwas angekränkt war, ist von dem Tritt nichts bekannt. Aus Furcht vor weiteren Mißhandlungen, blieben die Brüder

Karay am nächsten Morgen von der Arbeit weg. Während der Staatsanwalt im Sinne der Anklage plädierte und gegen den Angeklagten 4 Wochen Gefängnis beantragte, führte der Verteidiger Rechtsanwalt Heine aus, daß kein Vergehen gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung vorliege, denn nicht jede Beleidigung oder Körperverletzung in Verbindung mit einem Streik falle unter den angezogenen Paragraphen. Voraussetzung dieses Paragraphen sei, daß die Beleidigung oder Körperverletzung begangen werde, um zum Streik zu veranlassen (also eine versuchte Nötigung sei), nicht wie ill gestreift wird; dagegen liege eine wörtliche resp. thätliche Beleidigung vor, denn ohne Zweifel sei das Wort „Streikbrecher“ sehr beleidigend. Für die Beleidigung werde aber eine Geldstrafe ausreichend sein. Der Gerichtshof schloß sich jedoch den Ausführungen des Staatsanwalts an und erkannte auch nach dessen Antrage auf 4 Wochen Gefängnis.

In dem andern Falle handelte es sich um versuchte Gefangenensbefreiung vor der Gattler'schen Fabrik. Vor derselben standen mehrere Streikende, welche dort in der Nähe wohnten. Aus irgend einem Grunde wollte der Schuhmann Schwand, welchem die Beobachtung der Fabrik oblag, den Guttmacher Priy zur Wache fixieren. Er sagte ihm dabei mit dem üblichen Polizeigriff an, worauf der Angeklagte, der Guttmacher Schulte hinstieg und dem Beamten sagte, daß sei nicht nötig. Priy werde schon allein gehen. Dabei soll Schulte den

Priy angefaßt und versucht haben, ihn von Schwand loszureißen. Wenigstens will dieser Beamte sowie der Wachmeister Rosin einen solchen Griff gesehen haben. Priy hat von demselben nichts gefühlt, die anderen Zeugen haben nichts gesehen. Die übrigen Umstehenden verhielten sich übrigens, wie auch der Schuhmann selbst zugeb, sehr ruhig, sodas es ihm nicht erschien, als ob sie mit dem Angeklagten gemeinsame Sache gemacht hätten. Trotzdem beantragte der Vertreter der Staatsanwaltschaft, ein Referendar, 4 Monate Gefängnis, weil der Angeklagte bereits vorbestraft ist. Rechtsanwalt Heine sprach in erster Linie für Freisprechung, da das Aufassen zc. nicht genügend erwiesen erscheine; der Schuhmann Schwand könne sich sehr wohl geirrt haben, die Aussage des Rosin sei zuletzt sehr unbestimmt gewesen. Eventuell aber sei die von dem Vertreter der Staatsanwaltschaft beantragte Strafe viel zu hoch; der letzteren Meinung war auch der Gerichtshof (188. Abtheilung Amtsgericht I.); er hielt zwar die Wahrnehmungen des Schuhmannes für richtig, erkannte aber nicht auf 4 Monate, sondern auf 8 Tage Gefängnis.

Verurteilung des Quacks! Die Strafkammer Nachen verurteilte am 13. Juli einen Regierungssupernumerar, der durch einen befreundeten Cand. phil. einen Apotheker zum Zweikampf auf tödliche Waffen bei schweren Bedingungen herausgefordert hatte, zu 14 Tagen Zerstung. Der Kartellträger wurde freigesprochen.

Ausschank der Brauerei Pichelsdorf,

reizend an den Ufern der Havel gegenüber Pichelswerder gelegen,
bequeme Bahnverbindung mittelst Stadtbahn und Lehrter Bahn bis Spandau für 20 Pfennige, vom
Bahnhof Spandau bis zur Brauerei mittelst der elektrischen Bahn für 10 Pf., Dampfverbindung
von Berlin und Spandau — Dampfer können an der Brauerei anlegen.

Jeden Sonntag
im Garten **grosses Konzert** bei freiem Entree.

Im neuerbauten Riesen-Prachtsaal
grosser Ball bei 2 Orchestern
(Garderobe frei).

Kegelbahnen. Billards. Kaffeeküche.

⁴/₁₀ Liter Lagerbier 15 Pfennige.

Im Vergnügungspark täglich:
grosse Volksbelustigungen.

Grosse und elegante Ausspannung.

Telephon Amt Spandau No. 198.

Für Kranke! Für Kranke!
Echter Cognac
Original-Abzug von Gergonne & Cie.
per Flasche 1,50—5,00 Mark.
Medizinal-Ungarweine, franz., Rhein-, Moselweine.
Neustädtische Kirchstrasse 12
am Bahnhof Friedrichstrasse.
5805L*

Fruchtwein-
bowlen
par. vein. ausgezeichnet in Geschmack.
Maltrank } a Flasche
Erdbeerbowle } 1/2 Dtz. 60 Pf.
Pflaichbowle } int.
Ananasbowle }
Eugen Neumann & Co.
Detail-Verkaufsstellen:
Welle-Platz 6a, Friedrichstr. 81,
Oranienstr. 8, Weinbierstr. 28.
Vordamm: Bäckerstr. 7.
Theilzahlung. Monatl. v. 10 M. an
liefert elegante
Anzüge nach Maß
Tomporowski, Schneidermeister.
Berlin O., Jüdenstr. 37, 1 Tr.

Echt Werdersches Bier
¹/₅ Tonne 2,50, ¹/₁₀ Tonne 1,30.
Sagerbier, hell u. dunkel,
do. nach Pilsener Art,
do. nach Münchener Art,
Kotsdamer Stangenbier
¹/₅ Tonne 2,75.
Extra-Gebräu
Werdersches Bier,
¹/₅ Tonne 3,40, ¹/₁₀ Tonne 1,70.
Schutz-Mark
Sämtliche Biere (außer Extra-Gebräu)
in Flaschen 30 Stück für Mark 3,—
Extra-Gebräu Werdersches Bier do. 24 Stück für Mark 3,—
Liefere frei ins Haus ohne Pfand.
Bereinigte Werdersche Brauereien
Haupt-Niederlage:
Berlin, Adalbert-Strasse Nr. 80.
Fernsprecher Amt IV, 9865.

66. Resterhandlung. 66
billig Reste zu Knaben-Anzügen von
1 M. Große Anzüge von 7 M. an,
bis zum feinsten Kamungarn, auch pass.
zu Einsegnungs-Anzügen. Große Aus-
wahl in Paletotstoff, sowie in Mänteln,
Jaquets, Plüsch, Atlas, Seide. (49912)
Auf Wunsch alles zugeschnitten, auch
angefertigt. Fertige Knaben-Anzüge.
66. Karle, Waldemarstrasse 66.
Teleph. Amt IV, 1597.
Herren-Hüte enorm billig!
Neueste Façons!
Steif 1,00—2,30—2,50—3 M.
Weich 1—4 M. (5452L*)
Haarhüte 4,80—6 M., rein Haar.
Cylinder-Hüte von 4—11 M.
gibt einzeln ab Fabrik
Grüner Weg 2 L.
Reichenbergerstr. 166 L.
Geöffnet auch Sonntags!

Sophaplüsch-
Reste
in glatt, gepreßt und ge-
webten Qualitäten, auch
echt Friso und Moquet,
enthaltend 6 bis 22 Meter,
spottbillig! Muster franco!
Högepakte Sattelstapfen sehr
hochelegante billig.
Emil Ledvros, Berlin S., Oranienstr. 153
Bühne v. 2 M. ev. Theilz.
Frau Olga Jacobson, Juvalidenstr. 145
Kinderwagen, grobart. Auswähl,
erkenntungen, Musterbuch gratis und
franko. Theilzahlung gestattet. Max
Brinner, Jerusalemstr. 42 und
Brunnenstr. 6.

Warenhaus
A. Wertheim
Nur für 3
Tage gültig
Ausnahme-Preise
Mittwoch Donnerstag Freitag.
15. 16. 17. Juli.
Proben und Preislisten portofrei.
Versand-Abtheilung Berlin W., Leipziger-Strasse 111.

Damen-Strümpfe, schwarz 28 Pf.
dopp. Sohle u. Hochferse 38 u. 55 Pf.
schwarz und lederfarbig 38 u. 55 Pf.
Schweiss-Socken, besonders weich, fein gestrickt 50 Pf.
Leinenwaren. Damenwäsche.
Hemdentuch, Meter 27 u. 35 Pf. Taghemden mit Spitze 1,40, mit Stickerei 2 Mk.
Renforcé, Meter 35 u. 42 Pf. Beinkleider mit Stickerei 1,60, kurze Form 2,10 Mk.
Gartendecken mit Franze 1,60 Mk. Nachtjacken, gestreift, 1,45, Renforcé m. Umlageleg. 2,15 Mk.
Batistaschentücher Hohlbaum u. bunte Kante, ¹/₂ Dtz. 1,10 Mk.
Ein grosser Posten
Stickereien und Languetten Stück 4 bis 4 ¹/₂ Mtr. 25 Pf. bis 2 Mk.

Achtung!
Arbeiterinnen, Frauen, Genossinnen!
Grosse Volks-Versammlung
 am Mittwoch, den 15. Juli, abends 8 Uhr,
 im Saale der **Gold-Bräuerei**, Tempelhofer Berg.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten **Wilh. Liebknecht** über:
 Die Gewerbegerichts-Wahlen und welche Bedeutung haben dieselben für die
 Arbeiterinnen. 2. Diskussion.
 3. Pflicht aller Arbeiterinnen, Genossinnen und Genossen ist es,
 zahlreich und pünktlich zu erscheinen.
 Emma Scholz, Vertrauensperson.

Achtung!
6. Wahlkreis, Moabit!
 Mittwoch, den 15. Juli, abends 8 Uhr, in der **Ironen-Bräuerei**,
 Alt-Moabit 47-49:
Große öffentliche Parteiversammlung
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten **Schippel** über: „Die letzte
 Reichstags-Session und die politische Lage“. 2. Diskussion. 3. Bericht der
 Revisoren über die Zeitungspedition. 4. Verschiedenes.
 Zahlreiches Erscheinen ersucht
 Der Einberufer.

Kreis-Versammlung
 des
Wahlkreises f. Teltow-Beeskow-Charlottenburg
 Donnerstag, den 16. Juli, abends 8 1/2 Uhr,
 in Charlottenburg, **Wilmsdorferstr. 39**, bei **Bernicke**.
 Tages-Ordnung:
 1. Der Internationale Arbeitertongress. Referent: Reichstags-Ab-
 geordneter **Fritz Zabol**-Berlin. 206/4
 2. Diskussion.
 3. Verschiedenes.
 Der Wichtigkeit dieser Tagesordnung wegen ist es Pflicht eines jeden
 Genossen aus dem Kreise, zu erscheinen.
 Die Vertrauensleute.

Oeffentl. Versammlung
 sämtlicher nach Zentralisation strebenden
Krankenkassen - Mitglieder
 am Donnerstag, den 16. Juli, abends 8 1/2 Uhr,
 im Lokale von **Cohn**, Beuthstraße 20-22 (großer Saal).
 Tages-Ordnung:
 1. Die Zentralisation der Berliner Orts-Krankenkassen und der Sprech-
 saal-Artikel der Zentralisations-Kommission. 2. Diskussion.
 Zur Deckung der Unkosten Zellerfassung.
 Der Einberufer: **Jäger**.

Achtung! Brauerei-Hilfsarbeiter. Achtung!
 Mittwoch, den 15. Juli, abends 8 Uhr:
General-Versammlung
 aller in den Brauereien beschäftigten Arbeiter, als:
Hofarbeiter, Stallente, Fahrer, Mitfahrer, Maschinisten,
Feizer, Flaschenpflücker u. s. w.
 im „**Englischen Garten**“, Alexander-Strasse Nr. 27c. 68/14
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Bericht des Kassirers und der Revisoren.
 4. Neuwahl des Gesamt-Vorstandes. 5. Verschiedenes.
 Mitgliedsbuch legitimiert. — Die Mitglieder werden hierdurch auf-
 gefordert, vollständig zu erscheinen. Die Nichtanwesenheit ist kein Hinderungs-
 Grund zur definitiven Beschlussfassung.
 Der Vorstand.

Hutarbeiter u. -Arbeiterinnen.
 Mittwoch, den 15. Juli, abends 8 Uhr:
Oeffentl. Versammlung aller Ausgesperrten
 in der Brauerei **Friedrichshain**.
 Die Lohnkommission.

Große öffentliche Versammlung
 aller in der **Gold- u. Silberwaaren-Branche**
 beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen
 am Donnerstag, den 16. Juli, im Lokale des Herrn
Bergner, Annenstraße 16.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Kollegen **Wagner** über: „Schule und Sozialdemo-
 kratie“. 2. Diskussion. 3. Ausstellung eines Kandidaten zu den Gewerbe-
 gerichtswahlen. 4. Verschiedenes.
 Um zahlreichen Besuch bittet
 Der Einberufer.

Achtung, Vergolder!
 Da infolge der großen Hitze die letzten zwei Versammlungen nur sehr
 schwach besucht waren, so ist beschlossen worden, diesen Monat keine All-
 versammlung abzuhalten. Die Kollegen werden aber ersucht, recht zahlreich in
 der heute Abend bei **Pasch**, Alte Jakobstr. 83, stattfindenden
Delegiertenversammlung der Vergolder-Orts-Krankenkasse
 zu erscheinen. Es kommen sehr wichtige Angelegenheiten, die freie Arztwahl
 betreffend, zur Verhandlung.
 Der Vorstand.

Genossenschaftsbäckerei für Berlin u. Umg.
 (Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.)
 Wir machen die Genossen auf die am **Donnerstag, den 16. Juli,**
abends 8 Uhr, in der Alten Jakobstraße 83 stattfindende
Ausserordentliche General-Versammlung
 aufmerksam. — Nur die rothen Mitgliedskarten legitimieren.
 Tages-Ordnung:
 Erziehung eines Vorstandsmitgliedes.
 Der Aufsichtsrath: **W. Scheibe, A. Schweizer**.

Orts-Krankenkasse
 der Kürschner u. verw. Gewerbe
 zu Berlin.
 Da die Vertretung der Orts-Kranken-
 kasse der Kürschner und verwandten
 Gewerbe zu Berlin der in dem Erlasse
 vom 20. April d. J. — O. P. 5961 —
 getroffenen Anordnung keine Folge ge-
 geben hat, ändere ich hiermit gemäß
 § 83 Absatz 3 des Krankenversicherungs-
 Gesetzes den § 30 des Statuts von
 Amts wegen dahin ab, daß derselbe
 lautet:
 Die wöchentlichen Kassenbeiträge be-
 tragen:
 1. für männliche Kassen-
 mitglieder über 16 Jahre,
 ausschließlich der Lehrlinge. 0,60 M.
 2. für erwachsene weibliche
 Kassenmitglieder über 16 J. 0,39 M.
 3. für männliche Kassen-
 mitglieder unter 16 Jahren
 und für Lehrlinge. 0,27 M.
 4. für weibliche Kassen-
 mitglieder von 14-16 Jahren 0,21 M.
 Potsdam, den 20. Juni 1896.
 Der Ober-Präsident, Staatsminister
Kchenbach.
 Vorstehende Abänderung bringen wir
 hiermit zur Kenntnis der Beteiligten.
 Der Vorstand.
W. Freyer, Vorsitzender,
 92/6 Marienburgerstr. 32a.

Sterbefälle
 von
 Arbeitern der Berl. Maschinen-
 bau-Aktien-Gesellschaft.
Generalversammlung
 Sonnabend, den 25. Juli 1896, abends
 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn **Marien**,
 Adersstr. 123. 96826
 Tagesordnung:
 1. Jahresbericht pro 1895/96 und
 Bericht der Revisoren. 2. Festsetzung
 der Entschädigung für den Vorstand
 und die Revisoren. 3. Beschlussfassung,
 in welchen Zeitungen die Bekannt-
 machungen der Kasse stattfinden haben.
 4. Statutenänderungen: a) Antrag
 auf Aenderung des Titels der Kasse;
 b) Antrag der Herren **Roach** und
Gelmhade; c) Antrag auf Aenderung
 des § 27 des Statuts; d) Antrag auf
 Aenderung des § 29 des Statuts.
 5. Verschiedenes.
 Der Eintritt ist nur gegen Vor-
 zeigung des Mitgliedsbuches ge-
 statet. Um pünktliches Erscheinen bittet
 Der Vorstand.
J. A. August Hebe, Vorsitzender,
 Neue Poststr. 41, 4 Tr.

Charlottenburg.
 Den Lesern des „Vorwärts“ hiermit
 zur Nachricht, daß ich **Kaiser Friedrich-**
straße 33 im Laden ein Schuh- und
 Stiefel-Wahrgeschäft eröffnet habe, und
 bitte um geneigten Zuspruch.
August Gymbulka, Schuhmacher.

Ausschneiden und abgeben.
Gratis
 erhält Inhaber dieser Annonce (welcher
 meine Wäcker noch nicht versucht) zur
 Probe ein 54996

Loh-Tanninbad,
 sicherste Heilung bei allen Haut-, Blut- u.
 Frauenkrankheiten, Folgen v. Quecksilber-
 kuren, Magen-, Nerven-, Nieren- und
 Blasenleiden, bewährt gegen Gicht und
Rheumatismus.
 Prospekte mit hundertten von Dant-
 schreiben Geheilter gratis und franko.
G. Münsel, Berlin,
 Wallstr. 70,
 Neu Cölln am Wasser 6-8,
 Ansbacherstr. 19
 und Pankstrasse 32.

Möbel-Gelegenheitskauf
 Passendste Gelegenheit für Brautleute. In
 meinem größten Möbelspeicher, Neue König-
 strasse 59, sollen ca. 200 Wohnungseinrichtungen,
 vertheilt gemessene und neue Möbel zu jedem
 annehmbaren Preise verkauft werden. Durch
 sehr große, billige Gelegenheitsbeimstände ist es mir
 möglich, schon ganze Wirtschaften für 50, 100,
 200 Mark abzugeben. Theilzahlung gestattet.
 Brautleute ohne Anzahlung. Kleiderständer 15 Mark,
 Kommoden, Küchenspend 12, Kuchbaum-Kleider-
 spenden, Vertikons 30 Mark, Wuschelständer
 25, Vertikons mit Matratzen 18 Mark, Sophas
 18, Säulenständer, Kleiderständer, hochlegant 56,
 Trümele mit Säulen und Krüppelstulpe 60,
 Herrenschreibtisch, Glaskaputtaturen 60 Mark,
 Damenstisch 75 Mark, Steppdecken, Tisch-
 decken, Gardinen, Fenster 5 Mark. Gekaufte
 Möbel können drei Monate kostenfrei auf
 meinem Aufbewahrungsspeicher lagern, werden
 durch eigens Gespanne transportirt, auch nach
 außerhalb. 4661L

Deutscher Holzarbeiter-Verein.
 (Zahlstelle Berlin.)
 Mittwoch, den 15. Juli, abends 8 1/2 Uhr, in
Cohn's Festsaal, Beuthstr. 20-22:
Vertrauensmänner - Versammlung
 für sämtliche Bezirke.
 Tages-Ordnung:
 1. Die Lohnbewegung der Drechsler. 2. Der Streit bei König u. Niehle.
 3. Verbandsangelegenheiten.
 Jede Werkstätte muß vertreten sein. Auch die Vertrauensmänner
 der Drechsler sind verpflichtet, vollständig zu erscheinen.
Bezirk Friedrichsberg-Rummelsburg.
 Mittwoch, den 15. Juli, abends 8 1/2 Uhr,
 bei **Breyes** in Rummelsburg, Goethe- u. Kaufstraßen-Ecke:
Mitglieder-Versammlung
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Genossen **B. Pörsch**. 2. Diskussion. 3. Verbands-
 angelegenheiten. 4. Verschiedenes.
 Donnerstag, den 16. Juli, abends 8 Uhr, im Lokale von
Schöning, Köpenicker-Strasse 68:
Versammlung der Parquetbodenleger.
 Tages-Ordnung:
 Unsere gegenwärtigen Arbeitsverhältnisse.
 Die Ortsverwaltung.

Achtung! Maurer. Achtung!
 Donnerstag, den 16. Juli cr., abends 8 1/2 Uhr:
Mitglieder-Versammlung
 des Vereins zur Wahrung der Interessen der
Maurer Berlins und Umgegend
 bei **Hoffmann** (oberer Saal rechts), Alexanderstr. 27a.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag über die Klassenkämpfe am Ende des 19. Jahrhunderts.
 Referent **Paul Jahr**. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten.
 Die Mitglieder sind verpflichtet, alle zu erscheinen. — Neue Mitglieder
 werden aufgenommen. 190/6 Der Vorstand.

Achtung, Zimmerer!
 Donnerstag, den 16. Juli, abends 8 1/2 Uhr, bei **Bustke**,
Grenadierstraße Nr. 33:
Versammlung der Platz-Deputirten.
 Zu dieser Versammlung werden auch sämtliche Arbeitlosen eingeladen.
 Die Lohnkommission.

Verein zur Wahrung der Interessen der Gast- u. Schankwirth
 Berlins und Umgegend.
Mitglieder-Versammlung
 am Freitag, den 17. d. M., nachm. 5 Uhr, beim Kollegen
Waliq (Zausouci) in Schwargendorf, Ruhlandstr. 20.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Herrn **Dr. Schöps**. 2. Diskussion. 3. Vierteljahr-
 bericht des Kassirers. 4. Aufnahme neuer Mitglieder. 5. Vereinsangelegen-
 heiten und Verschiedenes.
 Der Vorstand. J. A.: **G. Behrnd**.

Achtung, Stuckateure!
 Am Sonnabend, den 18. Juli 1896, in der „**Vorussia-**
Brauerei“ zu **Johannisthal-Nieder-Schönweide:**
20. Stiftungs-Fest
 unter Mitwirkung des Gesangvereins **Völkerfrühling**.
 Billets sind in den Zahlstellen und im Arbeitsnachweis bei **Schünemann**
 zu haben. Um rege Theilnahme ersucht
 Der Vorstand.

Grosses Sommerfest
 im **Restaurant Karyfenteich** (Zuh. Otto),
 am **alten Köpenicker Weg (Creptow)**, veranstaltet vom
Karthaus'schen Gesangverein,
 bestehend in
Konzert, Gesang u. komischen Vorträgen,
 im Saale: **Gr. Ball**. Herren, welche daran teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach.
Die Kaffeeküche ist von 2 Uhr ab geöffnet.
 Billets à 20 Pf. sind in allen mit Plakaten belegten Handlungen zu haben.
 Das Komitee.

Die Motor-Boots-Gesellschaft
 Berlin-Rummelsburg
 vermietet auch diese Saison ihre neuen und hocheleganten Salon-
Schraubendampfer zu den bekannten mäßigen Preisen.
Bedienung prompt und zuverlässig.
 5518L*
 Telephon Amt VII Nr. 1985.
 Rummelsburg Nr. 28.

Für Hausfrauen.
Annahme aller Wollsaßen
 aller Art gegen Lieferung von Kleider-, Unterrod-, Mantelstoffen, Damentuchen,
 Buckskin, Strickwolle, Portieren, Schlaf- und Teppichdecken in den neuesten
 Mustern, zu billigen Preisen durch **R. Eichmann**, Ballonstodt a. H. —
 Leistungsfähigste Firma!
Annahmestelle und Musterlager bei: **Fr. A. Streblow**, N., Wiesen-
 strasse 29a; **Fr. L. Gohr**, S., Bismarckstr. 3; **Fr. König**, S., Brigerstr. 21;
Fr. H. Zacher, W., Charlottenstr. 31, II; **Fr. Jakob**, N., Elsfasserstraße 97;
Fr. Hück, N., Weissenburgerstr. 30, part.; **Fr. Rentwig**, N., Wöhrerstr. 40 III;
Fr. Wasikowski, O., Krautstr. 55a. 6376L*

Zahnärztliche Klinik Bedding, Müllerstr. 1. Zahnziehen unentgeltl.
 2,50 M., Plomben 1 M., künstl. Zähne, bestes Material, 2 M.